

2023

Historisches Institut der Universität Bern

Berner Historische Mitteilungen



40. Jahrgang/2023

Redaktion:

Sara Schindler, Sandra Brander

Administration:

Gabriele Jordan, Sara Schindler, Sandra Brander, Daniel Marc Segesser

Herausgegeben vom

Historischen Institut der Universität Bern

Länggassstrasse 49

3012 Bern

Tel.: 031 684 39 45

<http://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi>

© 2024 by Historisches Institut der Universität Bern

ISSN 1660-1904

Editorial

Nun liegt schon der 40. Jahrgang der Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) vor. Es war 1984, als eine nicht namentlich bekannte Redaktionskommission deren erste Ausgabe herausbrachte. Verknüpft war sie mit dem damaligen Motto zum 150. Geburtstag der Universität Bern: „Mir Bärner hei ke Uni us Elfebei“ hiess es damals und diesem Grundsatz sind die BeHMi seither treu geblieben. Einem interessierten Publikum haben sie damit Einblick in die während all der Jahre abgeschlossenen Forschungsarbeiten des Berner Historischen Instituts gewährt. Waren es damals 2–3. Dissertationen und 6 – 8 Lizentiatsarbeiten pro Jahr, so hat diese Zahl seither erheblich zugenommen. Für das Jahr 2023 sind es 6 Dissertationen und 37 Masterarbeiten, deren Ergebnisse sich Leserinnen und Leser in dieser Nummer zu Gemüte führen können. 1984 wurden die BeHMi noch gedruckt und an Interessierte versandt, wenn sich diese meldeten. Dank der heutigen technischen Möglichkeiten stehen sie nun einer breiten Öffentlichkeit in digitaler Form open access weltweit zur Verfügung. Dank moderner Suchmaschinen sind die Beiträge auch rasch auffindbar. Wie schon 1984 werden die Arbeiten in der Regel nicht ausgeliehen. Sie können auch nur konsultiert werden, wenn die Autorinnen und Autoren dem zugestimmt haben. Die Abstracts zeigen aber dennoch auf, zu welch vielfältigen Themen Doktorandinnen und Doktoranden sowie Masterstudierende neue Ergebnisse zu Tage gefördert haben. Das positive Echo, auf welches die Redaktionskommission vor 40 Jahren hoffte und welches uns seither immer wieder erreicht hat, bestärkt uns darin, die Herausgabe der BeHMi weiterhin mit grosser Sorgfalt weiterzuführen. Sie sind auch ein Grund für ein grosses Dankeschön an all diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die das Erscheinen der BeHMi über die letzten 40 Jahre möglich gemacht haben.

Die vorliegende Nummer präsentiert wie üblich Zusammenfassungen von Dissertationen und Masterarbeiten zu einer Vielzahl von Themen. Geographisch reichen die Arbeiten von der Schweiz über Europa bis nach Asien und Lateinamerika. Bei Themen, die einen Fokus auf schweizerische Themen legen, sind dabei Verknüpfungen und Verflechtungen mit anderen Teilen der Welt immer eine wichtige Komponente, etwas was dem Institut stets wichtig war und ist. Alltags-, regional- und geschlechtergeschichtliche Arbeiten sind ebenso vertreten wie solche zur Umwelt-, Sozial-, Kultur-, Musik-, Politik-, Raum- und Migrationsgeschichte sowie Arbeiten zu Themen wie Krieg und Gewalt. Zeitlich reichen sie wieder von der Antike bis zur Gegenwart und machen damit deutlich, wie vielfältig die Forschungsmöglichkeiten für junge Menschen am Historischen Institut der Universität Bern sind.

Viele in dieser Nummer vorgestellte Arbeiten sind in der Universitätsbibliothek einsehbar. Auf der Homepage https://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi/index_ger.html lassen sich ältere Exemplare der BeHMi kostenlos herunterladen. Verweise zu geplanten Publikationen finden sich jeweils im Schlussteil der vorliegenden Zusammenfassungen.

Einzelne speziell gute Arbeiten werden auch im Open Access Verfahren in den verschiedenen Reihen der Berner Studien zur Geschichte publiziert. Eine ganze Reihe von Arbeiten aus den vergangenen Jahren finden sich nun auf https://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/berner_studien_zur_geschichte/index_ge.html. Deren Zahl wird immer grösser.

Ein grosser Dank für ihr präzises Arbeiten geht dieses Jahr an Sara Schindler und Sandra Brander. Erstere verantwortete den Eingang und die Verarbeitung der Abstracts bis Ende 2023, letztere übernahm die Aufgabe zu Beginn des Jahres 2024. Auch dieses Jahr hat meine Hilfsassistentin Vanja Nikic verdankenswerter Weise das Korrekturlesen übernommen und die Administration der BeHMi blieb in den bewährten Händen von Gabriele Jordan. Wie schon vor 40 Jahren war auch die Erstellung dieser Ausgabe eine Teamleistung: Merci viu mau!. Wie gut diese Zusammenarbeit funktioniert, zeigt das Lachen, das häufig aus dem Büro B027 an mein Ohr dringt. Ein Dank geht aber in besonderer Weise natürlich auch an unsere Autorinnen und Autoren für ihr Engagement und ihre freundlichen Antworten auf unsere Nachfragen.

Bern, im Juni 2024

Daniel Marc Segesser
Studienleiter und Mitarbeiter der Geschäftsführung

Inhaltsverzeichnis

Dissertationen

LUKAS CAMENZIND

Autonomie durch Observanz und Verflechtung

Die Zisterzienser von St. Urban und Wettingen im 17. Jahrhundert6

SIMONA GENERELLI

„Die schönste Sammlung“. Notarielle Praxis und Transaktionsräumlichkeiten im Spätmittelalter

Die Freiburger Notariatsregister von Fülistorf und Manot (1410–1425)8

JULIEN GRAND

„La fleur de lys gravée dans le cœur“. Les Besenval entre Soleure, Alsace et service de France

Analyse de l’espace relationnel d’une famille de l’élite d’Ancien Régime.....10

LUKAS HEINZMANN

Beten, Beobachten, Berichten

Textgenetische und klimageschichtliche Auswertung des Einsiedler Kloster-Tagebuchs

von Pater Joseph Dietrich, 1670–170412

DOMINIK JOSS

„Sending Out an SOS“

Umweltpolitisches Engagement von Musiker:innen im anglophonen Raum (1960–2023)14

MARIO PHILIPP PODZORSKI-GÄCHTER

„Und das nennt sich Grenzbesetzung!“

Erfahrungen Deutschschweizer Offiziere während des Aktivdienstes im Ersten Weltkrieg16

Masterarbeiten

YVONNE AREGGER

„Viel Arbeit, es geht mir gut.“

Kriegserfahrungen von deutschen Rotkreuzschwestern an der Ostfront 1941 bis 1945

und ihre Rolle im Krieg20

FLORIAN ARMINGEON

Organisationen von Besatzungskindern des Zweiten Weltkrieges im Vergleich.....21

MARIO BAUMGARTNER

Lungenpest an der Schweizer Grenze?

Verlauf und Bekämpfung der Spanischen Grippe in St. Gallen mit Berücksichtigung

der transnationalen Beziehungen zu Liechtenstein und Vorarlberg22

NADIN BISSIG

Der Beruf des Bergführers

Zeitzeugnisse aus den Führerbüchern von Vinzenz Bissig aus Unterschächen (UR)

von 1925–1970.....23

SIMON BRAUEN	
Rudolf Archibald Reiss – Der Kriminalistikpionier als Kriegskorrespondent für die „Gazette de Lausanne“	
Die Geschichte eines Wandlers zwischen den Welten	24
NOAH BUSINGER	
Neutralität, Vertrauen und ein Fass voll Nadeln	
Basel als Drehscheibe für Handel, Schmuggel und Kriegsressourcen am Oberrhein im Spanischen Erbfolgekrieg (1701 – 1714)	26
MARCO DAL MOLIN	
Stillen und Bürgerlichkeit	
Stillpropaganda in den Anfängen der Säuglingsfürsorge in St. Gallen zu Beginn des 20. Jahrhunderts.....	27
SANDRA FEUZ	
„Glücklich kann sich gegenwärtig derjenige schätzen,;der einen Stall voll Vieh besitzt!“	
Die Auswirkungen der Nahrungsmittelknappheit während des Ersten Weltkrieges in der Gemeinde Grindelwald.....	28
PETER FLÜCKIGER	
Malz – <i>Functional Food</i> des bürgerlichen Zeitalters (1860–1914)?	29
PATRICK FLURY	
Die Liller Kriegszeitung 1914 – 1918. Analyse, Interpretation und Kontext.....	31
LEA ALICE GALIZIA	
Komfortable Abenteuer	
Safarireisen nach Ostafrika und ihre Repräsentationen in der Schweiz,1956–1975	32
NICOLAS GALLI	
Ökonomie in Familie und Kirche	
Prospero Lambertini (1675–1758) als Erzbischof von Bologna und als Papst	33
ANNIKA HILTI	
Reisen in der Alpenmonarchie	
Die Entwicklung des Tourismus in Liechtenstein 1872–1940.....	35
JANIK HUG	
Politisierte Intelligenz	
Eine Untersuchung zum Politischen in Scheuchzers Korrespondenzen mit Johannes Christian Leonhardi, Johann Heinrich Tschudi und Laurenz Zellweger	36
NADINE HUNZIKER	
Sterben für Gott und Vaterland?	
Religiöse Symbolsprache und Gottesbezüge in der Truppeninformation der Schweiz im Ersten und Zweiten Weltkrieg.	37
KASIMIR KREBS	
Die Partei National Orientierter Schweizer	
(Dis-)Kontinuität im Schweizer Rechtsextremismus?.....	38

DANIEL PLÜSS Harz, Holzkohle und Pottasche im Raum Schweiz Gewerbliche und hauswirtschaftliche Waldprodukte im Übergang zur „Industriegesellschaft“	40
MARCO RAUBER Zerrissen zwischen Sozialismus und Freisinn Die letzten zehn Jahre des Schweizerischen Grütlivereins (1915–1925)	41
JAN ROHRMANN „Trutz der Not durch Schweizerbrot“ Ernährungssicherung im Schweizer Bundesstaat. Versorgungslogik, Wirtschaftstheorie, Konzepte und Risikostrategie im 20. Jahrhundert	42
DARIO ROTH ‘Wir’ gegen die ‘Anderen’ Die Politisierung von Immigration durch die Schweizerische Volkspartei von der Überfremdungsinitiative 1988 bis zur Asylinitiative 1996	43
CHRISTOPH RUBLI Eine Familiengeschichte in Wachs und Lack Die Geschichte der Familie von Graffenried aus der Perspektive ihrer Siegel mit Einbezug der Heraldik und Genealogie	44
ANDRI SCHLÄPFER Memoria mendax Methodische Überlegungen zur Untersuchung falscher Erinnerung am Beispiel der Berner Chronica Ludwig Schwinkharts.....	45
MARIA SCHMIDLIN Das Doktorhaus und die Kirche Theoretisch konzeptionelle Überlegungen zur Untersuchung katholisch-bürgerlicher Lebenswelten am Beispiel von Edmund Müller-Dolder (1870–1945), seiner Familie und dem ‚Haus zum Dolder‘ im luzernischen Beromünster.....	47
ROMAN SCHÖNENBERGER Jesuiten auf hoher See Die Reise von Pater Joseph Kropf von Cádiz nach Veracruz	48
JACQUELINE SCHREIER <i>monstrificum</i> oder die Menstruation Antike Vorstellungen des weiblichen Zyklus.....	49
NICO SIDLER Gesandtschaften der evangelischen Orte des Corpus helveticum – 1685–1688 Zwischen Aushandlung, Religion, Akteuren, Rang, Status und Mächtepolitik.....	50
LEONARDO LUCA SIVIGLIA Globale Mobilität zwischen sozialen Normen, persönlichen Handlungsspielräumen und historischen Meistererzählungen Eine (un)gewöhnliche Missionarsreise von Paris nach Tonkin (1746–1752).....	52

TIM SOLLBERGER Jugendunruhen im Zürich der 1980er Jahre in den Fotografien von Olivia Heussler.....	53
NINO SPYCHER „Wer verriet uns nie? – Daniele Jenni!“ Eine politische Biografie.....	54
NICOLAS STEINER Olympia 1936 Die schweizerische Haltung gegenüber dem NS-Regime im Spiegel eines sportlichen Grossevents.....	55
MARCO STIRNEMANN Falschmünzerei im Berner Oberland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1803–1848)	56
HELENA STUCKI Vom Frauenhilfsdienst zum Militärischen Frauendienst Die fortschreitende Integration von Frauen in der Schweizer Armee – eine geschlechterge- schichtliche Betrachtung.....	57
MARC SULAIMAN Humboldt unter den Herrschenden Alexander von Humboldts Verhältnis zu König Friedrich Wilhelm IV. und Präsident Thomas Jefferson.....	58
KEVIN VAUTROT Eine Eisenbahn für Erlach: „Jetzt oder Nie!“ Eine historische Policy-Analyse des Scheiterns der Eisenbahnbauprojekte im Raum Erlach zu Beginn des 20. Jahrhunderts	59
FELIX VÖGELI Zwischen Kehrtwende und Kontinuität. Die Sanktionspolitik der Schweiz in den 1990er Jah- ren	60
STEFAN WEBER Verkehrserleichterung oder Verschandelung der Münsterplattform? Die Erstellung des Mattelifts 1888–1897. Ein Personenlift im Spannungsverhältnis zwischen Fortschritt und Widerstand.....	62
BERENIKA ZELLER Transkarpatiens Töchter Erinnerungen von Frauen an die sozioökonomischen Lebensrealitäten in der tschechoslo- wakischen Podkarpatská Rus, 1930–1939.....	63

Lukas Camenzind

Autonomie durch Observanz und Verflechtung

Die Zisterzienser von St. Urban und Wettingen im 17. Jahrhundert

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Windler und Prof. Dr. Nadir Weber

In den 1650er Jahren befanden sich die Zisterzienserklöster St. Urban und Wettingen gleichsam im Krisenmodus. Kurz nachdem der Abt von St. Urban wegen Ungehorsams nach Rom zitiert und über ein Jahr lang festgehalten worden war, brach der Bauernkrieg aus, dessen Stosswellen die Herrschaft der beiden Klöster erschütterten und die Legitimität der Äbte als „Gnädige Herren“ infrage stellten. Auch der wenig später zwischen katholischen und reformierten Orten ausgefochtene Erste Villmergerkrieg stellte für die Klöster eine existenzielle Bedrohung dar. Zu allem Übel wurden Ehre und guter Ruf der Klöster durch die wiederholte Flucht mehrerer Mönche und deren skandalträchtiges Verhalten sowie durch ordensinterne Konflikte bedroht. „Weltflucht“, Kontemplation und der Anspruch auf eine Rückkehr zur ursprünglichen Benediktsregel kollidierten auf eindrucksvolle Weise mit der Realität. Während sich St. Urban und Wettingen, ähnlich wie korporativ verfasste Dorf- und Talschaftsverbände sowie Adelsherrschaften, mit einer immer stärkeren Tendenz zur territorialhoheitlichen Vereinheitlichung der weltlichen Obrigkeit konfrontiert sahen, wehrten sich Bauern aus den umliegenden Dörfern gegen die Bezahlung von Zinsen, Zehnten und weiteren Abgaben. Zudem mischten sich die Nuntien vermehrt in die Angelegenheiten der Klöster ein, bestrebt, Rom als unangefochtenes Zentrum der katholischen Universalkirche zu positionieren.

Der spärlichen Forschung zur Geschichte der beiden Zisterzienserklöster im 17. Jahrhundert stehen überaus reichhaltige Quellenbestände gegenüber – allein die *litterae variae* der Äbte von St. Urban umfassen 24 Bände. Indem sie neue Fragestellungen an den Forschungsgegenstand heranführt und neben den schweizerischen auch umfangreiche römische, französische und deutsche Quellenbestände berücksichtigt, trägt die Studie

dazu bei, den bislang von der älteren Ordenshistoriographie dominierten Blick auf die Geschichte St. Urbans und Wettingens zu erweitern und insbesondere auch der translokalen, europäischen Positionierung dieser Klöster im Spannungsfeld Corpus helveticum-Heiliges Römisches Reich-Frankreich-Rom Rechnung zu tragen. In Anlehnung an neuere Zugänge der Frühneuzeitforschung – erwähnt seien etwa die Begriffe Verflechtung, Kulturgeschichte des Politischen und neuere Ausenbeziehungsforschung – geht die Studie in akteurszentrierter und vergleichender Perspektive der Frage nach, welche Strategien Äbte und Mönche anwandten, um die Autonomie ihrer Klöster – d.h. möglichst grosse Eigenständigkeit in rechtlicher, politischer, wirtschaftlicher und religiöser Hinsicht – zu bewahren. Die Veränderungen im Spannungsfeld Corpus helveticum-Heiliges Römisches Reich-Frankreich-Rom stellten dabei aber nicht nur eine Bedrohung dar, sondern eröffneten auch neue Handlungsspielräume, welche manche Zisterzienser mit mehr oder weniger Geschick nutzten. Indem sie solche Interaktionen ausleuchtet, leistet die Studie einen Beitrag zur Geschichte der von regionaler Pluralität, lokaler Eigenständigkeit und globaler Verflechtung geprägten katholischen Kirche im „langen“ 17. Jahrhundert.

Die Ausgangshypothese lautet, dass die Zisterzienser von St. Urban und Wettingen im Verlauf des 17. Jahrhunderts ihre Autonomie jeweils dann am erfolgreichsten bewahren konnten, wenn es ihnen gelang, die Legitimationsressource Observanz – d.h. der Gestaltung des Alltags gemäss der Ordensregel und die damit verbundene Selbststilisierung in Abgrenzung zur „Welt“ – zu nutzen und personale Beziehungsnetzwerke zu aktivieren. Geradezu idealtypisch steht Abt Edmund Schnyder von St. Urban für Vorgehensweisen, die nicht nur defensiv ausgerichtet waren, sondern neue Hand-

lungsmöglichkeiten erschlossen, die sich aufgrund der Veränderungen eröffneten: Im Verlauf seiner ausserordentlich langen Amtszeit inszenierte er sich als Reformierender und Erneuerer seines Klosters und des Ordens insgesamt. Geschickt pflegte er die Beziehungen zum Ordenszentrum in Cîteaux und zu anderen Klöstern, zu den Vertretern der französischen Krone in der Eidgenossenschaft und zu den Eliten nicht nur der katholischen Orte, sondern auch des reformierten Nachbarn Bern. Auf diese Weise setzte er sich gegen seine zahlreichen Rivalen innerhalb der Kongregation und des Ordens durch und gewann dort ein Mass an Einfluss, das jenes seiner Vorgänger im Amt als Abt bei weitem übertraf.

Der erste Teil (*Die Praxis von Observanz*) untersucht, wie und von wem innerhalb des Zisterzienserordens insgesamt, der oberdeutschen Zisterzienserkongregation sowie der einzelnen Klöster Regelobservanz definiert, kontrolliert und durchgesetzt wurde. Sowohl ordensinterne wie auch -externe Akteure forderten und erwarteten von Äbten und Mönchen einen stets tadellosen, an der Ordensregel ausgerichteten Lebenswandel. Regelmässige Visitationen der Klöster sollten die Einhaltung von Regelobservanz gewährleisten und das Bekanntwerden von Skandalen verhindern. Doch wie genau Regel und Ordensstatuten ausgelegt und wer für deren Durchsetzung sorgen sollte, war ordensintern umstritten. Observanz kann dementsprechend nicht einfach als ein Ensemble von Normen betrachtet werden, die mehr oder weniger zwingend durchgesetzt wurden. Vielmehr handelt es sich um eine Legitimationsressource, welche im Widerstreit zueinanderstehende ordensinterne und -externe Akteure mehr oder weniger geschickt einsetzten. Aus einer solchen Perspektive richtet sich der Blick insbesondere auf die Auseinandersetzungen um den Konsum von Fleisch und um die vom Konzil von Trient geforderte Einführung der strengen Klausur in den Frauenklöstern des Ordens.

Das Verhältnis zwischen den Klöstern und ihrem weiteren weltlichen Umfeld ist Inhalt des zweiten Teils (*Kloster und Welt*). Die Mönche von St. Urban und Wettingen waren eingebunden in personale Beziehungsnetzwerke, die sie mit den Eliten der eidgenössischen Orte verbanden. Dank der Pflege und Aktivierung solcher Netzwerke gelang es den Klöstern, Rechte und Privilegien gegenüber weltlichen Obrigkeiten, Untertanen, Zinsbauern oder sonstigen von den Klöstern Abhängi-

gen durchzusetzen. So glichen etwa die Äbte von St. Urban durch enge Kontakte zum reformierten Stand Bern, in dessen Burgrecht sie standen, sowie zur französischen Ambassade in Solothurn die vergleichsweise schlechten Beziehungen zu Luzern aus. Dies ermöglichte es ihnen, nicht nur den Besitzstand ihres Klosters zu wahren, sondern dessen Rechte auszubauen. Aufgrund der konfessionellen Grenzlage waren St. Urban und Wettingen bemüht, gute Beziehungen zu ihren reformierten Nachbarn zu unterhalten. In Wettingen waren die Äbte bestrebt, den konfessionellen Frieden in der gemischtkonfessionellen Grafschaft Baden zu wahren. Indem sie die religiöse Komponente ihres Amtes in den Hintergrund stellten und als Herren von Stand und Teil der politischen Elite des Corpus helveticum in Erscheinung traten, gelang es ihnen, dauerhafte und belastbare Kommunikationskanäle zu ihren reformierten Nachbarn zu unterhalten.

Im Fokus des letzten Teils (*Im Widerstreit mit Rom*) stehen die konfliktreichen Beziehungen zwischen den Zisterziensern einerseits und der römischen Kurie beziehungsweise deren Vertretern vor Ort, den Nuntien, andererseits. Im Gefolge der Etablierung der Luzerner Nuntiatur 1586 entbrannten zwei Konflikte, die über hundert Jahre dauerten und das Verhältnis zwischen den Zisterziensern und Rom nachhaltig prägten. Während im sogenannten Beichtigerhandel die Beicht- und Visitationsrechte in den Zisterzienserinnenklöstern Eschenbach und Rathausen und somit die Kontrolle über weibliche Mitglieder des Ordens im Vordergrund standen, ging es im Konflikt um die Abtwahlen in St. Urban und Wettingen um das Selbstverständnis der Klöster als autonome Glieder der Kirche. Denn während die Zisterzienser ein korporatives Verständnis der Kirche verfochten, in welchem Orden und Klöster ähnlich wie die Konzilien über eigene Rechte verfügten, versuchten die Nuntien mit mehr oder weniger Nachdruck einen „absoluten“, im natürlichen und göttlichen Recht verankerten Herrschaftsanspruch durchzusetzen, wie ihn das Papsttum in der Frühen Neuzeit erhob (Paolo Prodi). Der daraus abgeleitete Anspruch der Nuntien, bei Abtwahlen den Vorsitz einzunehmen und die neugewählten Äbte durch den Papst bestätigen zu lassen, führte deshalb zu stets neu aufflammenden Konflikten, in welche an der Seite der Klöster einflussreiche Mitglieder der eidgenössischen Eliten und Vertreter der französischen Krone in der Eidgenossenschaft und in

Rom eingriffen. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts kristallisierten sich allseitig akzeptierte Lösungen heraus, die ein Wiederaufflammen der Konflikte fortan verhinderten. Auffallend ist dabei, wie wenig sich trotz der weitreichenden Ansprüche, welche die Nuntien und die römische Kurie erhoben hatten, letztlich veränderte. Dieser Ausgang der

Konflikte verweist einerseits auf den Umstand, dass – wie auch in anderen, bekannteren Kontroversen – die römische Kurie und ihre Vertreter vor dem ultimativen Bruch zurückschreckte, und andererseits auf die Fähigkeit der Klöster und ihre Äbte, sich auf die Veränderungen einzustellen und sie zum Teil auch aktiv zu nutzen.



Simona Generelli

„Die schönste Sammlung“. Notarielle Praxis und Transaktionsräumlichkeiten im Spätmittelalter

Die Freiburger Notariatsregister von Fülistorf und Manot (1410–1425)

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Hesse und Prof. Dr. Martine Ostorero (Universität Lausanne)

Im Staatsarchiv Freiburg (StAF) wird die umfangreichste Sammlung von mittelalterlichen Notariatsregistern der heutigen Schweiz aufbewahrt – insgesamt sind es 175 Register. Obwohl diese Quelle wertvolle Informationen über die damalige Gesellschaft, die Wirtschaft einer mittelgrossen Gewerbestadt und deren Produktion enthält, wurde sie bis heute nur punktuell untersucht. Es existieren kaum gesamthafte Auswertungen, sondern vor allem Studien zu spezifischen Themen, wie zum Pferdehandel, zur Tuchproduktion oder zu den in der Stadt tätigen Geldverleihern. Lediglich zwei Register wurden bislang ediert, beide von Katrin Utz Tremp: das älteste Register, das sogenannte *Registrum Lombardorum* (zusammen mit L. Dorthe, 2016) und das Register des Notars Johann Albi (2021). Dementsprechend sind auch die Transaktionen in ihrer Gesamtheit kaum erforscht, sodass unklar bleibt, wozu die Dienste der Notare gebraucht und welche Geschäfte überhaupt in die Register eingetragen wurden. Diese Dissertation hat sich das Ziel gesetzt, diese Forschungslücke zu schliessen.

Folgende zwei Fragestellungen bilden den Kern dieser Arbeit: Zunächst geht es um die Fragen, wie ein Notariatsregister aussieht, welche Informationen man darin finden kann und in welcher Form diese dargestellt sind. Diese Analyse gibt die Möglichkeit, auch allgemeine Beobachtungen über die notarielle Praxis im Spätmittelalter – zum Beispiel zu den Arbeitsbedingungen und -rhythmen oder zu den Geschäftsbeziehungen der Nota-

re – zu machen. Diese Aspekte werden im ersten Hauptteil der Dissertation behandelt. Im zweiten Hauptteil werden die Geschäfte in Hinblick auf ihre räumliche Dimension untersucht. Ausgangspunkt bildet die von zahlreichen Historiker:innen in Anknüpfung an die Forschungen von Hektor Ammann vertretene These, wonach die Notariatsregister als Beleg für die überregionale Bedeutung der Freiburger Produkte (insbesondere Tücher, Leder und Metalle) dienen können. Um diese These zu überprüfen, wurde der Wohnort der Parteien ausgewertet und zwischen lokalen und überregionalen Transaktionen unterschieden.

Da sich – wie erwähnt – sehr viele Register bis heute erhalten haben, spielte die Quellenauswahl eine wichtige Rolle. Ein Vergleich zwischen zwei Notaren war unabdingbar, um Tendenzen, Ausnahmen und Unterschiede beobachten zu können. Wegen der zahlreichen Register (ungefähr je zehn) und ihrer gleichzeitigen Tätigkeit (1410–1425) fiel die Wahl auf die Notare Richard Fülistorf und Ulrich Manot. Das beginnende 15. Jahrhundert war für die Untersuchung deshalb interessant, weil in diesem Zeitraum Freiburg einen wirtschaftlichen Aufschwung und einen Anstieg der Warenproduktion erlebte. Durch den Vergleich der Register dieser beiden Notare konnten verschiedenen Fragen nachgegangen werden: Spiegelt sich diese Blüte des städtischen Gewerbes in der Quelle wider? Weshalb entschied man sich für einen bestimmten Notar? Woher stammte die Kundschaft? Welche Geschäfte wurden am meisten aufgenom-

men? Für diese Analyse wurden folgende Angabe berücksichtigt: Beruf, Wohnort, Geschlecht der Kundschaft, Typologie (Gegenstand) und Datum der Transaktionen. Mit diesen Informationen war es möglich, verschiedene Aspekte der notariellen Praxis sowie auch der städtischen Wirtschaft einer spätmittelalterlichen Stadt herauszuarbeiten.

Im ersten Teil der Arbeit konnte festgestellt werden, dass die Kundschaft der zwei Notare sehr ähnlich war: 75% der ermittelten Klient:innen lebten in der Stadt Freiburg oder in der angrenzenden Region. Es gab allerdings einen grossen Unterschied: Die Kund:innen des deutschsprachigen Notars Fülistorf waren vor allem deutschsprachig und die des französischsprachigen Notars Manot vor allem französischsprachig. Da Freiburg schon damals zweisprachig war, zeigt sich anhand dieser Aufteilung, dass die Muttersprache bei der Wahl des Notars eine wichtige Rolle gespielt zu haben schien. Beide Notare zeigten einen ähnlichen Arbeitsrhythmus: Sie arbeiteten meistens im Frühling und Herbst, was eher einem ländlichen statt einem städtisch-gewerblichen Rhythmus entspricht. Durchschnittlich verfassten die Notare ein oder zwei Geschäfte pro Tag. Sie arbeiteten vor allem samstags, was darauf hindeuten könnte, dass sie am Wochenmarkt vor Ort anwesend waren oder dass die Kunden vor allem dann Zeit hatten, Geschäfte abzuschliessen. Durch die Analyse der Geschäfte war es zudem möglich, private und berufliche Beziehungen zwischen den Notaren zu beobachten. Schwieriger war es hingegen den Verdienst der Notare zu ermitteln, da sich hierzu keine eindeutigen Angaben finden liessen.

Im zweiten Teil der Dissertation wurden die Geschäfte näher untersucht. Diese wurden mit Blick auf die gehandelten Produkte 14 Kategorien zugeordnet: Geldgeschäfte, Transaktionen von Häusern, Grundstücke, Tücher, Tiere (vor allem Pferde, Schafe und Kühe), Feldfrüchte, Leder, Wolle, Sensen sowie Schenkungen, Vereinbarungen betreffend Mitgiften und Zehnten, Arbeits- und Lehrlingsverträge und Diverses. So konnte festgestellt werden, dass beide Notare trotz der unterschiedlichen Kundschaft vor allem Kleinkredite beurkundeten (30% bis 40% der gesamten Transaktionen). Die Bedingungen und die Rückzahlungsmöglichkeiten wurden manchmal sehr detailliert festgehalten und konnten – je nach Abmachung – sehr unterschiedlich sein. Oft waren

Bürgen involviert und Pfandobjekte wurden definiert. Etwas weniger häufig wurden Regeln zur Geldnutzung aufgestellt oder die Entstehung von Arbeitsbeziehungen zwischen Kreditgebern und Schuldern festgelegt. All diese Aspekte zeigen die grosse Bedeutung des Geldes in der damaligen Gesellschaft, gerade in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Ausserdem konnte gezeigt werden, dass die meisten Geschäfte lokal, zwischen Personen aus Freiburg, der Region oder auch aus Nachbarstädten, erfolgten. Ausnahmen bildeten vor allem die eher seltenen Transaktionen von Leder, Metallen und Sensen, bei denen Grosshändler aus wirtschaftlich bedeutenden Städten wie Strassburg oder süddeutschen Reichsstädten involviert waren. Diese Transaktionen hatten eine klare Richtung: Nach Freiburg wurden Tierhäute aus der Westschweiz verkauft, dort vermutlich in der Stadt verarbeitet und später als Leder in den Norden verkauft. Umgekehrt kamen Metalle aus Süddeutschland nach Freiburg, wo daraus Sensen gemacht und dann in der Region verkauft wurden. Die wichtigsten Exportprodukte Freiburgs stellten aber die Tücher dar. Von diesen Exportwaren gibt es in den Registern jedoch kaum Spuren, weil sie vermutlich vorwiegend an den grossen Messen verkauft wurden. Das einzige Indiz dieser überregionalen Bedeutung besteht in den zahlreichen Lehrlingsverträgen im Bereich der Tuchproduktion. Diese Jugendlichen kamen oft von weit her, um den Beruf zu lernen, verliessen aber meistens die Stadt nach Ablauf des Vertrags wieder.

Durch die gesamte Auswertung und den Vergleich zwischen den Registern von zwei gleichzeitig tätigen Notaren war es möglich, verschiedene Aspekte der notariellen Praxis zu untersuchen und hervorzuheben. Gleichzeitig gelang es, die bisherige Forschung zu korrigieren und zu erweitern. Statt der vielen überregionalen Transaktionen der Freiburger Produkte, wie dies bislang in der Forschung betont wurde, finden sich in den Registern vor allem Hinweise auf regionale Transaktionen. Die Freiburger Notariatsregister sind dementsprechend vielmehr eine Quelle zur Stadtgeschichte und für die Rekonstruktion unterschiedlichster Beziehungen innerhalb der Stadt sowie zwischen der Stadt und ihrem Umland.

Eine Veröffentlichung ist geplant.



„La fleur de lys gravée dans le cœur“. Les Besenval entre Soleure, Alsace et service de France

Analyse de l'espace relationnel d'une famille de l'élite d'Ancien Régime

Dissertation bei Prof. em. Dr. André Holenstein

Die Familie Besenval hat der Nachwelt ein Privatarchiv hinterlassen, das eine umfassende historische Aufarbeitung ihrer Geschichte in politisch-diplomatischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht über einen Zeitraum von etwa 300 Jahren erlaubt. Das Archiv wurde lange im „Musée des Suisses dans le Monde“ in Pregny-Chambésy (Kanton Genf) aufbewahrt, bevor es 2023 in das Staatsarchiv Solothurn überführt wurde. Mehrere Jahre davor hatte die Stiftung für das „Musée des Suisses dans le Monde“ schon die Digitalisierung des Bestandes in Auftrag gegeben. Seitdem sind über die Website <https://besenval.anton.ch/> etwa 7'000 Dokumente (rund 27'000 Seiten) digital zugänglich. Die Recherchen für die Dissertation wurden weiter durch die Konsultation von Beständen im Staatsarchiv Solothurn, in den Archives départementales du Haut-Rhin und in den Archives municipales de Mulhouse ergänzt.

Die Dissertation untersucht die Geschichte der Familie Besenval aus dem Solothurner Patriziat im Sinne einer exemplarischen Analyse der Geschichte einer Familie aus der Machtelite der eidgenössischen Orte im Corpus helveticum. Sie ermittelt die strukturellen Faktoren, die die Geschehnisse der Familie und ihrer Angehörigen im Rahmen der Gesellschaft des Ancien Régime beeinflusst haben. Die Studie greift dafür auf das Konzept der Kapitalsorten und die Feldtheorie im Sinne von Pierre Bourdieu zurück und untersucht die verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Felder, aus denen die Angehörigen der Familie Besenval die Ressourcen für die Sicherung ihres Status als Honoratioren schöpften. Besondere Aufmerksamkeit erhält in diesem Zusammenhang die Untersuchung des Militärunternehmertums, das für die Familie Besenval insofern eine zentrale Ressource darstellte, als es einigen Angehörigen den Zugang zur französischen Krone und Hofgesellschaft eröffnete.

Die Studie nutzt ausserdem das von Fernand Braudel entwickelte Konzept Zeitebenen bzw. -horizonte. Sie unterscheidet den kurzfristigen Zeit-

horizont, der für die persönlichen Entscheidungen im Alltagsleben der Individuen relevant war, vom Zeithorizont der *moyenne durée*, der jeweils für eine ganze Generation und deren familiäre, gesellschaftliche und strukturelle Verpflichtungen massgeblich war. In der *longue durée* sind die Erinnerungstraditionen und das kollektive Gedächtnis der Familie zu verorten. Die Arbeit verbindet das biografische Genre mit strukturgeschichtlichen Ansätzen.

Der erste Teil der Studie befasst sich mit der politischen Stellung der Patrizier im Kanton Solothurn und mit dessen Beziehungen zur französischen Krone. Er zeigt die zentrale Bedeutung des Umfelds (*Entourage*) für die Position von Eliteangehörigen im Ancien Régime. Im Fall der Besenval war das Umfeld massgeblich für den spektakulären Aufstieg im 17. Jahrhundert und den Fall der Familie im Herrschafts- und Machtssystem der Stadt Solothurn in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts verantwortlich. Zum Umfeld gehörten die Allianzen mit anderen Geschlechtern des Solothurner Patriziats und die damit verknüpften Interessenbindungen. Verwandtschaftsbeziehungen gewährleisteten zum einen stabile Bindungen zwischen den Geschlechtern der Machteliten. Zum andern strukturierten sie die Bildung von Parteiungen und einer politischen Opposition innerhalb der Machtelite, die auch in den Magistratenständen der eidgenössischen Orte notwendig, wenn nicht sogar erwünscht waren und manchmal inszeniert wurden, um das eigene politische Handeln gegenüber den Vertretern der ausländischen Höfe zu rechtfertigen. Zum weiteren Umfeld patrizischer Geschlechterherrschaft gehörten schliesslich die ausländischen Dynasten, die sich mit der Verteilung von Patronageressourcen eine loyale Klientel in den einzelnen Orten hielten und so ihren Einfluss auf die Politik der Kantone sicherten.

Im zweiten Teil widmet sich die Studie den Verbindungen der Familie Besenval zu ausländischen diplomatischen Gesandten. Der Aufstieg der Besenval fand während der langen Regierung von

König Ludwig XIV. statt, während der zum ersten Mal eine lange gemeinsame Grenze zwischen dem Königreich und dem Corpus helveticum entstand. Die finanziellen Verbindungen Frankreichs mit der Schweizer Elite durch die Auszahlung der Pensionen sind gut erforscht. Weniger bekannt sind die Investitionen der Patrizier in Frankreich. Sie trugen wesentlich zur Festigung der Stellung der Besenval in Frankreich bei

Mit ihrem Zugang zum Hof und ihrer prominenten Position im unmittelbaren Umfeld des Königs in Versailles gelang es Familien wie den Besenval, sich sowohl von der Autorität und vom Einfluss des französischen Ambassadors im Corpus helveticum wie auch vom politischen Rückhalt im Regierungs- und Machtsystem des heimischen Kantons zu lösen. Die vollständige Integration in die Welt des französischen Adels blieb den Besenval jedoch verwehrt, weil sie immer als Schweizer galten.

Die Anbindung an die französische Krone erfolgte hauptsächlich über den Solddienst. Diesbezüglich bestand für die Familie die grösste Herausforderung darin, sich über Generationen hinweg die Zuteilung von Kompanien zu sichern, d.h. in der Gunst des Königs zu bleiben. Die Verteilung der Truppeneinheiten fand in einem Spannungsfeld aus drei Polen bzw. Akteuren statt: der eigene Kanton bzw. die lokalen Konkurrenten aus dem Solothurner Patriziat, der Oberst über die Schweizer Truppen in Frankreich und der König. Um sich in diesem Spannungsfeld zu behaupten, waren strategisches Handeln, die lange Dauer des Dienstes für die Krone, der Zugang zu Patronageressourcen und das politische Kapital in den eidgenössischen Orten erforderlich. Das Ansehen der eidgenössischen Militärunternehmer beim König hing nicht zuletzt von deren Fähigkeit ab, erfolgreich Soldaten rekrutieren und so den Vollbestand der Einheiten garantieren zu können. Dieser Ge-

sichtspunkt wurde in der Geschichtsschreibung zum Solddienst nur wenig berücksichtigt und sollte deshalb weiter untersucht werden, da dies bezüglich des Einflusses auf die Verteilung der Soldkompanien eine Diskrepanz zwischen den Interessen der Kantone und der Militärunternehmer im Dienst Frankreichs darstellte.

Mit der Einrichtung von Fideikommissen suchten die Besenval, eine langfristige Absicherung ihrer wirtschaftlichen Ressourcen zu gewährleisten. Die übrigen Vermögensbestände dagegen drohten durch die Erbteilungen auf verschiedene Linien aufgeteilt zu werden. Das Verbot von Fideikommissen in der Revolution war denn auch massgeblich für den wirtschaftlichen und dynastischen Zusammenbruch der traditionellen aristokratischen Familien im 19. Jahrhundert verantwortlich. Das Vermögen der Familie Besenval bestand hauptsächlich im Besitz von Herrschaften, Gütern und Gülten, der sich im Solothurnischen und im Elsass konzentrierte. Die auf Frankreich ausgerichteten Angehörigen der Familie investierten stark in französische Rentenanleihen, wobei sie staatliche Titel bevorzugten.

Was die Häufung sozialen Kapitals durch die Familie Besenval anbelangt, so fällt auf, dass diese lange Zeit keine dynastische Strategie im engeren Sinne verfolgte. Erst am Ende des 18. Jahrhunderts lässt sich eine Heiratspolitik feststellen, die bewusst Abschliessungstendenzen verfolgte und eine starke Identifikation der Familie mit dem europäischen Adel erkennen liess. Das Anliegen, sich als Geschlecht mit quasi-dynastischem Anspruch auf die Zugehörigkeit zur Machtelite zu verstehen, zeigte sich am ehesten in der Pflege von Verhaltensweisen und eines Habitus, die der Tradition verpflichtet und sich Anpassungen an die Moderne verweigerten, sowie in der Pflege einer familialen Erinnerungstradition.



Beten, Beobachten, Berichten

Textgenetische und klimageschichtliche Auswertung des Einsiedler Kloster-Tagebuchs
von Pater Joseph Dietrich, 1670–1704

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Rohr und PD Dr. Thomas Wallning (Universität Wien)

Ein symbolischer Spatenstich am 31. März 1704 markierte den Beginn für die offiziellen Arbeiten am barocken Neubau des Klosters Einsiedeln, dessen Stiftskirche mit der prunkvollen Westfassade, dem aufwändig gestalteten Innenraum und der Gnadenkapelle mit der Schwarzen Madonna noch heute jährlich tausende Pilger:innen und Besucher:innen anzieht. Fast zeitgleich mit diesem für das Stift so bedeutenden Moment endete die Arbeit am 18-bändigen Einsiedler Kloster-Tagebuch der Jahre 1670–1704, dessen unermüdlicher und akribischer Verfasser, Pater Joseph Dietrich (1645–1704), am 5. April 1704 im Kloster Fahr nach kurzer Krankheit verstorben war. Das rund 12'000-seitige Manuskript, in welchem der Mönch während mehr als dreissig Jahren seine täglichen Beobachtungen festgehalten hatte, ist nicht nur das Zeugnis eines individuellen Werdegangs, sondern gibt auch Aufschluss über die Ereignisse auf dem weitreichenden Stiftsgebiet und ist vor allem vor dem Hintergrund der klimatischen Kaltphase des Late Maunder Minimum (1675–1715) eine bedeutende Quelle für klimageschichtliche Forschungsfragen.

Das Manuskript bildet den Gegenstand des Projekts „Das Kloster-Tagebuch des Einsiedler Paters Joseph Dietrich, 1670–1704. Kommentierte Online-Edition“, in dessen Rahmen das umfangreiche Werk vollständig ediert und Open Access (<https://www.dietrich-edition.unibe.ch>) veröffentlicht wird. Als Teil des Projekts widmete sich die Dissertation zum einen klassischen Fragen der Quellenkritik, um eine Grundlage für die Edition sowie potenzielle weitere Forschungsvorhaben zu schaffen. Da die Entstehung des umfangreichen Werks eng mit dem Werdegang des Autors verbunden war, erforderte dies eine Auseinandersetzung mit dessen Laufbahn, mit den benediktinisch-monastischen Leitprinzipien und der Stiftsgeschichte des Klosters Einsiedeln. Die Textgenese des Schriftzeugnisses erwies sich zudem als vielschichtiger und dynamischer als ursprünglich angenommen, weshalb Ansätze aus

der Tagebuchforschung für die Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte herangezogen wurden. Ein zweiter Schwerpunkt lag auf der Erschliessung der rund 6'000 täglichen Natur- und Wetterbeobachtungen, die unter anderem für eine Publikation in der Online-Datenbank Euro-Climhist (<https://www.euroclimhist.unibe.ch>) aufbereitet wurden. Die Auswertung in der Dissertation fokussierte sich auf den Beobachtungsstil und die Naturwahrnehmung des Autors.

Dietrich stammte aus einer Familie, die zur sozialen, wirtschaftlichen und politischen Elite der Kleinstadt Rapperswil gehörte. Nachdem er im Jahr 1661 im Stift Einsiedeln seine Profess abgelegt hatte, erlangte er Ende des Jahres 1669 mit der Priesterweihe den Status eines Vollmitglieds. Der Beginn des Einsiedler Kloster-Tagebuchs im Juli 1670, der von Pater Friedrich Helmlin (†1687) initiiert wurde, fällt zeitlich mit dem Tod von Abt Plazidus Reimann (1594–1670) zusammen. Wenige Monate später übernahm Dietrich die Arbeit am Diarium, welche er bis zu seinem Lebensende eigenständig fortsetzte. In den ersten zehn Jahren erfolgten die Einträge jedoch nur sporadisch und unregelmässig, womit der Umfang der Beschreibungen für diese Zeitspanne vergleichsweise knapp ausfällt.

Dies änderte sich mit dem Einsiedler Dorfbrand am 20. Dezember 1680, infolgedessen Dietrich in die Kommission für den Wiederaufbau berufen wurde und gleichzeitig mit dem Amt des Stiftsstatthalters eine Schlüsselposition im Kloster übertragen bekam. In letztgenannter Funktion, die er bis 1688 innehatte, war er für die Organisation der klösterlichen Versorgung sowie die Vertretung der Herrschaftsrechte gegen aussen zuständig, womit er auch sein soziales Netzwerk ausserhalb des Klosters stark erweitern konnte. Zudem verfügte er im Stift über einen besseren Informationszugang und tendierte nun dazu, sein Wissen und seine persönlichen Erlebnisse regelmässiger und ausführlicher im Tagebuch festzuhalten. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch bei den Natur- und

Wetterbeobachtungen, deren Erwähnung sich bis 1679 auf wenige ausserordentliche Phänomene, wie das Erscheinen von Himmelskörpern oder das Auftreten witterungsbedingter Schadensereignisse, beschränkte. Ab 1680 ging Dietrich nämlich zu intermittierenden Beobachtungen über, wobei er neben längeren Witterungsphasen auch häufiger das tägliche Wetter thematisierte.

Ende des Jahres 1688 erfolgte Dietrichs Versetzung ins Schloss Freudenfels (Thurgau), von wo aus er als Statthalter die klösterlichen Besitzungen in der Umgebung verwaltete. War Dietrich bis dahin Teil einer rund 100-köpfigen Klostergemeinschaft, fand er sich im Schloss Freudenfels als Verantwortlicher einer kleinen Hausgemeinschaft wieder. Die Versetzung bedeutete folglich eine tiefgreifende Veränderung seines Umfelds und seiner Lebensweise, was sich auch im Tagebuch niederschlug. Im Gegensatz zu Einsiedeln, wo er die Geschehnisse meistens als scheinbar neutraler Beobachter in der dritten Person schilderte, begann er in Freudenfels konsequent aus der Ich-Perspektive zu schreiben. Dieser Perspektivenwechsel ist auch charakteristisch für die späteren Bände. Der Diarist wechselte nämlich im Zeitraum von 1688–1704 insgesamt achtmal den Standort, wobei er sich neben Einsiedeln und Freudenfels auch in Pfäffikon (Schwyz) und im Kloster Fahr (Aargau) aufhielt.

Ein wesentlicher Grund für die vielen Versetzungen war das angespannte Verhältnis zu Abt Raphael Gottrau (1647–1707), welcher Dietrich bei den Abtwahlen im März 1692 um wenige Stimmen übertroffen hatte und in Stiftsangelegenheiten häufig eine konträre Position zum Diaristen einnahm. In dieser Phase finden sich im Tagebuch zahlreiche Belege dafür, dass Dietrich die Meinungsverschiedenheiten und die häufigen Standortwechsel ebenso mental belasteten wie die zunehmenden körperlichen Beschwerden, infolge derer er zeitweise seine Pflichten nicht ausführen konnte. Es ist wahrscheinlich, dass unter anderem die Differenzen mit dem Abt den Diaristen veranlassten, seine Dokumentationstätigkeit zu intensivieren, um sich gegen allfällige Vorwürfe zu schützen. Im Mai 1693 ging er nämlich zu einer beinahe lückenlosen Beschreibung der täglichen Ereignisse über, die er bis zu seinem Tod fortsetzte.

Mit diesem Übergang zur täglichen Berichterstattung nahm auch die Frequenz der Natur- und Wetterbeschreibungen zu, sodass ab Januar 1694

eine fast lückenlose Witterungsbeobachtung erfolgte, was auch auf die übrige Tagebuchführung zurückwirkte. So bestehen phasenweise die Beschreibungen an ereignisarmen Tagen ausschliesslich aus der Beobachtung des Wetters. Im Weiteren wirkte sich die gesteigerte Beobachtungstätigkeit auf die Strukturierung der Informationen aus. Während sich im Zeitraum von 1671–1693 weniger als die Hälfte der Natur- und Wetterbeobachtungen zu Beginn eines Eintrags befinden, begann Dietrich ab Januar 1694 fast alle Tagebucheinträge mit einer Schilderung des Wetters, wobei er die wechselnden Wetterbedingungen oft mehrmals am Tag notierte. Trotz standortbedingter Unterschiede lässt sich feststellen, dass der Diarist ab Januar 1694 auch ein spezifischeres Vokabular für die Beschreibung des Wetters verwendete. Dabei fokussierte sich der Autor insbesondere auf die Beschreibung des atmosphärischen Geschehens.

In den 1690er Jahren führten eine Reihe von Missernten zusammen mit handelspolitischen Restriktionen zu einer Subsistenzkrise auf dem Gebiet der Zentral- und Nordostschweiz, welche auch das Kloster betraf. Als möglicher Grund für den Übergang zum täglichen Beobachten kommt deshalb infrage, dass Dietrich wegen einer Häufung an witterungsbedingten Ernteausfällen ein vertieftes Verständnis des Kausalzusammenhangs zwischen Witterung und Ernteertrag zu finden suchte. Für diese These spricht eine Eigenaussage des Autors im Februar 1694, in der er den Vorsatz der täglichen Beobachtung damit begründete, dass er Prognosen zur Weinernte vornehmen wolle. Trotz dieses Vorsatzes folgte im Tagebuch jedoch weder eine rückblickende Synthese des Wachstumsverlaufs noch eine konkrete Prognose zum Ernteertrag. Dies ist typisch für Dietrichs Beobachtungsstil, da sich der Autor – vor allem in Bezug auf Ernteerträge – stärker auf das Beschreiben als auf das Deuten und Prognostizieren fokussierte. Allerdings lässt sich mit dem Übergang zum täglichen Beobachten feststellen, dass der Diarist damit begann, in spielerischer Manier die Verlässlichkeit von Bauernregeln zu prüfen und zumindest für das atmosphärische Geschehen des nächsten Tages öfters Vorhersagen wagte.

Aufgrund seines fortgeschrittenen Alters und seiner schwachen Konstitution trat Dietrich ab 1698 schrittweise von seinen administrativen Ämtern zurück und war nicht mehr im selben Mass wie früher in die Kerngeschäfte des Stifts verwickelt.

In der Folge fielen auch seine Beschreibungen im Tagebuch weniger umfangreich aus. Mitte des Jahres 1701 wurde er schliesslich zum Beichtvater im Kloster Fahr ernannt. Dort war er nur noch am

Rande in administrative Belange involviert und konnte der Beobachtung des Wetters viel Zeit widmen, bevor er am 5. April 1704 verschied.



Dominik Joss

„Sending Out an SOS“

Umweltpolitisches Engagement von Musiker:innen im anglophonen Raum (1960–2023)

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Büschges und Prof. Dr. Christian Rohr

Die Dissertation behandelt die Rolle bekannter englischsprachiger Musiker:innen an verschiedenen Umweltschutzaktivitäten und -projekten und orientiert sich an folgenden Leitfragen: Wie wurden ausgewählte Veranstaltungen und Projekte im politischen Diskurs zu den jeweiligen Themen positioniert? Welchen Beitrag leisteten diese Veranstaltungen und Projekte selbst in Bezug auf die Politisierung eines Themas? Inwiefern waren Musiker:innen an diesem Prozess beteiligt und durch welche kommunikativen Handlungen haben sie den Diskurs gespeist? Wie wurden die behandelten Themen durch die beteiligten Akteur:innen geframt und gibt es bestimmte Begriffe, die hierzu konkret verwendet wurden? Gab es Kritik an den Aktivitäten der jeweiligen Musiker:innen? Wie wurden die Aktivitäten rezipiert? Da der Beginn der modernen Umweltbewegung häufig in den 1960er-Jahren verortet wird, wurden die Jahre von 1960–2023 als Untersuchungszeitraum festgelegt.

Von einem breiten Verständnis des „Politischen“ ausgehend, wird der Begriff in der Dissertation als etwas verstanden, das sich in Kommunikationsprozessen konstituiert. Da sich solche Prozesse nicht nur allein durch Sprache, sondern auch durch non-verbale Kommunikation vollziehen können, wird das Politische als eine Form der Performance verstanden. Die zur Beantwortung der Fragestellung gewählte Methode besteht daher aus einer Kombination der Diskursanalyse nach dem Historiker Achim Landwehr und der Performanceanalyse nach der Theaterwissenschaftlerin Erika Fischer-Lichte. Eine wichtige Untersuchungsgrundlage stellen Berichte aus den britischen Zeitungen *Daily Mail*, *Daily Telegraph*, *The Guardian*, *The Independent* und *The Times*

sowie aus den US-amerikanischen Zeitungen *The Boston Globe*, *Los Angeles Times*, *The New York Times* und *USA Today* dar. Als weitere Quellen für die Beantwortung der Fragestellung dienten persönliche Schrifterzeugnisse der untersuchten Künstler:innen, Musikvideos, Konzertaufnahmen, Songs und Projektwebseiten.

In Anlehnung an den Politikwissenschaftler John Street wird in der Arbeit davon ausgegangen, dass Musiker:innen grundsätzlich auf zwei unterschiedliche Arten politisch aktiv werden können. Sie können sich aufgrund ihres Bekanntheitsgrades entweder direkt an politischen Aktivitäten beteiligen und/oder Songs mit politischen Texten komponieren. Für die erste Möglichkeit wurde für die vorliegende Studie noch einmal zwischen der Initiierung eigener Organisationen oder Aktionen und der Beteiligung an bereits bestehenden Aktivitäten unterschieden. Dieser Einteilung entspringt auch die Kapitelunterteilung des Forschungsprojektes, das sich an prägnanten Fallbeispielen orientiert.

Nach der Einleitung (Kapitel 1) und einem Überblick über die Geschichte der modernen Umweltbewegung und deren Rezeption in der Musikwelt (Kapitel 2) folgt in Kapitel 3 eine Untersuchung zur Rolle des US-amerikanischen Musikers Don Henley in den Diskussionen rund um den Erhalt der Walden Woods, in denen der Philosoph und Schriftsteller Henry David Thoreau von 1845–1847 gelebt hatte und die diesem als Vorlage für dessen Werk *Walden; or, Life in the Woods* gedient hatten. Die Analyse zeigt, dass es Henley mithilfe des von ihm im Jahr 1990 gegründeten Walden Woods Project einerseits gelang, durch Immobilienprojekte bedrohte Stätten der Walden

Woods vor der Überbauung zu schützen. Andererseits schaffte es Henley auch, zum wichtigsten und von den Medien am meisten beachteten Akteur in diesen Auseinandersetzungen aufzusteigen, was ihm jene Deutungshoheit verlieh, mithilfe welcher er die laufenden Diskussionen in seinem Sinne beeinflussen konnte. Das zeigte sich etwa daran, dass Henley zwar am bereits bestehenden Narrativ, das die Immobilienunternehmer als „Feindbilder“ darstellte, festhielt, im Gegensatz zu anderen Akteur:innen aber verstärkt auf Kooperation mit den lokalen Behörden setzte, was die zuvor eher konfliktbehafteten Beziehungen zwischen Aktivist:innen und Behörden wesentlich verbesserte. Zur Erhebung der für den Landkauf notwendigen Spendengelder organisierte Henley mehrere Benefizkonzerte, an denen unter anderem auch Sting auftrat, der ein Jahr zuvor die Rainforest Foundation zum Schutz der weltweiten Regenwälder gegründet hatte.

Stings Regenwaldorganisation stellt denn auch den Gegenstand von Kapitel 4 dar. Deren Gründung ging auf eine Begegnung Stings mit dem Kayapó-Anführer Raoni Metuktire aus dem Jahr 1987 zurück. Im Rahmen dieses Treffens versprach Sting Raoni, diesem Gehör verschaffen und dadurch dafür sorgen zu wollen, dass die von den Kayapó bewohnten Gebiete im Amazonas-Regenwald geschützt werden. Wie die Untersuchungen zeigen, wählte Sting zur Erreichung seiner Ziele einen ähnlichen Ansatz wie sein Freund Henley. Auch Sting organisierte Benefizkonzerte, kooperierte mit lokalen Akteur:innen, suchte die Zusammenarbeit mit der Politik und brachte mit den eingenommenen Spenden das Geld für die Demarkierung des Landes der Kayapó auf. Trotzdem gelang es Sting, der die Indigenen verstärkt in die Schutzbestrebungen einbeziehen wollte, im Gegensatz zu Henley nicht, zu einem bedeutenden Akteur in den Diskussionen zum Schutz der Regenwälder aufzusteigen und somit auch nicht, den Diskurs wesentlich zu beeinflussen. Dieser Umstand wird in der Studie damit erklärt, dass Stings Organisation im Gegensatz zu jener Henleys nicht einem lokalen, sondern einem regionalen oder gar globalen Thema gewidmet ist, das international wesentlich breiter und damit von deutlich mehr Akteur:innen diskutiert wird als der Schutz der Walden Woods.

Das fünfte Kapitel behandelt mit dem am 7. Juli 2007 durchgeführten Mega-Event Live Earth ein Beispiel dazu, wie Musiker:innen im

Rahmen eines nicht durch sie organisierten Events zugunsten des Umweltschutzes politisch aktiv werden konnten. Durchgeführt wurde das Konzert durch den früheren US-Vizepräsidenten Al Gore und den Musikproduzenten Kevin Wall. Obwohl Gore mit dem 2006 veröffentlichten Dokumentarfilm *An Inconvenient Truth* in Grossbritannien und in den USA massgeblich zur Popularisierung des Klimawandels beigetragen hatte, gelang es ihm, wie die Untersuchungen zeigen, nicht, Vergleichbares mit Live Earth zu erzielen. Obwohl mehrere Künstler:innen und Bands, wie an den Fallbeispielen Madonna, Melissa Etheridge, Alicia Keys und The Police aufgezeigt wird, ihre Performances dem Thema der Veranstaltung widmeten und sich darin mit diesem auseinandersetzten, zeigte eine quantitative Erhebung der Medienberichte zum Klimawandel in den Folgewochen und -monaten – im Gegensatz zu *An Inconvenient Truth* – keine Veränderungen. Vielmehr geriet das Event teilweise stark in Kritik, da es als Widerspruch empfunden wurde, dass um die Welt tourende Musiker:innen mit einem entsprechend grossen ökologischen Fussabdruck den Zuschauer:innen ein umweltbewussteres Verhalten nahelegen wollten.

Das den Hauptteil abschliessende sechste Kapitel behandelt mit dem kanadischen Rockmusiker Neil Young schliesslich ein Fallbeispiel für einen Musiker, bei welchem der Umweltschutz ein zentrales Thema in seinem Oeuvre darstellt. Youngs umweltpolitische Songs wurden am Beginn seiner Karriere allen voran durch das in den 1960er- und 1970er-Jahren populäre Back-to-the-Land Movement beeinflusst und beschäftigten sich auf einer noch eher vageren Ebene, die hauptsächlich die Schönheit der Natur betont, mit Natur- und Umweltschutz. Ab den 2000er-Jahren wurde Youngs Rhetorik zunehmend aggressiver, mit dem Klimawandel und dem Kampf gegen GMOs (gentechnisch modifizierte Organismen) rückten zudem zwei neue Themen in den Fokus. In diesem Zusammenhang griff Young mehrere politische und wirtschaftliche Akteur:innen gezielt an, wobei er mit *The Visitor* (2017) und *The Monsanto Years* (2015) gar zwei Alben veröffentlichte, die er mit dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump beziehungsweise dem Unternehmen Monsanto gänzlich zwei bestimmten Akteuren „widmete“.

Abschliessend wird im Fazit festgestellt, dass alle untersuchten Musiker:innen mithilfe von Songs, Aktionsformen und Performances versuch-

ten, bei den Zuschauer:innen beziehungsweise Zuhörer:innen ein Gemeinschaftsgefühl zur Unterstützung der eigenen Anliegen hervorzurufen. Zugleich zeigen die Untersuchungen, dass sich Musiker:innen häufig dann für ein bestimmtes politisches Thema engagieren, wenn dieses im öffentlichen Diskurs ohnehin bereits sehr präsent ist. Wie vor allem die Beispiele Henley und Sting nahelegen, agieren Musiker:innen aber nicht zwingend innerhalb der bereits bekannten Argumentationsmuster, sondern versuchen auch gezielt, ihre eigenen Ansichten zu der Thematik durchzusetzen. Die Erfolgsaussichten sind dabei ungleich grösser, je besser die organisatorischen Rahmenbedingungen ausfallen, je mehr Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung an Performances

bestehen und je höher die Legitimation ist, die einem/einer Musiker:in hierzu attestiert wird, wobei der letzte Umstand auch massgeblich dadurch beeinflusst wird, wie intensiv und wie langandauernd sich der/die fragliche Künstler:in mit einem Thema auseinandersetzt. Wie die Diskrepanz zwischen Henleys und Stings Wirkung bei ähnlicher Vorgehensweise aufzeigt, sind aber auch die räumliche Skala und der Grad der laufenden politischen Diskussionen ein nicht zu unterschätzender Faktor dafür, wie gut ein:e Musiker:in Deutungshoheit zu einem bestimmten Thema erringen kann. Um den genauen Einfluss der räumlichen Skala beurteilen zu können, ist zweifelsohne aber weitere Forschung notwendig. Für die Dissertation ist eine monographische Veröffentlichung geplant.



Mario Philipp Podzorski-Gächter

„Und das nennt sich Grenzbesetzung!“

Erfahrungen Deutschschweizer Offiziere während des Aktivdienstes im Ersten Weltkrieg

Dissertation bei PD Dr. Daniel Marc Segesser und Prof. Dr. Christian Koller (Universität Zürich)

Als der Erste Weltkrieg sich dem Ende zuneigte, hofften gar einige Offiziere auf Aufstände und Unruhen in der Schweiz. Nicht, weil sie die protestierende Arbeiterschaft unterstützt hätten, sondern weil die Unruhen niederschlagen ihnen erlaubt hätte, ihren angeknackten Ruf reinzuwaschen und zum Schluss der ereignisarmen Grenzbesetzung doch noch etwas zu erleben. Zu diesem Schluss kommt die Dissertation. Sie untersucht, welche Erfahrungen Deutschschweizer Offiziere während des Militärdienstes im Ersten Weltkrieg gemacht haben. Rund sechshundert Tage hatten sie während des Ersten Weltkrieges jeweils Dienst geleistet, in Ablösungsdiensten verteilt über die Jahre 1914 bis 1919. Sie wurden zur Abwehr von allfälligen Angriffen, später auch zur Bekämpfung von Schmuggel an der Grenze und – je länger, je mehr – für Ordnungsdienste im Landesinnern eingesetzt. Wache an der Grenze blieb dabei die Ausnahme, Ausbildung dahinter die Regel. Innenpolitische Spannungen und zunehmende Dienstverdrossenenheit der Soldaten prägten die Zeit; hinzu kamen Affären um die Armee, Bestrebungen um deren Demokratisierung sowie grundsätzliche

Kritik am Militär vonseiten der Politik. Wie die Armeeingehörigen die sogenannte Grenzbesetzung erfahren haben, ist noch wenig erforscht. Hier hat die Geschichtsschreibung in der Schweiz kultur- und erfahrungsgeschichtliche Impulse der vergangenen fünfzig Jahre aus dem Ausland erst mit Verzögerung und lückenhaft rezipiert.

Die Untersuchung stützt sich primär auf bisher kaum beachtete Briefe und Tagebücher von 23 Offizieren aus einem Dutzend Archive, ausserdem auf militärische Dokumente, meist Truppentagebücher, Berichte oder Befehle. Theoretisch orientiert sie sich an Überlegungen des Tübinger Sonderforschungsbereichs 437 „Kriegserfahrungen“. Methodisch lehnt sich an die Vorarbeiten Klaus Latzels und Martin Humburgs an, kombiniert qualitative mit quantitativer Auswertung und betrachtet die Erfahrung des Aktivdienstes vor dem Hintergrund der Erfahrung des Krieges, der Schweiz, der Armee, der jeweiligen Umgebung und des Zivillebens der Offiziere.

Zwei Bedürfnisse, so die Ergebnisse der Arbeit, prägten die Erfahrung der Offiziere. Das erste war, etwas zu erleben. Die sogenannte Erlebnis-

rientierung nach Peter-Paul Bänziger, das heisst das Streben des Einzelnen nach intensivem Erleben, nach Spass, Glück und Genuss sowohl in der Freizeit als auch bei der Arbeit, zeigte sich auch in der Erfahrung des Aktivdienstes. Das zweite war, sich zu bewähren und gegenüber Dritten auszuzeichnen. Das ging einher mit dem Bedürfnis nach Abgrenzung nach unten und sozialem Aufstieg. Das waren dieselben Motive, weshalb gemäss Rudolf Jaun Angehörige des akademisch gebildeten, urbanen Mittelstandes, aus dem sich das schweizerische Offizierskorps ab 1900 hauptsächlich rekrutierte, eine Offizierslaufbahn einschlugen.

Die Erfahrung des Aktivdienstes war stark abhängig von zeitlichen, örtlichen und funktionalen Faktoren. Sie lässt sich, abhängig von der Bedrohungslage und damit vom Zeitpunkt, in drei Phasen unterteilen:

Die erste Phase im August 1914 war von Unsicherheit geprägt. Im nahen Elsass wurde gekämpft, in der Schweiz fürchtete man den Durchmarsch fremder Truppen. Das Gros der untersuchten Offiziere lehnte den Krieg als schrecklich und zerstörerisch ab, er bedrohe die Schweiz. Die Armee konnte ihre Kriegstüchtigkeit nach aussen demonstrieren und so einen möglichen Angreifer abschrecken. Auch gegenüber Politik und Bevölkerung konnte die Armee, die vor dem Ersten Weltkrieg teils heftige Kritik erfahren hatte, ihre Kriegstüchtigkeit zeigen. Mit dem Schutz der Schweiz war der Aktivdienst in den Augen der Offiziere vorerst sinnvoll. In die Besorgnis mischte sich Begeisterung, fürs Vaterland ins Feld zu ziehen. Das Verlangen nach Bewährung zeigte sich hier ein erstes Mal. Der zuhause gebliebenen Bevölkerung fiel die Rolle zu, die Armee zu unterstützen, zu bejubeln und zu beklatschen. Hier zeigten sich zugleich militaristische Vorstellungen und ein Denken in dualistischen Geschlechterrollen: Das (männlichere) Militär war der (weiblicheren) Zivilbevölkerung übergeordnet.

In einer zweiten Phase der Sicherheit und Konstanz ab Herbst 1914 verlor der Krieg für die untersuchten Offiziere an Bedeutung. Sie sahen in ihm kaum noch eine militärische Bedrohung für die Schweiz. Sie verurteilten ihn zwar weiterhin, deuteten jedoch Kämpfe, die sie sahen und sehen wollten, zur erlebnisreichen Unterhaltung und bisweilen zur Bewährungsprobe um. Die Erlebnisse und Erfahrungen der Deutschschweizer Offiziere, die den Krieg aus sicherer Warte mitansahen, un-

terschieden sich somit stark von solchen, die Soldaten an der Front machten. Die Schweiz erfuhren die untersuchten Offiziere nun als „Insel der unsicheren Geborgenheit“ (Georg Kreis), die sich zunehmend wirtschaftlichen und innenpolitischen statt militärischen Herausforderungen gegenüber sah. Hier wandelte sich die Erfahrung der Bevölkerung stark: Sie zeigte sich zunehmend renitent, teils gar feindselig gegenüber der Armee. Diese war in zahlreiche Affären verwickelt. Für Kritik aus der Bevölkerung zeigten die untersuchten Offiziere kaum Verständnis, glaubten ausländische Hetzer am Werk und verlangten hartes Durchgreifen. Sie suchten den Feind nun vermehrt diesseits statt jenseits der Grenzen – ein Muster, das sich im Landesstreik erneut zeigen sollte.

Die Erfahrung des Dienstes wandelte sich ab Herbst 1914 in zweierlei Hinsicht ebenso: Erstens gelang die Sinnstiftung des Dienstes angesichts der nachlassenden militärischen Bedrohung nur noch wenigen Offizieren. Zweitens widersprach der erfahrene Ablösungsdienst, der meist aus Ausbildung im Hinterland bestand, den Erwartungen der Offiziere: Er entbehrte der erhofften Erlebnisse und der Möglichkeit, sich zu bewähren, war langweilig und vom bekannten Wiederholungskurs primär in seiner Dauer zu unterscheiden. Die beiden noch kaum befriedigten Bedürfnisse, etwas zu erleben und sich zu bewähren, traten in dieser Phase stärker hervor. Die Offiziere beurteilten den Dienst danach, ob er interessant war oder nicht; unter welchen Umständen Dienst geleistet wurde, gewann ebenso an Bedeutung. Das *wie* war damit wichtiger geworden als das *wieso*. Das Beobachten grenznaher Kämpfe bot ebenso aussergewöhnliche Erlebnisse wie Märsche durch als schön erfahrene, unbekannte Gegenden; der Dienst der Offiziere verkam damit zur Tour de Suisse. Märsche und gelegentliche Manöver ermöglichten, sich zu bewähren und sich der eigenen Kriegstauglichkeit zu versichern. Das zeigte sich gerade darin, dass sich die Offiziere mit anderen Offizieren bzw. ihre eigene Truppe mit anderen Truppen verglichen. Aus Kameraden waren bisweilen Konkurrenten geworden. Die disziplinierten, gehorsamen Unterstellten wandelten sich dabei zum Fleisch gewordenen Leistungsausweis des schneidigen Offiziers. Kritik, die Kompanie-, Bataillons- und Regimentskommandanten jeweils von ihren Vorgesetzten wegen undisziplinierter Mannschaftsangehöriger bekamen, verstärkte diese Tendenz. Mit zuneh-

mender Dauer des Dienstes wurden die Offiziere von ihren zivilen Rollen, die sie im August 1914 zurückgelassen hatten, eingeholt. Gerade ältere, berufstätige, verheiratete Offiziere gaben Arbeit und Familie nun den Vorzug. Sie waren gleichermaßen dienstmüde wie ihre Soldaten.

Das Kriegsende und der Landesstreik brachten drittens eine erneute Phase der Unsicherheit und aktualisierte die Deutungsmuster vom August 1914: Die Schweiz sei bedroht, die kriegstüchtige Armee verteidige sie. Gefahr drohte aus Sicht der Offiziere nun von innen. Der Ordnungsdienst bot die Möglichkeit, ihre bisher nur unzureichend gestillten Bedürfnisse zu befriedigen: Sie konnten etwas erleben, sich vor Publikum inszenieren, sich bewähren und damit erfahrene Kritik als unberechtigt darstellen. Da das Bürgertum die Armee erneut unterstützte und den Ordnungsdienst

begrüsste, konnte sich das Militär der zuvor teils aufmüpfigen, armeekritischen Zivilbevölkerung erneut überordnen.

Die Erfahrungen, die Deutschschweizer Offiziere während des Aktivdienstes im Ersten Weltkrieg machten, unterschied sich damit deutlich von der Erfahrung derjenigen, die tatsächlich kämpften. Letztere wurden ob den Kämpfen desillusioniert, erstere nicht. Im Gegenteil. Die beiden Muster, sich zu bewähren und etwas zu erleben, prägten die Erfahrung und damit auch das Handeln der untersuchten Offiziere bis zum Ende des Krieges. Mit diesen Erkenntnissen schliesst die Dissertation eine Lücke in der militärgeschichtlichen Forschung zur Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg und damit an die erfahrungsgeschichtliche Forschung im Ausland an.



Yvonne Aregger

„Viel Arbeit, es geht mir gut.“

Kriegserfahrungen von deutschen Rotkreuzschwestern an der Ostfront 1941 bis 1945
und ihre Rolle im Krieg

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Im Rahmen des Zweiten Weltkrieges standen deutsche Rotkreuzschwestern in den Lazaretten der Wehrmacht im Einsatz und pflegten Verwundete und Kranke. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK), dem die Rotkreuzschwestern angehörten, war seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 stetig auf die NS-Ideologie ausgerichtet worden. Durch diese Ausrichtung kam es auch zu einer Ideologisierung der Schwesternrolle, die sich an der NS-Frauenpolitik orientierte. Propagiert wurde das Bild einer Rotkreuzschwester, die sich heldenhaft und zugleich mütterlich mit ihren weiblichen Eigenschaften um Verwundete kümmerte und so ihren Beitrag für die Volksgemeinschaft leistete. Viele Schwestern begaben sich mit diesem Bild zu ihrem Einsatz, vor Ort wurden sie aber bald mit der gewaltvollen Realität der Kriegsschauplätze konfrontiert.

Die zahlreichen Selbstzeugnisse von DRK-Schwestern, die ihre Erfahrungen in deutschen Lazaretten dokumentierten, sind bisher kaum ausgewertet. Die Arbeit sieht sich als Beitrag zur Schliessung dieser Forschungslücke, indem sie die Selbstzeugnisse von sieben ausgewählten DRK-Schwestern als Quellengrundlage nutzt und die Kriegserfahrungen der DRK-Schwestern sowie ihre Rolle im Krieg untersucht. Da die von den DRK-Schwestern gemachten Erfahrungen je nach Einsatzort variierten, hat sich die Arbeit auf die Ostfront als Erfahrungsraum eingegrenzt.

Durch ihren Einsatz fern von der Heimat in den besetzten Gebieten im Osten betraten die DRK-Schwestern einen primär männlich besetzten Raum. Entsprechend bietet es sich an, nach der Rolle der Schwestern im Krieg zu fragen. Die Rolle wurde analysiert anhand ihrer Selbstzeugnisse (selbstzugeschriebene Rolle) und propagandistischen Publikationen, die die den Schwestern vom

NS-Regime fremdzugeschriebene Rolle abbilden. Durch die Analyse und den anschliessenden Vergleich zwischen fremd- und selbstzugeschriebener Rolle wird ein mehrdimensionales Bild der Schwesternrolle aufgezeigt. Zudem fragt die Arbeit, inwiefern sich Rollen und Kriegserfahrungen der Schwestern gegenseitig beeinflusst haben.

Die Analyse der Rolle hat gezeigt, dass die fremdzugeschriebene und die selbstzugeschriebene Rolle der Schwestern zwar in einigen Punkten deckungsgleich waren, dass es aber auch Diskrepanzen zwischen den Rollenbildern gab. So schrieben sich einige Schwestern vom NS-Regime nicht erwünschte, männliche Eigenschaften zu, indem sie sich etwa als ebenso trinkfest wie die Soldaten bezeichneten. Was die aus der NS-Frauenpolitik entlehnten, mütterlichen Eigenschaften der Schwesternrolle anbelangt, kam es kaum zu Diskrepanzen zwischen der fremd- und der selbstzugeschriebenen Rolle. Was die Selbstzeugnisse jedoch zeigten, war eine stark ausgeprägte Arbeitsmoral, die sich die Schwestern selber zuschrieben. Die Verinnerlichung der Arbeitsmoral und des Durchhaltewillens überschritten bei weitem die Forderung von Diszipliniertheit von ideologischer Seite.

Die Erfahrungen, die die Schwestern in der Frontumgebung des Ostens machten, waren grundsätzlich sehr divers und individuell. Gleichzeitig lassen sich gewisse Schwerpunkte innerhalb der Selbstzeugnisse der Erfahrungsgemeinschaft feststellen, die sich als die Erfahrung von prekären Situationen subsumieren lassen. Prekäre Situationen gab es in der Frontumgebung viele. Sie prägten die Schwestern meist mehr als alltägliche Ereignisse, die nur selten verschriftlicht wurden. Nicht nur die Primitivität der Infrastruktur vor Ort, sondern auch Situationen, in denen sie alleine eine

überfüllte Station betreuen mussten, zählten dazu, ebenso die zahlreichen Gewalterfahrungen oder gefährliche Situationen, wie die Bombardierung von Lazaretten oder die Gefahr, von der Front eingekesselt zu werden.

Bei der Untersuchung der gegenseitigen Beeinflussung von Kriegserfahrungen und Rolle liess sich feststellen, dass die fremd zugeschriebene Rolle primär zu Beginn des Krieges auf die Schwestern Einfluss nahm. Sie bildete die Grundlage der Motivation zum Einsatz im Krieg. Durch die Erfahrungen in der Frontumgebung verlor die NS-Ideologie für die Schwestern jedoch bald an Bedeutung. Es kam aufgrund der gemachten Erfahrungen zu einer zunehmenden Diskrepanz zwischen fremd- und selbstgeschriebener Rolle.

Die prekären Situationen in der Frontumge-

bung des Ostens bewirkten, dass die Schwestern in ihrer Rolle selbständiger und unabhängiger wurden. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich durch das Erfahren solcher Situationen die Stellung der Schwestern als Frauen – im Vergleich zur Stellung der Frauen in der Heimat – gegenüber den Männern steigerte.

Die hohe Arbeitsmoral und der Durchhaltewille der Schwestern hielten im Krieg trotz prekärer Situationen kontinuierlich an und waren die tragenden Pfeiler, auf die sich ihre Tätigkeiten stützten. Auch die gemachten Erfahrungen änderten an der Arbeitsmoral der Schwestern nichts. Sie wurde von einer schlichten Bescheidenheit getragen, die sie sich im Brief einer Schwester an ihre Eltern manifestierte: „Viel Arbeit, es geht mir gut.“



Florian Armingeon

Organisationen von Besatzungskindern des Zweiten Weltkrieges im Vergleich

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Besatzungskinder sind ein begleitendes Phänomen von Kriegen und Konflikten. Wo auch immer Besatzungssoldaten im Zweiten Weltkrieg stationiert waren, wurden neun Monate später die ersten Besatzungskinder geboren. Fraternalisierungsverbote, kontrollierte Prostitution, bestehende Feindbilder und ideologische motivierte Bevölkerungspolitik hatten weniger Einfluss auf die intimen Kontakte der einheimischen Bevölkerung und Angehörigen der Besatzungsmacht, als auf den individuellen, gesellschaftlichen und staatlichen Umgang mit diesen Beziehungen und den daraus entstandenen Kindern. Unterschiedliche Mächteverhältnisse in den besetzten Ländern, Unterschiede in den Erinnerungen und Auseinandersetzungen damit in der Nachkriegsgesellschaft, regionale und politische Unterschiede und vielfältige Beziehungsformen sowie -motivationen der Eltern zeichnen ein heterogenes wie auch komplexes Bild der Besatzungskinder und deren Umgang mit ihrer Vergangenheit. Dennoch kann seit den 1980er Jahren eine zunehmende Vereinigung von Besatzungskindern festgestellt werden, die in gemeinsamen Erfahrungen und Zielen begründet

liegt. Dazu gehört das Schweigen der Mütter oder Adoptiveltern über den leiblichen Vater, Scham- und Schuldgefühle, sowie Benachteiligungen durch die Familie, das soziale Umfeld oder den Staat und eine oftmals schwierige und langwierige Suche nach dem Vater und weiterer Informationen über den biografischen Hintergrund.

In dieser Masterarbeit werden die Organisationen von Besatzungskindern des Zweiten Weltkrieges in ihren Entstehungsumständen, Zielen, Vorgehensweisen, den damit verbundenen Schwierigkeiten, sowie ihrer Vernetzung untersucht. Aufgrund spärlicher Sekundärliteratur zu diesen Themen wurde in einem ersten Teil das Quellenmaterial neun ausgewählter Organisationen ausgewertet, das sowohl über deren Internet-Plattformen, als auch durch den Kontakt mit Vertretern und Vertreterinnen der Organisationen erhalten wurde. Darunter befinden sich Zeitschriften, Jahresberichte, Vortragstexte zu Konferenzen, Sitzungsprotokolle und der Öffentlichkeit zugängliche Informationen über die Aktivitäten der Organisationen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass diese Unterlagen mehrheitlich Anliegen, Ansichten und Selbst-

einschätzungen der Organisationen wiedergeben. In einem zweiten, vergleichenden Teil wurden einzelne Themen wie die Vatersuche, Forderungen und Vernetzung der Organisationen untersucht und in einen historischen Kontext gesetzt, der von einem gesellschaftlichen Wandel zur Besatzungskinderthematik begleitet wird. Dieser Wandel zeigt sich einerseits durch eine späte Viktimisierung der Besatzungskinder und deren Mütter und andererseits durch ein zunehmend aktivistisches und öf-

fentlicheres Auftreten der Besatzungskinder.

Die Arbeit zeigt auf, dass innerhalb und zwischen den Organisationen, trotz einiger gemeinsamer Kernthemen, unterschiedliche Ansichten zur Vorgehensweise und Unterschiede in der Beurteilung der eigenen Geschichte und der Geschichte der Eltern bestehen. Letztlich zeigt sich das auch in den verschiedenen Netzwerken der Besatzungskinder, die seit den 1990er Jahren zunehmend aufgebaut wurden.



Mario Baumgartner

Lungenpest an der Schweizer Grenze?

Verlauf und Bekämpfung der Spanischen Grippe in St. Gallen mit Berücksichtigung der transnationalen Beziehungen zu Liechtenstein und Vorarlberg

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Die Spanische Grippe erreichte die Schweiz im Mai 1918 und forderte innerhalb eines Jahres über 24'000 Todesopfer. Diese grösstenteils unbekannte Influenzaerkrankung stellte die damalige Wissenschaft auf die Probe, da die Mittel der Bakteriologie bei dieser Krankheit keinerlei Wirkung zeigten. Die Behörden setzten folglich auf eine Begrenzung der Ausbreitung der Krankheit. Dazu erteilte der Bund den Kantonen und Gemeinden eine Bevollmächtigung zur Einberufung von Versammlungsverboten, zog sich aber gleichzeitig aus der Bekämpfung zurück.

Da durch den vom Bund gewählten föderalistischen Ansatz zur Bekämpfung der Epidemie die Massnahmen der Schweiz jeweils kantons- und gemeindespezifisch unterschiedlich ausfielen, ist eine Erforschung der Bekämpfung der Spanischen Grippe in der Schweiz auf der Kantonsebene sinnvoll. Deshalb untersucht die Masterarbeit die Spanische Grippe im Kanton St. Gallen. Mit Protokollen vom St. Galler Regierungsrat und von der St. Galler Sanitätskommission soll der Verlauf sowie die Bekämpfung der Spanischen Grippe für die Jahre 1918–1920 rekonstruiert werden. Da St. Gallen auf eine lange Geschichte der engen Beziehungen mit Vorarlberg und Liechtenstein zurückblickt, soll in dieser Arbeit zudem untersucht werden, welche Rolle transnationale Verflechtungen im Verlauf und bei der Bekämpfung der Spa-

nischen Grippe in diesen drei Regionen spielten.

Die Spanische Grippe erreichte St. Gallen im Juni 1918 durch Solothurner Soldaten, die nach St. Gallen für den Grenzschutz entsandt worden waren. Die Spanische Grippe brach somit zuerst unter den Soldaten aus, bevor sie im Juli auf die Zivilbevölkerung übergriff. Die erste Welle erreichte ihren Höhepunkt Ende August mit 1'850 angezeigten Fällen, die vor allem aus den östlichen St. Galler Bezirken kamen. Nach einem Abklingen der Grippe Anfang September breitete sich eine weitere Welle Ende September vom Bezirk Gossau her aus und erreichte ihren Höhepunkt Mitte Oktober mit 6'929 wöchentlich angezeigten Fällen. Diese mit Abstand stärkste Welle ging nur schleppend wieder zurück und liess die Fallzahlen Ende November mit einer Nachwelle nochmals auf knapp 4'000 pro Woche steigen, bis sie Anfang 1919 verschwand. Im Frühjahr 1920 brach die Spanische Grippe abermals mit einer kleineren Welle herein, bei der zum Höhepunkt wöchentlich 3'000 Fälle zur Anzeige gelangten. Im Jahr 1918 wurden im Kanton St. Gallen insgesamt 64'680 Grippefälle gemeldet, 1'436 Personen starben in diesem Jahr an der Spanischen Grippe. Die Grippefälle verteilten sich jedoch ungleichmässig auf die Bezirke, sodass im Bezirk See eine Morbidität von 27% und im Bezirk Oberrheintal eine Morbidität von 13% verzeichnet

werden konnte. Auch innerhalb der Bezirke gab es zwischen den einzelnen Gemeinden grosse Unterschiede.

Der St. Galler Regierungsrat, obwohl um eine Informationssammlung und Aufklärung bemüht, nahm in der Bekämpfung der Spanischen Grippe eine passive Rolle ein. Da er eine kantonsweite Bekämpfung als nicht zweckmässig empfand, übertrug er die Verantwortung der Grippebekämpfung auf die Gemeinden, die für ihr Gemeindegebiet die vom Bund übertragenen Vollmachten nutzen sollten. Dabei stand ihnen der Regierungsrat mit der Sanitätskommission beratend zur Seite. Die gewählte Strategie des Regierungsrates funktionierte allerdings nur bedingt, da Gemeinderäte teilweise keine Massnahmen erliessen, obwohl die Schwere der Grippesituation dies verlangt hätte. Der Regierungsrat sah sich deshalb gezwungen, selbst Massnahmen einzuführen. Er konzentrierte sich hierbei auf ein Tanzverbot, welches er anlässlich der Kirchweihfeiern im Oktober 1918 auf den ganzen Kanton ausweitete und bis im Frühjahr 1919 aufrechterhielt. Unabhängig davon ermächtigte er den Erziehungsrat zur Verlängerung der Ferien der kantonalen Lehranstalten und erteilte

einen Beschluss zur Urnenabstimmung wichtiger Traktanden, deren Notwendigkeit sich durch Versammlungsverbote einiger Gemeinden ergeben hatte. Mit dem scheinbaren Ende der Epidemie Anfang 1919 war der Regierungsrat vor allem um die finanzielle Bewältigung der Epidemie bemüht. Im Frühjahr 1920 erliess der Regierungsrat wegen der erneuten Grippegefahr abermals ein kantonales Tanzverbot.

Der Einfluss transnationaler Verflechtungen lässt sich vor allem im Verlauf der Spanischen Grippe erkennen, da die Krankheit durch die in der Schweiz arbeitssuchenden Grenzgänger:innen nach Vorarlberg und Liechtenstein eingeschleppt wurde. Eine Transnationalität in der Bekämpfung ist hingegen nur schwach ersichtlich, da sich die Regierungen bei der Bekämpfung der Spanischen Grippe jeweils an vergangenen Epidemien ausrichteten und dabei weniger auf ihre Nachbarn achteten. Nur in Liechtenstein kann eine transnationale Bezugnahme erkannt werden, da die Regierung mit Bekämpfungsmassnahmen im August 1918 noch abwartete, weil die umliegenden Regionen ebenfalls keine unternommen hatten.



Nadin Bissig

Der Beruf des Bergführers

Zeitzeugnisse aus den Führerbüchern von Vinzenz Bissig aus Unterschächen (UR)
von 1925–1970

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Der Beruf des Bergführers – geprüfte Bergführerinnen gibt es in der Schweiz erst seit 1986 – ist und war bereits vor über 100 Jahren ein breitgefächertes Beruf, welcher nicht nur körperliche und technische Fähigkeiten von den Berufstätigen forderte, sondern auch viele zwischenmenschliche und soziale Kompetenzen abverlangte. Bergführerbücher sind seit dem Jahr 1888 im Kanton Uri in Gebrauch und bieten den Tourist:innen Gelegenheit, von Bergführern geführte Touren schriftlich zu bestätigen und zu kommentieren. Die Masterarbeit befasst sich mit dem Bergführerwesen sowie mit der Frage, wie die Auflistung bzw. Bewertung der Dienstleistungen

und der Person des Urner Bergführers Vinzenz Bissig vonstatten ging. Bissig hatte während seiner 46-jährigen Bergführerlaufbahn drei ganze Führerbücher durch seine Gäste füllen lassen. In diesen fast 300 Einträgen finden sich Beschreibungen zu den durchgeführten Touren und zur Führungsart Bissigs.

Mit diesem Quellenbestand wird versucht, die von den Gästen gewünschten und gesuchten Eigenschaften eines Bergführers herauszuarbeiten, um somit ein Bild eines „idealen Bergführers“ aus der Sicht der Tourist:innen generieren zu können. Dabei stehen zum einen die technischen Fähigkeiten wie Klettertechnik, Orientierungssinn oder

auch sicheres und ruhiges Führen, zum anderen aber auch die sozialen Kompetenzen im Vordergrund. Die Arbeit analysiert, welche Beschreibungen bei positiven Einträgen am meisten Gebrauch fanden.

Die Zeugnisse weisen darauf hin, dass der Bergführer einen direkten und grossen Einfluss auf das Gelingen oder Scheitern einer Tour hatte. Dementsprechend befassten sich die Einträge oftmals ausführlich mit der Beschreibung des Bergführers und dessen Diensten. Im Hinblick auf die sozialen Kompetenzen zeigte sich, dass Bissig sich auf jeden Gast und dessen Fähigkeiten neu einstellen und anpassen musste, um eine möglichst gute Führung gewährleisten zu können. Die Zeugnisse beschreiben etliche Charaktereigenschaften, Fähigkeiten und das Wesen von Bissig, welche von den Gästen fast ausschliesslich positiv aufgefasst und beschrieben wurden. Im Hinblick auf Bissigs technische Eigenschaften wurde er von den Gästen immer wieder als ausgezeichneter und erstklassiger Kletterer bezeichnet. Ebenfalls wurden sein guter Orientierungssinn sowie seine Sicherheit und Ruhe in den Einträgen der Tourist:innen hervorgehoben. Bei besonders schwierigen und anspruchsvollen Hochgebirgstouren wurde Bissig gerade von S.A.C.-Mitgliedern als erstklassiger Führer mit grosser Trittsicherheit und ausgezeichneter Führungsart beschrieben. Auch in Bezug auf seine allgemeinen sozialen Kompetenzen brillierte Bissig nach den Aussagen in den Zeugnissen seiner Gäste. Sein warmes und kameradschaftliches

Wesen, sein ruhiger Umgang, aber auch seine Anpassungsfähigkeit an die breite Palette seiner Kundschaft führten zu positiven Reaktionen seitens der Tourist:innen.

In den 46 Jahren führte Bissig neben zahlreichen Sektionstouren des S.A.C. auch andere Gruppen, etwa Pfadfinder:innenabteilungen, Schulklassen oder ganze Familien. Auch etliche Privatpersonen, internationale Alpinist:innen oder sogar forschende Geologen nutzten die Dienste von Bissig. Im Laufe der Jahre bildete sich eine Art Stammkundschaft, die als klares Indiz für die gut ausgeführte Führungsarbeit Bissigs gelten kann. Mit Hilfe der erschlossenen und im Anhang transkribierten Quellen lässt sich erkennen, dass die Beschreibung eines „idealen Bergführers“ und die Ansprüche an jene Personen im Laufe der Jahre praktisch unverändert blieben, obwohl die Herkunft sowie die Voraussetzungen der Tourist:innen unterschiedlicher nicht sein konnten.

Anhand dieser Karrierelaufbahn wird das Bergführerwesen in einem zweiten Teil mit dem Tourismus in der Region Schächental in Verbindung gebracht, um die Wechselwirkung und die gegenseitige Abhängigkeit dieser Branche mit dieser Dienstleitung aufzuzeigen. Die Arbeit bietet somit eine Ergänzung zu dem bereits ausführlich erforschten Themengebiet des Alpinismus und des Bergführerwesens und beleuchtet dabei eine noch nicht so ausführlich erforschte Region während des 20. Jahrhunderts.



Simon Brauen

Rudolf Archibald Reiss – Der Kriminalistikpionier als Kriegskorrespondent für die „Gazette de Lausanne“

Die Geschichte eines Wandlers zwischen den Welten

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Im Zentrum der vorliegenden Masterarbeit stehen die Erlebnisse und Beobachtungen des Kriminalisten Rudolf Archibald Reiss im Ersten Weltkrieg. Reiss war ein aus Deutschland stammender Wissenschaftler, der sich an der Wende zum 20. Jahrhundert zum Studium in Lausanne niedergelassen hatte. Im Rahmen seiner beachtlichen

Karriere an der Universität Lausanne etablierte er sich als Pionier von internationalem Ruf auf dem Gebiet der Forensik und Polizeiphotographie. Im Vorfeld des Ersten Weltkriegs trug Reiss massgeblich zur Einrichtung der Kriminalistik als universitäres Fach bei und war als gefragter Experte oft zu Forschungsaufenthalten im Ausland unterwegs.

Als die junge Balkannation Serbien nach Kriegsausbruch von der Armee Österreich-Ungarns angegriffen worden war, lud die serbische Regierung Reiss nach Serbien ein. Er sollte vor Ort seine forensischen Verfahren einsetzen, um die zahlreichen 'Kriegsverbrechen' der kaiserlich-königlichen Truppen an der serbischen Zivilbevölkerung zu dokumentieren. Reiss zeigte sich von dem Schicksal der serbischen Bevölkerung tief betroffen und ergriff für sie von nun an als ihr ausdrücklicher Sympathisant entschiedene Partei.

So begann Reiss bald nach seiner Ankunft in Serbien mit dem Führen einer während der Kriegsjahre regelmässig in der „Gazette de Lausanne“ erscheinenden Korrespondenz. In seinen Briefen berichtete Reiss ausführlich als Augenzeuge von dem Kriegsschauplatz in Serbien sowie in den angrenzenden Balkanländern und warb bei den heimatlichen Leser:innen um Anteilnahme und Verständnis für die Lage Serbiens. Die „Gazette de Lausanne“ war fest im liberal-bürgerlichen Milieu der Romandie verwurzelt, dem sich auch Reiss selbst nach einer bewusst vorgenommenen Distanzierung von seiner deutschen Familie zugehörig fühlte. Die Zeitung hatte aussenpolitisch eine überwiegend frankophile und der Entente zugeneigte Ausrichtung, die naheliegenderweise in den Beiträgen aus Reissens Feder zum Ausdruck kam. Dies war vor dem Hintergrund der innenpolitischen Spaltung der Schweiz während der Kriegsjahre brisant. Entsprechend sah sich Reiss wegen seiner Darstellungen wiederholt mit Kritik konfrontiert und sah sich daher ausdrücklich zur Verteidigung seines Standpunktes veranlasst.

Die während der Kriegsjahre von Reiss in der „Gazette de Lausanne“ veröffentlichten Artikel bilden die Quellengrundlage der Masterarbeit. Reissens Aufenthalt in Serbien und seine Rolle als Korrespondent sind bisher nur unvollständig erforscht, dies im Gegensatz zu seiner Karriere als Kriminalist in Lausanne, zu der es relativ umfangreiche Studien gibt. Die Kapitel zur Quellenuntersuchung sind thematisch gegliedert und behandeln u.a. den sprachlichen Stil von Reissens Artikeln,

die Art, wie er heimische Leser:innen adressierte, seine oft minutiösen Darstellungen von 'Kriegsverbrechen' sowie seine Beurteilung des Kriegsgeschehens und der verschiedenen Akteur:innen des Krieges einschliesslich der Serb:innen selbst, die natürlich in seinen Texten zentral sind. Diese Beiträge zu Reissens Korrespondententätigkeit sind innerhalb der Arbeit verschiedenen einführungskontextualisierenden Abschnitten nachgestellt, welche die Geschichtsschreibung Serbiens und allgemein des Balkans, die politische Lage in der Schweiz zur Zeit des Ersten Weltkrieges und letztlich die Biographie von Reiss zum Inhalt haben.

Bezüglich der Methodik der Arbeit bildet der Umgang mit Zeitungen als Quellengattung den wesentlichen Schwerpunkt. In diesem Zusammenhang kommt auch die Rolle von Propaganda zur Sprache, wie sie besonders in Kriegszeiten für Zeitungberichte kennzeichnend ist. Reissens Artikel sind als klar parteiergreifende Beiträge zu verstehen, in denen teils auch propagandistische Übertreibungen und Auslassungen zu erkennen sind, trotz der Neutralitätsbekundungen ihres Autors. Ferner befasst sich die Arbeit methodisch mit der Rolle von Reiss als westeuropäischer Akademiker in der für ihn fremden Welt des Balkans. In seinen Berichten übernahm er mitunter die Funktion eines Vermittlers, der seiner heimatlichen Leserschaft den fremden, exotischen und eher wenig beachteten Kriegsschauplatz in Südosteuropa näherbrachte. Diesem Umstand versucht die Arbeit mit methodischen Ansätzen zur Wahrnehmung von als „fremd“ eingestuftem Kulturen Rechnung zu tragen. In dieser Hinsicht thematisiert sie auch den Begriff des „Balkanismus“, der die traditionell-westlichen Einschätzungen zum „Balkan“ als Region zusammenfasst. Reissens Darstellungen Serbiens und der Serb:innen selbst wie auch ihrer Nachbarnationalitäten waren nämlich von bemerkenswerten – positiven wie auch negativen – Stereotypen geprägt, die ein weiteres Augenmerk der Quellenuntersuchung bilden.



Neutralität, Vertrauen und ein Fass voll Nadeln

Basel als Drehscheibe für Handel, Schmuggel und Kriegsressourcen am Oberrhein im Spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714)

Masterarbeit bei Prof. em. Dr. André Holenstein

Im Spanischen Erbfolgekrieg war Basel eine bedeutende neutrale Drehscheibe für Kriegsressourcen und zivile Handelsgüter. In den Jahren 1701 bis 1714 kämpften Frankreich und die Grosse Allianz (Reich, niederländische Generalstaaten, England/Grossbritannien) am Oberrhein und in Südschwaben um die spanische Krone. Im neutralen Basel füllten Handeltreibende, Kaufleute, Ratsherren, Bankierswitwen und Postbediente die Getreidespeicher für die Armeen am Oberrhein, organisierten die Passage fremder Truppen über eidgenössisches Territorium, sammelten und vermittelten nützliche Informationen für die Kriegsführenden, boten Finanzdienstleistungen an und wandelten die gegenseitigen Handelsblockaden der Kriegsparteien in einen blühenden Zwischenhandel um.

Transfers von Kriegsressourcen und der grenzüberschreitende Handel erforderten diplomatische, infrastrukturelle und geostrategische Vorbedingungen sowie ein enges Beziehungsgeflecht zwischen den regionalen Akteur:innen des Handels. In Basel agierte das Direktorium der Kaufmannschaft als Interessensvertretung der Kaufleute mit weitreichenden obrigkeitlichen Kompetenzen in kommerziellen Angelegenheiten und war für den Unterhalt und die Ausgestaltung der kommerziellen Beziehungen zuständig.

Anhand quellenbasierter Fallbeispiele werden die Praktiken des Transfers von Kriegsressourcen, des neutralen Handels und Schmuggels sowie der Beziehungsgestaltung untersucht. Mittels systematischer Analyse der kommerziellen Praktiken und Beziehungen können akteurspezifische Interessen, wiederkehrende Verhaltensweisen und Strategien, Handlungslogiken und handlungsleitende Beziehungsressourcen erkannt werden.

Die Untersuchung basiert auf reichhaltigen Protokollen des Basler Direktoriums der Kaufmannschaft im Staatsarchiv Basel. Gesandtschaftsberichte und die ein- und ausgehende Korrespondenz des Direktoriums ermöglichten die Analyse kommerzieller Geschäfte und Beziehun-

gen. Zusätzlich wurden aus dem Staatsarchiv Basel Protokolle des Dreizehnerrats und des Kleinen Rats von Basel hinzugezogen sowie die Sammlung der älteren eidgenössischen Abschiede, Berichte des kaiserlichen Gesandten Trauttmansdorff nach Wien aus dem Bundesarchiv Bern, Bestände des Schwäbischen Kreises aus dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart und baden-durlachische Geheimratsprotokolle und Korrespondenzen sowie das Auslaufregister der oberösterreichischen Regierung aus dem Generallandesarchiv Karlsruhe.

Die kriegsfähigen Akteure des oberrheinischen Raums (Frankreich, Schwäbischer Kreis, Baden-Durlach, Vorderösterreich) benötigten personelle, finanzielle, materielle und kommunikativ-informative Ressourcen, die neutrale Individuen zur Verfügung stellten. In Kombination mit der günstigen geografischen Lage, der tiefgreifenden grenzüberschreitenden Verflechtungen und der für alle Kriegsparteien nützlichen Drehscheibenfunktion wurde die Neutralität zur kommerziellen Option mit individuellen Profitchancen. Kaufleute wie Franz Leisler erlangten regelmässige Zinszahlungen und Zehntrechte als Gegenleistung für die Kreditvergabe an die vom Krieg belastete Markgrafschaft Baden-Durlach.

Handelsverbote, Konterbandebestimmungen, Kriegsabgaben, Deklarationspflichten und rigorose Kontrollen beider Kriegsparteien erschwerten den Handel und führten zu verstärktem Schmuggel aus Basel. Der Schmuggel war alltäglich, wurde quer durch alle sozialen Milieus mit unterschiedlichsten Gütern betrieben und bis zu einem gewissen Grad durch die Obrigkeit und das Direktorium geduldet und gefördert. Anders als bei der Einfuhr kriegsrelevanter Güter hatten die Kriegsführenden ein grosses Interesse an den Einnahmen aus Einfuhrzöllen ziviler Güter. Zoller und Obrigkeiten gingen teilweise rigoros gegen den Basler Schmuggel vor. Der ausgeprägte Handlungsfreiraum der Zoller, die prozentual an den Einnahmen der Kriegsabgaben und der konfiszierten Schmuggelgüter beteiligt waren, führte zu eigennützigem

Beschlagnahmungspraktiken.

Grundlage der betrachteten kommerziellen Aktivitäten waren soziale Beziehungen zwischen den Akteur:innen des Handels. Kontinuierlicher Austausch von Beziehungsressourcen wie Geschenken, Informationen, Gefälligkeiten und Loyalitätsbekundungen schuf sozial bindende Gunst-Schuld-Verhältnisse und führte zu vertrauensvollen Beziehungen. Solche Bindungen, wie etwa zwischen dem Basler Direktorium und dem vorderösterreichischen Zollpächter Andreas Schmalholz, erwiesen sich als äusserst resilient.

Das Vertrauen in die langfristige Nützlichkeit der Bindung und in die Wiederherstellung reziproker Kooperationsbereitschaft glich temporäre Störungen aus. In diesen Beziehungen führte die kommunikative Herstellung gemeinsamer Interessen und geteilter Profitmöglichkeiten zu Kollaborationen unterschiedlicher Akteur:innen und ermöglichte beispielsweise die Zollumgehung für Basler Fuhren, gemeinsame Entschädigungsforderungen für konfiszierter Basler Waren oder die erfolgreiche argumentative Rechtfertigung der Neutralität auf der diplomatischen Ebene.



Marco Dal Molin

Stillen und Bürgerlichkeit

Stillpropaganda in den Anfängen der Säuglingsfürsorge in St. Gallen zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Das Aufkommen der Pädiatrie und der Säuglingspflege Ende des 19. Jahrhunderts rückte nicht nur die gesunde Entwicklung von Neugeborenen verstärkt ins Blickfeld des medizinischen Personals, sondern weckte auch ein neues Interesse an den gesundheitlichen Aspekten des Stillens. Im Zuge eines globalen Stildiskurses galt Muttermilch bald als Allheilmittel gegen die grassierende Säuglingssterblichkeit und sinkende Geburtenraten. Für die St. Galler Ärztin Frida Imboden-Kaiser (1877–1962) war es der „Zaubertrank Frauenmilch“, dessen Einsatz bei kranken Säuglingen „oft fast ans Wunder grenzende Heilung“ bewirkt habe. Unterstützung erfuhren die frischgebackenen Mütter in neu geschaffenen Säuglingsfürsorge- und Mütterberatungsstellen. Ratgeberbroschüren und Ausstellungen erklärten das Stillen zur obersten und „heiligsten“ Pflicht jeder verantwortungsvollen Mutter. Dem damaligen Präventionsparadigma in der Medizin entsprechend, durfte aus Sicht der Ärzt:innen und Pädiater:innen bei der Pflege und Erziehung der Säuglinge nichts mehr dem Zufall überlassen werden.

Die Masterarbeit greift diese Thematik auf und untersucht am Beispiel der Stillkampagne in St. Gallen, wie die populäre Verbreitung von ärztlichem Wissen zum Umgang mit Neugeborenen

zu Beginn des 20. Jahrhunderts bürgerliche Familien- und Rollenbilder sowie Moral- und Sittlichkeitsvorstellungen transportierte und verfestigte. Als Untersuchungsgegenstand dienen die Aktivitäten der Ärztin Frida Imboden-Kaiser. Sie gilt als Begründerin der Säuglingsfürsorge in St. Gallen. Als prominente Stillbefürworterin nutzte Imboden-Kaiser für ihren „Feldzug für die natürliche Brusternährung“ vielfältige Kommunikationsformen und orientierte sie sich an Erfahrungen und Argumentationen in anderen Städten und Ländern.

Die Untersuchung von Informationsbroschüren und Ausstellungsmaterialien aus der Anfangsphase der Säuglingsfürsorge in St. Gallen zeigt auf, wie medizinische Autoritäten durch konkrete Handlungsanweisungen immer auch ihre Vorstellungen von Mutterschaft verbreiteten. Konzeptionell orientiert sich die Arbeit dabei am Begriff der „scientific motherhood“. Es handelt sich dabei um die Vorstellung, dass Frauen fachkundigen wissenschaftlichen und medizinischen Rat benötigen, um ihre Kinder gesund aufziehen zu können. Der moralische Impetus der sich durch die Ärzteschaft und Fürsorgestellen verbreiteten, entfaltete dabei eine disziplinierende Wirkung auf die Frauen, insbesondere aus der Arbeiterschaft. Die Arbeit zeigt, dass die Etablierung der Säuglingsfürsorge und

des Stillens als „Mutterpflicht“ auch als Ausdruck einer „Verbürgerlichung“ breiter Bevölkerungskreise gelesen werden kann, die der Verbreitung traditionell-dualer Geschlechter- und Familienverhältnissen Vorschub leistete. Diese Entwicklung wurde, wie die Masterarbeit abschliessend zeigt, durch zwei entscheidende Faktoren begünstigt, die im Kern das Verantwortungsgefühl der Frauen „als Mütter“ zum Ziel hatten: Erstens ein neues, nati-

onales Interesse am Kind, das dafür sorgte, dass dem Überleben des Nachwuchses überhaupt eine ausreichend grosse Bedeutung zugemessen wurde, sowie zweitens die Aufwertung der Hausarbeit im Zuge eines globalen Hygienediskurses. Letztere schuf den notwendigen Raum für die immer konkreteren Handlungsanweisungen im Bereich der Säuglingspflege.



Sandra Feuz

„Glücklich kann sich gegenwärtig derjenige schätzen, der einen Stall voll Vieh besitzt!“

Die Auswirkungen der Nahrungsmittelknappheit während des Ersten Weltkrieges
in der Gemeinde Grindelwald

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Segesser

Der Erste Weltkrieg bildete eine Zäsur in der Versorgungspolitik des Schweizer Bundesstaates. Bis dahin hatte der Bundesrat weitgehend auf eine interventionistische Politik verzichtet und setzte mit Blick auf die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung auf die Einbindung des Landes in den internationalen Weltmarkt. Getreide und Tierfutter stammten vorwiegend aus dem Ausland, während sich die inländische Landwirtschaft auf die Produktion und den Export von Milch- und Fleischwaren spezialisiert hatte. Der weitgehende Zusammenbruch der Importe während des Ersten Weltkrieges sowie witterungsbedingte Ausfälle führten in der Schweiz zu Nahrungsmittelengpässen. Der Bund sah sich gezwungen, interventionistisch in die Wirtschaft einzugreifen und erliess in diesem Zusammenhang Anbau- und Rationierungsmassnahmen.

Die Masterarbeit widmet sich der Frage, wie sich die Nahrungsmittelknappheit sowie die damit einhergehenden behördlichen Massnahmen in der touristisch und alpwirtschaftlich geprägten Gemeinde Grindelwald im Kanton Bern auswirkten. Sie nimmt damit einen peripheren Raum abseits der klassischen Stadt-Land-Perspektive in den Fokus. Der landwirtschaftliche Anbau von Getreide und Kartoffeln hatte dort nämlich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr an Bedeutung ver-

loren. Die lokalen Bauern fokussierten sich auf die finanziell attraktivere und naturräumlich bevorzugte Käseproduktion und insbesondere die Viehzucht. Die rasante touristische Entwicklung in der Belle Époque bot den Einwohner:innen zudem attraktive alternative Einkommensquellen. Zum Zeitpunkt des Ausbruchs des europäischen Konflikts befand sich die Berggemeinde mit dem Bau zahlreicher Hotels und der Eröffnung des Jungfraujochs auf dem Höhepunkt ihrer damaligen touristischen Entwicklung.

Die Untersuchung stützt sich im Wesentlichen auf Artikel, Inserate und Annoncen des lokalen Anzeigenblattes „Echo von Grindelwald“. Weitere zentrale Bestände bilden Dokumente aus dem Gemeindearchiv Grindelwald sowie kantonale und nationale Erlasse. Zusätzlich werden statistische Zeugnisse zum landwirtschaftlichen Anbau und Viehzählungen berücksichtigt. Insgesamt stützt sich die Herangehensweise auf eine Kombination von qualitativen und quantitativen Quellen.

Die Masterarbeit zeigt, dass Bund und Kanton im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Massnahmen die Gemeinden in die Pflicht nahmen. Auf lokaler Ebene entstanden zahlreiche Kommissionen und Kartenstellen, die für die Durchführung der behördlichen Anbau- und Rationierungsmassnahmen vor Ort verantwortlich waren. Die Durchset-

zungskraft dieser Komitees war zumindest in der Gemeinde Grindelwald allerdings eher beschränkt. In den untersuchten Quellen finden sich zahlreiche Hinweise, dass die Bevölkerung die geltenden Vorschriften nur bedingt einhielt und auch die Verantwortlichen auf Gemeindeebene tendenziell selten durchgriffen. Gerade bei Selbstversorgern war es für die Behörden schwierig, die Einhaltung der Anordnungen zu kontrollieren.

Im Jahr 1917 nahmen die Versorgungspässe aufgrund klimatisch bedingter schlechter Ernten und zunehmender Handelshemmnisse zu. Vor diesem Hintergrund verordneten Bund und Kanton den Ausbau des landwirtschaftlichen Anbaus. Aufgrund der naturräumlichen Verhältnisse stand in Grindelwald die Ausdehnung der Kartoffelproduktion im Zentrum. Im Jahr 1917 konnte die Anbaufläche in der Gemeinde um 30 % gesteigert werden. Die idealen Witterungsverhältnisse verschafften der Gemeinde sogar eine Ertragssteigerung von über 60 % im Vergleich zum Vorjahr. Dem grossen Boom des Jahres 1917 stand 1919 trotz verordnetem Mehranbau jedoch ein Rückgang der Anbaufläche gegenüber.

Die Viehzucht gestaltete sich in Grindelwald während der ersten Kriegsjahre aufgrund der grossen Nachfrage sehr attraktiv. Die Landwirte konnten die Tiere zu einem bis dahin nie gesehenen hohen Preis veräussern. Als im Jahr 1916 aufgrund des schlechten Wetters die Heuernte sehr niedrig ausfiel, änderte sich diese Situation. Dazu kamen ein lang anhaltender Winter 1917 und schweizweit fehlende Futtermittelimporte. Die Frühlingsmonate waren von Heumangel und verminderter Milchproduktion geprägt. Aufgrund der Mangel-

lage erliessen die nationalen Behörden Regeln zur Viehzucht und überwachten den Handel mit Heu. Örtliche Viehbesitzer hielten sich allerdings nicht an die Vorschriften betreffend Milchrationierung und verarbeiteten ihre überschüssige Milch dennoch zu Käse, anstatt diese für den Konsum der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Grindelwald war so trotz des hohen Bestands an Milchkühen auf die Einfuhr von Trinkmilch angewiesen. Hinweise zeigen, dass auch Gemeinderäte, welche selbst Vieh besaßen, sich nicht an die geltenden Vorschriften hielten.

Der Erste Weltkrieg führte zu einem jähen Zusammenbruch der touristischen Entwicklung der Gemeinde Grindelwald und entzog einem grossen Teil der Bewohner:innen einen wesentlichen Teil ihrer Lebensgrundlage. Die Bevölkerung fühlte sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit sowie den strengen Massnahmen für die örtliche Nahrungsmittelproduktion vom Staat im Stich gelassen. Vereinter Widerstand bildete sich nicht zuletzt deshalb im gesamten Berner Oberland gegen die Einführung der Käserationierung. Die Bergtäler sahen sich von dieser Massnahme überproportional betroffen und fürchteten um die Grundlage ihrer Nahrungsmittelversorgung.

Insgesamt zeigt die Untersuchung, dass die klassische duale Stadt-Land-Perspektive im Kontext der Versorgungskrise für die Einordnung der Situation der Bevölkerung in der Schweiz für Grindelwald zu wenig weit greift. Ein Teil der Bevölkerung, insbesondere Grossviehbesitzer, profitierte von der Kriegswirtschaft, während Arbeitnehmende im Fremdenverkehr zu den grossen Verlierern zählten.



Peter Flückiger

Malz – *Functional Food* des bürgerlichen Zeitalters (1860–1914)?

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Getreide begleitet die Menschheit seit ihrer Sesshaftwerdung. Das daraus entstehende Produkt Malz wurde nicht nur herangezogen, um daraus Bier zu brauen, sondern fand auch als Arzneimittel Verwendung. Mit der Industrialisierung und der Verwissenschaftlichung der Nahrungsmit-

telproduktion entstanden neue Forschungs- und Produktionsmöglichkeiten auf Herstellerseite. Der gesellschaftliche Zeitgeist der Untersuchungsperiode – insbesondere Diskurse über Hygiene und Gesundheit sowie Fragen der „richtigen“ Ernährung – führte aber auch zu neuen Bedürfnissen

der Konsument:innen. Die genauere Betrachtung des Malzes zeigt somit auch Verflechtungen auf, nicht nur hinsichtlich der kulinarischen Präferenzen, sondern auch des Lebensstils und der Kultur allgemein. Damit ist das Ziel der Arbeit eine Produktgeschichte am Beispiel Malz, wobei vor allem objektgeschichtliche Zugänge im Mittelpunkt stehen. Es handelt sich demnach nicht um eine klassische Firmen- oder Werbegeschichte, sondern um die Untersuchung einer Reihe von Produkten, wobei Malzextrakt im Zentrum steht. Gleichzeitig sollen aber auch Malzkaffee und sogenannte Gesundheitsbiere miteinbezogen werden, alles Produkte, die ab den 1860er Jahren entstanden. Malz konnte unter dem Einfluss von Wissenschafts-, Gesundheits- und Hygienesdiskursen in neuem Gewand – nicht mehr als Zutat, sondern als Markenartikel – die Gesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts als *Functional Food* erobern.

Um diese Entwicklungen nachzuzeichnen, orientiert sich die Arbeit an drei Leitfragen: Welche neuen Malzprodukte entstanden ab den 1860er Jahren, welches Wissen steckte dahinter und für welche Anwendungsbereiche wurden sie konzipiert? Wie wurden diese Produkte vertrieben und beworben, welche Ideen standen dahinter und wie wurden sie den Konsument:innen schmackhaft gemacht? Wie lassen sich diese neuen Produkte im Untersuchungszeitraum verorten und wie fügten sie sich ins gesellschaftliche Panorama ein? Gerade die Beschäftigung mit Ernährung sagt viel über die soziale Praxis und Gesellschaftsordnung aus. Die Untersuchung des Produktes Malz kann dementsprechend Einblicke in die Produktion, den Handel und Vertrieb sowie den Konsum der Malzprodukte sowie die daraus resultierenden gesellschaftlichen Verflechtungen bieten.

Die Arbeit verfolgt damit drei Ziele: Erstens wird die Geschichte des Malzes und der daraus entstandenen Produkte nachgezeichnet, also eine Forschungslücke für die Zeit vor 1900 zu Malzprodukten im Vergleich miteinander zu schliessen.

Zweitens wird das Malz als Prisma für einen Blick auf die Gesellschaft verwendet, um aufzuzeigen, wie sich diese Produkte in ihre Zeit eingefügt haben und welche Verknüpfungen und gegenseitigen Beeinflussungen es zwischen Mensch und Materie im Untersuchungszeitraum gab. Und drittens wird dargelegt, dass ein objektzentrierter Ansatz, der sich vor allem an den „Neuen Materialismen“ orientiert, produktiv für historische Untersuchungen gemacht werden kann. Dabei wird ein methodisch-theoretisch breit abgestützter Zugang verwendet, wobei für die Untersuchung der Konsumstrategien auch Konzepte aus der Soziologie einfließen.

Bei der Betrachtung von Malz wird nicht nur die Materie selbst, sondern durch sie auch der Wandel in Kulturen, fernen Mentalitäten, Handelszweigen, Vertrieben, Gesundheits- und Konsumgewohnheiten untersucht. Das Vorgehen, Malz als Objekt in den Fokus zu stellen, um das „bürgerliche Zeitalter“ in der Schweiz untersuchen zu können, grenzt diese Masterarbeit von bisherigen Forschungsarbeiten ab.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass durch die Verwissenschaftlichung und Industrialisierung im 19. Jahrhundert neue Malzprodukte auf den Markt kamen; Wissensproduktion und technologische Möglichkeiten bedingten und beeinflussten sich also gegenseitig. Zudem veränderte sich auch das gesellschaftliche Umfeld, wodurch eine grössere Nachfrage nach Produkten entstand, denen ein gesundheitlicher Zusatznutzen zugeschrieben wurde. Diese Produkte wurden in der Folge immer stärker normiert. Damit kann eine Positionierung des Malzes zwischen Arznei- und Lebensmittel fassbar gemacht werden, nicht nur als Marken- sondern auch als Reformprodukt. An den untersuchten Malzprodukten zeichnen sich somit die Leitdiskurse und Umbrüche der betrachteten Zeit in kondensierter Form ab, einer Epoche, in der sich die Moderne ausbildete, die aber gleichzeitig in der Tradition verhaftet war.



Die Liller Kriegszeitung 1914 – 1918. Analyse, Interpretation und Kontext

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Die Liller Kriegszeitung (LK), mit ihrem Beiblatt Kriegsflugblätter (Kfb) war eine Zeitung der deutschen 6. Armee und wurde im Zeitraum zwischen dem 8. Dezember 1914 und dem 27. September 1918 an der Westfront im Grossraum Lille herausgegeben. Sie erschien zweimal wöchentlich, mit insgesamt 459 Ausgaben und hatte gegen Ende 1916 eine Auflage von 110'000 Exemplaren. Die Idee für die und der Befehl zur Gründung der LK stammte von Kronprinz Rupprecht von Bayern, dem Kommandeur der deutschen 6. Armee.

Grundlage für das Erscheinen der LK war die Besetzung der Druckerei des Tagblattes *Grand Echo du Nord* in Lille und die Nutzung der dort vorhandenen technischen Einrichtung. Das Personal der LK umfasste 95 Personen, davon 60 französische Zivilist:innen und 35 deutsche Heeresangehörige unterschiedlichen Ranges. Zur eigentlichen Schriftleitung gehörten Paul Oskar Höcker, Dr. Paul Weiglin als Nachfolger von Georg Freiherr von Ompteda, der ehemalige Simplificissimus-Mitarbeiter und Maler Karl Arnold sowie die Schriftstellerin Friedel Merzenich. Die Finanzierung der LK erfolgte zu Beginn über den Lebensmittelfonds und Kriegskontributionen. Sie finanzierte sich aber auch über den hauseigenen Verlag, welcher bis Ende März 1917 an der Front und in der Heimat 100'000 Bände von verschiedenen Werken verkaufte.

Die Masterarbeit arbeitet mit einem digital vorhandenen Quellenkorpus der Heidelberger Universität (<https://doi.org/10.11588/diglit.16666>), das alle Ausgaben der LK und Kfb enthält. Die inhaltliche Analyse der LK erfolgt in drei Hauptkapiteln. Das erste beschäftigt sich mit den „regelmässigen Rubriken“, die über einen längeren oder kürzeren Zeitraum mit gleichbleibendem Titel erschienen. Das zweite widmet sich „allgemeinen Artikel“, welche sich thematisch ordnen lassen, die aber inhaltlich divers sind. Das dritte Kapitel thematisiert „Sonderausgaben und Sonderdrucke“, welche ausführlicher einem spezifischen Thema gewidmet waren. Regelmässige Rubriken waren unter anderem der „Briefkasten der Liller Kriegszeitung“, die „Ehrentafel“, die „Theater, Kino und

Bücher“ oder „Von Hier und Daheim“. Allgemeine Artikel setzen sich beispielsweise mit „Natur und Kultur“, „Heimat und Front“ oder „Medizin und Sport“ auseinander. Ziel der Auswahl und Analyse der Artikel wie Rubriken ist es, ein intimes Bild der LK herauszuarbeiten. Das Aufzeigen von konstanten wie variablen Inhalten ist dabei eben so wichtig wie die historische Kontextualisierung dieser Inhalte. Die Arbeit will dabei gewisse Begriffe und geschichtliche Ereignisse verständlicher machen und sie zeitlich konkret verorten. Am Schluss der Hauptkapitel folgt je ein Zwischenfazit, welches die Ergebnisse der jeweiligen Hauptkapitel zusammenfasst. Zum Schluss zieht der Autor ein abschliessendes Fazit.

Die bisherige Forschung konzentrierte sich bezüglich Kriegszeitungen auf übergeordnete Themen. Es gab bisher keine Publikation, die sich der vertieften Analyse einer einzelnen deutschen Kriegszeitung widmete. So war auch die LK bislang „nur“ Bestandteil eines grösseren Quellenkorpus für die Analyse eines bestimmten übergeordneten Themas, oder sie wurde als Quelle herangezogen, um eine konkrete Argumentationslinie zu untermauern. Ziel der Masterarbeit ist eine ganzheitlichere Analyse der LK, welche Rubriken und Artikel in ihrem jeweiligen historischen, militärischen und räumlichen Kontext analysiert und damit ein ganzheitlicheres Bild der LK ermöglicht, als dies bisher der Fall war. Damit will der Autor einen Beitrag zur Forschung der deutschen Feldpublizistik im Ersten Weltkrieg leisten und zeigen, wie sich die LK inhaltlich präsentierte, welche Themen sie aufgriff und welchen Aufbau sie hatte. Es zeigt sich dabei, dass es mit der Einführung des sogenannten „Vaterländischen Unterrichtes“ im Juli 1917 eine Art Einflussnahme der Obersten Heeresleitung auf die Feldpublizistik gab. Diese entstand als Reaktion auf unliebsame Haltungen von Soldaten in der Armee und als Antwort auf die innenpolitischen Entwicklungen. Diese Einflüsse führten zu einer verstärkten Kontrolle und Zensur der Inhalte der Kriegszeitungen, insbesondere der kleineren Grabenzeitungen. Den verschiedenen Schriftleitungen wurde zwar nicht befohlen Arti-

kel und Berichte zu übernehmen, es gab jedoch Empfehlungen. Ab spätestens 1918 führte die Kontrollaufsicht der dafür eigens eingerichteten „Feldpressestelle“ zu einer starken Gleichschaltung aller Kriegszeitungen. Dennoch zeigt die in der vorliegenden Arbeit vorgenommene Analyse der Anfänge, aber auch einzelner Bereiche für die Zeit der Jahre 1917 und 1918, dass die These, wonach Kriegszeitungen im Allgemeinen und Armeezei-

tungen im Besonderen nur Instrumente der Propaganda waren, in so allgemeiner Form nicht haltbar bleibt. Sie waren nämlich gleichzeitig ein Medium für Kommunikation, Information und Unterhaltung für die Heeresangehörigen und dienten zudem der Darstellung der soldatischen Lebenswelt. Diese Arbeit wird im Verlauf des Jahres in überarbeiteter Form beim Tectum Verlag in der NOMOS Verlagsgesellschaft erscheinen.



Lea Alice Galizia

Komfortable Abenteuer

Safarireisen nach Ostafrika und ihre Repräsentationen in der Schweiz, 1956–1975

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Die Masterarbeit *Komfortable Abenteuer* beschäftigt sich mit Safari-Reisen von Schweizer:innen nach Ostafrika zwischen 1956 und 1975: Eine Zeit, in der sich einerseits in Westeuropa der (Fern-)Tourismus von einer Luxustätigkeit zu einer Möglichkeit für eine breite Gesellschaftsschicht wandelte, andererseits in vielen Ländern Afrikas, insbesondere auch in den Fokusländern Kenia und Tansania, sich Dekolonisierungsprozesse verstärkten und anschliessend zur Unabhängigkeit führten. Das Erkenntnisinteresse liegt bei der Repräsentation dieser Reisen in der Schweiz in Werbematerial und in Medienerzeugnissen. Wie stellen die Verfasser:innen das ihnen Fremde – lokale Bevölkerung, Tiere, Landschaft – dar? Dann: Welche Positionen nehmen sie dabei gegenüber den Betrachteten aber auch gegenüber ihrer Leser:innenschaft ein?

Quellengrundlage für die Analyse sind Prospekte und Ausgaben der Zeitschrift *Reise-Mosaik* der Firma Kuoni – die erste Anbieterin von Ostafrikareisen in der Schweiz ab 1951 – sowie drei in populären Druckerzeugnissen publizierte Reiseberichte: „Afrika. Eine Nord-Süd-Traversierung“ von Otto Lehmann und Emil Schulthess, *Du*, 1957; „Tagebuchblätter aus Ostafrika“ des damaligen Direktors des Basler Zoos, Ernst M. Lang, *Die Ernte. Schweizerisches Jahrbuch*, 1960; sowie „Zolli-Wärter auf Safari in Ostafrika“ von Paul Steinemann, *Zolli-Bulletin*, 1966. Der Arbeit liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Schweiz auch

ohne den direkten Besitz von Kolonien stark kolonial verstrickt war (und ist). Sie versteht sich als Teil einer postkolonialen historischen Forschung, der Fokus liegt im Bereich der von Edward Said geprägten und von vielen – für Afrika grundlegend etwa von Valentin Y. Mudimbe – weitergeführten Repräsentationskritik. Weitere theoretische und analytische Bezugspunkte sind die Arbeiten zu Reiseberichten von Johannes Fabian und Mary Louise Pratt, die Forschungen zu „Othering“ und Spektakel ausgehend von Stuart Hall und mit spezifischem Blick auf die Schweiz insbesondere auch Patricia Purtschert, zu kolonial geprägten Positionierungen und Blickregimen Timothy Mitchells *Welt als Ausstellung*. Im verknüpften Betrachten von Kolonialismus und Tourismus wichtig sind weiter John Urrys *Tourist Gaze*, Robert Schäfers *Tourismus und Authentizität* sowie Jutta Bertrams Forschung über Wahrnehmungsmuster im Fern-tourismus.

Die beiden Gruppen – Werbung und Reiseberichte – werden einzeln analysiert, aber nicht getrennt voneinander verstanden, sondern als Teil eines populären Wissensarchivs über (Ost-)Afrika begriffen, das sie ebenso anzapfen wie selbst speisen. In allen behandelten Quellen ist eine starke Objektifizierung und Stereotypisierung der lokalen Bevölkerung festzustellen. Wiederkehrende Figuren sind Personen, auf deren Arbeit die Reisenden für einen reibungslosen Ablauf angewiesen sind – Chauffeure, Strassenarbeiter, Hotelange-

stellte – und die stets herablassend beschrieben werden. Verstärkt wird diese Haltung durch das konstante Anfügen des Attributs „schwarz“; exemplarisch für diese Begegnungen steht die Figur des „schwarzen Chauffeurs“. Eine weitere wichtige „Begegnung“ ist jene mit Vertreter:innen der Masai – diese werden eher als eine mit der Landschaft verschmolzene Sehenswürdigkeit wahrgenommen denn als eigenständige Akteur:innen.

Das Land wird entsprechend als „wild“ und „ursprünglich“ beschrieben, als Gegenstück zur als westlich verstandenen Zivilisation. Damit ordnen sich die Autor:innen in eine Tradition westlichen Erzählens über (Ost-)Afrika ein, in dem der Kontinent als rückständiger – aber dennoch – Sehnsuchtsort festgemacht wird. Wie stark die hier untersuchten Quellen mit dieser Tradition in Verbindung stehen, zeigt sich auch an der Distanz, die die Autor:innen gegenüber bereisten Landschaft einnehmen: Sie stellen sich auf abgehobene Beobachtungsposten und ordnen das Gesehene scheinbar mühelos in ein ihnen bekanntes Bezugssystem ein. Gleichzeitig begreifen es als eine Form von Ausstellung – damit weisen die Texte eine frappierende Ähnlichkeit mit Reise- und Expeditionsberichten aus dem 19. Jahrhundert auf.

Bei der Werbung spielt in diesem Zusammenhang die Fotografie eine wichtige Rolle: Das Versprechen an die Kund:innen, von der Reise spezifisches Bildmaterial nach Hause nehmen zu können, setzt Ostafrika als unveränderlichen Ort des planbaren Abenteuers. Inhärent ist diesem Abenteuer die Vorstellung, dort sein zu können, ohne teilzuhaben oder wahrgenommen zu werden. Die Verfasser der Reiseberichte ebenso wie die Tourist:innen „verschwinden“ damit sozusagen in der Landschaft.

Das Abenteuer, von Reiseberichten seit Jahrhunderten beschrieben und romantisiert, wird von Kuoni ebenso angepriesen; allerdings in Gleichzeitigkeit mit dem Versprechen einer komfortablen Reise. Der Veränderung durch den Tourismus sind sich die Autor:innen bewusst. Was in den Reiseberichten eher ambivalent aufgefasst wird, wird in der Werbung zum Verkaufsargument gemacht: „Noch“ sei Afrika so, es gilt, es „noch“ so zu erleben. Kuoni inszeniert sich dabei als „Pionierin“ des Ostafrika-Tourismus. Auch hier ordnet sich das Unternehmen sprachlich wie ideell in die koloniale Erschließung Afrikas ein.



Nicolas Galli

Ökonomie in Familie und Kirche

Prospero Lambertini (1675–1758) als Erzbischof von Bologna und als Papst

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Windler

Prospero Lambertini war als Papst Benedikt XIV. (1740–1758) sowohl geistliches Oberhaupt der katholischen Kirche als auch weltlicher Herrscher über die Territorien des Kirchenstaates. Auch nach der Wahl zum Papst nahm er zusätzlich bis 1754 das Amt als Erzbischof von Bologna wahr, in das er 1731 ernannt worden war. Zugleich stand er an der Spitze seines Familienverbands. Im Zentrum der Arbeit steht Lambertinis Korrespondenz mit *dottore* Filippo Maria Mazzi, der als Agent in Bologna für die Verwaltung der Güter des Hauses Lambertini und des Erzbischofs verantwortlich zeichnete. Das knapp 1400 Briefe umfassende Korpus dient der Untersuchung des ökonomischen Denkrahmens Lambertinis sowie der daraus

folgenden Handlungslogiken und Praktiken zur Verwaltung des Kirchenstaats, des Erzbistums von Bologna sowie der Familie Lambertini. Aufgrund der Rollenverflechtung können zudem Benedikts XIV. Umgang mit Ambiguität sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Verwaltungspraktiken betrachtet werden.

Der Begriff der Ökonomie wird anhand der Begriffsgeschichte verortet und im Sinne der altgriechischen *oikonomia* als Hausverwaltung definiert. Dies erlaubt eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Rollen und somit Ökonomien Lambertinis. Dazu wird im ersten Teil der Arbeit ein Blick auf die Traktatliteratur und die Reformen Prospero Lambertinis geworfen, um die Praktiken

abseits der Korrespondenz mit Mazzi zu fassen. Dabei zeigt sich, dass Lambertini als Papst und als Erzbischof von Bologna in den verschiedensten Bereichen bemüht war, Ambiguität zu beseitigen und insbesondere im Bereich des Kirchenrechts möglichst eindeutige Regelungen zu schaffen.

Der zweite Teil rückt die Korrespondenz mit Mazzi sowie die Rolle Lambertinis als Papst ins Zentrum. Untersucht wird sein Antinepotismus und dessen Folgen für die päpstliche Personalpolitik und die Verwaltung des Kirchenstaats. Da er die Papstfamilie nicht nach Rom holte und keinen Kardinalnepoten ernannte, musste Benedikt XIV. auf einen ausgeprägten Klientelismus setzen, dies wird insbesondere bei der Betrachtung der eingesetzten Akteure deutlich. Dasselbe Muster findet sich auch in Lambertinis Interaktion mit Bologna. Schenkungen an das *Istituto delle scienze* und an die Kirchen der Stadt inszenierten den Papst zwar als grosszügigen Patron. Dabei verwahrte sich Lambertini jedoch zugleich gegen die Nutzung von Mitteln der Kirche und des Kirchenstaates. Solche Schenkungen galten primär der Steigerung des eigenen Ansehens sowie der Bindung von Akteuren im Umfeld der beschenkten Institutionen.

Der dritte Teil der Arbeit ist der Rolle Lambertinis als Erzbischof von Bologna gewidmet. Beleuchtet wird die Ökonomie des Erzbistums sowie der drei Institutionen, welche der Verwaltung Mazzis unterstanden: die *Mensa arcivescovile*, der *Cumulo della Misericordia* und die *Fabbrica di S. Pietro*. Dabei kann nachgewiesen werden, dass Lambertini eine deutliche Trennung zwischen den Finanzen des Kirchenstaates und jenen des Erzbistums vornahm. Es finden sich keine Hinweise auf die Nutzung päpstlicher Gelder für den Unterhalt des Erzbistums und dessen Institutionen. Hingegen nutzte Lambertini rege die von ihm abhängigen Akteure und Kommunikationswege, um seine spezifischen Interessen als Erzbischof durchzusetzen. Dies wird besonders anhand der Interaktionen

mit den Kardinallegaten in Bologna und Ferrara deutlich.

Im letzten Teil wird Lambertinis Rolle als Familienoberhaupt untersucht. Dabei stehen die ausgeprägte Sparsamkeit in Bezug auf familiäre Interessen und die deutliche Trennung zwischen Kirchenstaat und Familie ins Auge. Weder betraute Benedikt XIV. Mitglieder seiner Familie mit Ämtern des Kirchenstaats, noch liess er zu, dass sich seine Verwandten als Mitglieder einer Papstfamilie in Szene setzten. Diesbezüglich manifestierten sich die grössten Unterschiede zu den Praktiken seiner Vorgänger im 17. Jahrhundert. Dies traf besonders auf den Umgang des Papstes mit seinem Neffen Emano Lambertini zu, dessen *imbecillità* er regelmässig thematisierte. Nichtsdestotrotz können Gunsterweisungen in Form von Ämtern und Lehen im Umfeld Bolognas, Ferraras und des Malteserordens für den päpstlichen Neffen und dessen Nachkommen nachgewiesen werden. Die grösste Unterstützung genoss jedoch Filippo Maria Mazzi, welcher als wichtigster Klient erscheint, was jedoch an der Herkunft des untersuchten Quellenkorpus liegen dürfte. Neben den finanziellen Zuweisungen an den Agenten selbst traten die Patronageleistungen gegenüber den Neffen Mazzis in Form von Empfehlungen zur Förderung der Karriere, Ernennungen in Ämter und finanziellen Zuschüssen.

Die Ökonomie von Prospero Lambertini zeichnete sich somit zwar durch eine restriktive Familienpolitik sowie eine intensive Disambiguierung in Bezug auf die Herkunft der finanziellen Ressourcen aus, unterschied sich jedoch in anderen Bereichen weniger von jener des 17. Jahrhunderts. Sie blieb von Klientelismus und informellen Netzwerken geprägt. Damit verweist die Untersuchung der Praktiken Lambertinis auf nach wie vor vorhandene Rollenambiguitäten in der Mitte des 18. Jahrhunderts sowie Kontinuitäten in den Strukturen des Kirchenstaates.



Reisen in der Alpenmonarchie

Die Entwicklung des Tourismus in Liechtenstein 1872–1940

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Das an der Transitroute von Deutschland nach Italien liegende Liechtenstein war schon früh Zwischenstopp für durchreisende Händler:innen und Besucher:innen von Heilbädern in der Region. Davon konnten seit dem Spätmittelalter einige Gasthäuser profitieren. Eine auf den Tourismus ausgerichtete Gastwirtschaft entwickelte sich jedoch erst im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Anschluss an den europäischen Bahnverkehr sorgte in Liechtenstein für einen Aufschwung von Handel, Gewerbe und Industrie. Die k.k. privilegierte Vorarlberger Bahn Feldkirch – Schaan – Buchs wurde nach zweijähriger Bauzeit 1872 eröffnet und schloss eine Lücke in der Verbindung zwischen den Metropolen Wien und Paris.

Das Ziel der Masterarbeit ist, einem sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Ansatz folgend, auf der Basis bisher wenig beachteten Quellenmaterials die Entwicklung des Liechtensteiner Fremdenverkehrs von 1872 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs zu rekonstruieren und umfassend darzustellen.

Der neue Bahnanschluss war vor allem für deutsche und österreichische Urlauber:innen attraktiv. Obwohl der neue Zweig des Fremdenverkehrs Misstrauen bei der Liechtensteiner Bevölkerung auslöste, gab es wenige Mutige, die sich dem neuen Trend der „Urbarmachung von Höhenluft“ anschlossen. So kauften vier Vaduzer Herren im Jahr 1872 die Alp Gaflei für 8'000 Schweizer Franken und eröffneten im Jahr 1875 die „Molken- und Luftkuranstalt auf der Alp Gaflei“. Waren es im ersten Betriebsjahr gerade einmal zwanzig Kurgäste aus dem eigenen Land, so nahmen die Gästezahlen in den Folgejahren stetig zu, wobei die Gäste auch zunehmend aus Deutschland und der Schweiz stammten. Auch für die Alp Sücka ist ab den 1870er Jahren ein Kurbetrieb belegt. Im Laufe der Zeit kamen noch weitere Kurhäuser und Sommerfrischen in Masescha (1877), Samina (1879), Malbun (1908) und Silum (1912) hinzu. Als Tourismusattraktionen wirkten vor allem das Schloss Vaduz, der 1898 eröffnete Fürstensteig am

Dreischwesternmassiv und weitere Wanderungen im Rätikon. Diesen neuen Tourismus galt es zu fördern, weshalb es 1900 zur Aufnahme Liechtensteins in den „Landesverband für Fremdenverkehr in Vorarlberg“ kam, der folglich in „Verband für Fremdenverkehr in Vorarlberg und Liechtenstein“ umbenannt wurde. Bereits im gleichen Jahr kam es im Rahmen der Pariser Weltausstellung zur ersten internationalen Werbetätigkeit des Verbandes. 1909 erfolgte die Gründung der „Sektion Liechtenstein“ des Deutsch-Österreichischen Alpenvereins. Der damit verbundene Ausbau der Wanderwege führte in der Folge zu einer Zunahme des Wandertourismus in die Berge Liechtensteins. Aus den Fremdenverkehrsstatistiken ist zu entnehmen, dass im Zeitraum 1908–1915 11'754 Personen nach Liechtenstein reisten und dort insgesamt 66'059 Nächte verbrachten.

Der Erste Weltkrieg führte zum Einbruch des Tourismus in Liechtenstein; er sollte sich erst in den 1920er Jahren sowie nach der Kündigung des Zollvertrages mit Österreich (1919) wieder erholen. Hatte sich der Tourismus bis dahin vor allem auf die Bergregion Triesenberg und auf einfache Sommerunterkünfte beschränkt, erfolgten zu Beginn der 1930er Jahre der Ausbau des touristischen Unterkunftsangebots im Tal sowie die Umstellung auf Ganzjahrestourismus. Bestehende Kurhäuser wurden zunehmend erweitert und renoviert. Skisport fasste auch in Liechtenstein Fuss, sodass sich ein neuer Wintertourismus zu formen begann.

Liechtenstein überzeugte mit seinen günstigen Preisen und dem geringen Touristenverkehr in den Bergen. Allerdings war der Tourismus in den 1930er Jahren auch stark von der Weltwirtschaftskrise geprägt. Nach dem stetigen Aufwärtstrend der Gästezahlen seit 1925 stellte das Jahr 1931 mit 3'229 Gästen und 10'114 Nächten einen Einbruch dar – gegenüber 3757 Gästen und 12'773 Übernachtungen im Jahr davor. Die Wirtschaftskrise führte dazu, dass erstmals mehr Schweizer als Deutsche Gäste in Liechtenstein residierten. Zudem war Liechtenstein im Ausland auch aufgrund der vielen Holdinggesellschaften in Verruf geraten.

Gerade in den deutschen und österreichischen Medien wurden regelrechte Hetzkampagnen gegen die „Wallstreet Europas“ geführt. Nichtsdestotrotz konnte sich der Tourismus wieder erholen und erlebte 1937 mit 7'353 Gästen und 26'874 Übernachtungen seinen Höhepunkt, ehe er im Zweiten Weltkrieg wieder einbrach.

Die Arbeit analysiert, wo die Gäste in Liechtenstein unterkamen und zeigt auf, dass sich die durchschnittliche Dauer des Aufenthaltes über die untersuchte Zeitspanne von anfänglich 15- bis 30-tägigen Aufenthalten auf durchschnittliche drei- bis fünftägige verkürzte. Gründe für die

kürzere Aufenthaltsdauer waren der Wandel von Kurauszeit und Sommerfrische hin zu kürzeren Urlaubsaufenthalten aufgrund begrenzter Urlaubstage sowie die Verdrängung der Kur durch andere Aktivitäten. Ebenfalls zeigen die untersuchten Fremdenverkehrsstatistiken, dass im Verlauf der Zwischenkriegszeit immer mehr Gäste in Vaduz unterkamen. Die Unterkünfte in Vaduz wurden zunehmend für kürzere Aufenthalte genutzt und wiesen somit eine höhere Gästefrequenz auf. Die höhere Gästezahl in Vaduz bedeutete für die Kurhäuser keine direkte Konkurrenz; diese blieben bis zum Zweiten Weltkrieg gut besucht.



Janik Hug

Politisierte Intelligenz

Eine Untersuchung zum Politischen in Scheuchzers Korrespondenzen mit Johannes Christian Leonhardi, Johann Heinrich Tschudi und Laurenz Zellweger

Masterarbeit bei Prof. em. Dr. André Holenstein

Zentral für das Funktionieren des Austausches und die Generierung von Wissen in der frühneuzeitlichen Gelehrtenrepublik war der Brief. Mit ihren Briefen hielten sich die Gelehrten gegenseitig über ihre neuesten Entdeckungen und Experimente auf dem Laufenden, tauschten Informationen und Realien aus, koordinierten Druckvorgänge, etc. Der Bedeutung der Briefe für das Funktionieren der frühneuzeitlichen Gelehrtenrepublik Rechnung tragend, standen bislang in erster Linie die gelehrten Inhalte in den Korrespondenzen im Fokus der historischen Forschung. Diese (mono-)thematische Herangehensweise wird den Briefen jedoch nicht gerecht. Schliesslich tauschten sich die Gelehrten über weit mehr als nur über „Gelehrten-Kram“ aus. Die Themenfelder reichen von familiären Angelegenheiten über wirtschaftliche Sorgen bis hin zur Politik.

Genau bei diesen „nicht-gelehrten Themenfeldern“ setzt die eingereichte Masterarbeit an. Anhand dreier ausgewählter Korrespondenzen des Zürcher Arztes und Naturforschers Johann Jakob Scheuchzer soll untersucht werden, inwiefern damals aktuelle politische Ereignisse Eingang in die überwiegend gelehrte Korrespondenz fanden und welche Rolle darin das Politische spielte.

Scheuchzers Briefkorpus zeichnet sich durch seinen starken regionalen Fokus auf die (insbesondere alpinen) Gebiete des Corpus Helveticum aus. Anhand der Korrespondenzen Scheuchzers mit dem Bündner Pfarrer Johannes Christian Leonhardi (1655–1725), dem Glarner Pfarrer Johann Heinrich Tschudi (1670–1729) und dem Appenzeller Arzt Laurenz Zellweger (1692–1764) untersucht die Masterarbeit, inwiefern Informationen zu damals aktuellen politischen Ereignissen zwischen dem Austausch über Gämshörnern, Barometern, Fossilien etc. Platz fanden und wie das Politische ver- und behandelt wurde.

Um die vier Korrespondenten aus dem gelehrten Kontext zu lösen, galt es, sie zunächst soziopolitisch in ihren jeweiligen Gemeinwesen zu verorten. Aufgrund ihres hohen Bildungsgrades, ihres politisch-rechtlichen Status als Bürger bzw. Landmänner eines souveränen Gemeinwesens und ihrer angesehenen Position wurde der soziologische Begriff der Intelligenz als Arbeitsbegriff zur Beschreibung der vier Korrespondenten eingeführt.

Die Ergebnisse der Analyse der Briefstellen, in denen sich die Korrespondenten über damals aktuelle politische Ereignisse austauschten, lassen sich

in drei Punkten zusammenfassen:

Erstens lässt sich in allen drei Korrespondenzen ein Austausch von Informationen zu damals aktuellen politischen Ereignissen feststellen, wobei die Briefschreiber sich über regionale Ereignisse – also solche, welche sich in der jeweiligen Region der Korrespondenten ereigneten – sowie über jene, die im eidgenössisch-bündnerischen Raum stattfanden, besonders rege austauschten. Speziell hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass sich zwischen den „eidgenössischen“ Korrespondenten eine „eidgenössische“ Wissensbasis, betreffend der geheimen Verhandlungen, z.B. an der Tagsatzung, feststellen lässt – eine Wissensbasis, um welche sich Leonhardi als „nicht-eidgenössischer“ Bündner bei Scheuchzer erst noch bemühen musste.

Zweitens nutzten die vier Korrespondenten ihre Briefe bei Weitem nicht nur zum neutral-sachlichen Informationsaustausch, sondern verbreiteten spezifische Meinungen und kommentierten das Geschehen. Leonhardi, Tschudi und Zellweger mischten ihren Darstellungen der Ereignisse sowohl implizit als auch explizit ihre Meinung bei und beeinflussten so die Wahrnehmung der Ereignisse in Zürich.

Drittens liess sich insbesondere an der Leon-

hardi-Scheuchzer-Korrespondenz aufzeigen, dass sich die Korrespondenz auch in den Dienst des Gemeinwesens stellen liess. So diente die Leonhardi-Scheuchzer-Korrespondenz der Zürcher Obrigkeit wiederholt als inoffizieller und informeller Kanal, um u. a. während innerbündnerischer Streitigkeiten vermittelnd einzugreifen.

Die Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten in den Korrespondenzen zeigt, dass die Angehörigen einer ostschweizerischen, reformierten Intelligenz bestens über das damals aktuelle politische Geschehen informiert waren. Darüber hinaus liess sie das politische Geschehen – besonders in ihrer eigenen Region – keineswegs kalt und sie nutzen die Gelegenheit, welche ihnen ihre Korrespondenz bot, um in ihrem Sinne entweder auf die Wahrnehmung der Ereignisse oder gar auf deren weiteren Verlauf Einfluss zu nehmen. Mit dem Begriff der politisierten Intelligenz wird eine Analysekategorie vorgeschlagen, welche den Eigenschaften der vier Korrespondenten Rechnung trägt und mit der sich weitere „gelehrte Korrespondenzen“ auf ihre politischen Inhalte hin untersuchen lassen. Quellenmaterial ist dank der verschiedenen digitalen Editionsprojekte zuhauf vorhanden und leicht zugänglich.



Nadine Hunziker

Sterben für Gott und Vaterland?

Religiöse Symbolsprache und Gottesbezüge in der Truppeninformation der Schweiz im Ersten und Zweiten Weltkrieg.

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Seit der Gründung der eidgenössischen Armee im 19. Jahrhunderts waren Soldaten, Offiziere und Unteroffiziere gleichzeitig immer auch Bürger des Staates. Der Vermittlung der Sinnhaftigkeit des Militärdienstes und einer möglichen Opferbringung für das Land kamen daher zentrale Bedeutung zu. Während es im jungen Bundesstaat noch keine staatlich organisierte Truppeninformation gab, änderte sich dies im 20. Jahrhundert. Im Ersten Weltkrieg wurde für die organisierte Truppeninformation das Vortragsbureau im Armeestab ins Leben gerufen, während der Vortragsdienst

im Zweiten Weltkrieg durch die Sektion Heer und Haus geleitet wurde. In den Quellen dieser beiden Vortragsdienste sind sowohl Gottesbezüge wie auch religiöse Symbolsprache zu finden. An diesem Punkt setzt diese Masterarbeit an und analysiert mithilfe der historisch-hermeneutischen Methode sowohl die Verwendung religiöser Symbolsprache und direkten Gottesbezüge wie auch deren Funktion. Die Ergebnisse der beiden Vortragsdienste werden zum Schluss verglichen. Bei der Interpretation der Befunde spielen die jeweiligen historischen Kontexte eine bedeutende Rol-

le. Es wird daher einführend ausführlich auf die Initiatoren bzw. Ideologen, die die Vortragsdienste prägten, eingegangen.

Im Ersten Weltkrieg wird das Vortragsbureau auf Initiative von General Ulrich Wille gegründet. Die Leitung wird dem rechtsintellektuellen aus dem freiburgischen patrizischen Milieu stammenden Gonzague de Reynold übertragen. De Reynold war einer der führenden Vertreter eines neohelvetischen Nationalismus, der die demokratische Staatsform sowie allgemeine Modernisierungsprozesse ablehnte. Im Katholizismus sah er hingegen die von Gott gegebene Weltordnung. Das Vortragsbureau produzierte vor allem während den Kriegswintern 1914/15 und 1915/16 Hefte zuhanden der Einheitskommandanten, die diese nutzen sollten, um die Moral sowie die vaterländische Gesinnung innerhalb der Truppe zu stärken.

Der Vortragsdienst der Sektion Heer und Haus im Zweiten Weltkrieg wurde vor allem von der Ideologie der Geistigen Landesverteidigung beeinflusst, die vom konservativen innerschweizer Bundesrat Philipp Etter in der bundesrätlichen Kulturbotschaft von 1938 ausformuliert wurde. Im Zentrum stand die Kulturwahrung der Schweiz und die Betonung der schweizerischen Einheit in der Vielfalt des Landes. Die Sektion Heer und Haus wurde damit beauftragt, diese Botschaft unter den mobilisierten Wehrmännern weiterzubreiten. Dazu wurden vor allem Referate innerhalb staatsbürgerlicher und vaterländischer Themenbereiche genutzt. Zusätzlich unterstützte Heer und Haus die Produktion und Verbreitung gewisser Drucksachen an die Armeeangehörigen.

Beide Vortragsdienste verwendeten religiöse Symbolsprache wie auch direkte Gottesbezüge. Jedoch finden sie sich in den Dokumenten des Vortragsbureaus signifikant weniger häufig als in

denjenigen der Sektion Heer und Haus. Auffallend ist zudem, dass in beiden Vortragsdiensten religiöse Semantik vor allem in Zusammenhang mit politischen Mythen auftauchte. Dabei wurden historische Versatzstücke mit religiöser Sprache synkretistisch verknüpft und auf die Nation angewendet. Durch diesen Sakraltransfer wurde der Nation eine religiöse Qualität zugesprochen. Vor allem in Krisenzeiten konnte man so mithilfe religiöser Semantik im nationalen Kontext die Opferbereitschaft der Bevölkerung zu Gunsten der Nation verstärken.

Ausserhalb der Kategorien politischer Mythen sind in den Dokumenten des Vortragsbureaus weder religiöse Symbolsprache noch Gottesbezüge zu finden. In den Dokumenten der Sektion Heer und Haus hingegen schon. Dort ist Gott nicht nur in Bezug auf die Vergangenheit und die Konstitution der Nation die Rede, sondern Gott wird auch direkt für seinen Beistand gedankt. Zudem wird durch religiöse Liedtexte oder Gebete auf Gott als genuin religiöse Grösse verwiesen, die den Wehrmännern Kraft spenden sollen.

Zu den Differenzen zwischen den Befunden der beiden Vortragsdienste lässt sich abschliessend sagen, dass sie sich durch die Unterschiedlichkeit der dahinterstehenden Ideologien erklären lassen. Während der neohelvetische de Reynold zwar die schweizerische Identität stärken, jedoch den liberalen Bundesstaat als solches nicht per se sakralisieren wollte, plädiert Etter in seiner Idee der Geistigen Landesverteidigung die Hochhaltung demokratischer Werte und die bundesstaatliche Verfasstheit der Schweiz. Um die Nation zusätzlich zu überhöhen, wurde dabei immer wieder auf religiöse Symbolsprache zurückgegriffen oder direkter Bezug auf Gott genommen.



Die Partei National Orientierter Schweizer (Dis-)Kontinuität im Schweizer Rechtsextremismus?

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger-Ziauddin

Die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) wurde im Jahr 2000 durch Mitglieder des international agierenden Skinhead-Netzwerks *Blood and Honour* gegründet. Bis zu ihrer Auflösung im Frühjahr 2022 war die Partei zwischenzeitlich eine der federführenden rechtsextremen Gruppierungen in der Schweiz. Mit dem Einzug der PNOS in die Langenthaler Legislative im Jahr 2004 beteiligte sich erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine rechtsextreme Partei an der institutionalisierten Politik der Schweiz. Trotz ihrer zentralen Bedeutung im Kontext des schweizerischen Rechtsextremismus existiert bis dato keine wissenschaftliche und historische Auseinandersetzung mit der PNOS. Sofern überhaupt eine Erwähnung erfolgte, beschränkt sich diese auf marginale Nennungen. Dieser Zustand widerspiegelt ein allgemeines Muster der unzureichenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Schweiz.

Vor dem Hintergrund dieser Forschungslücke widmet sich die Masterarbeit der geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der PNOS. Der Analyse-schwerpunkt liegt dabei auf ihrem Entwicklungs-verlauf, den Feindbildformationen sowie auf der Frage, inwiefern die Partei repräsentativ war für die sich seit Mitte der 1990er Jahre konsolidierende und verstärkt international vernetzende rechtsextreme Subkultur. In diesem Zusammenhang wird zudem untersucht, auf welchen Ideologieelementen ihre politischen Forderungen basierten, wer die zentralen Akteur:innen der Partei waren und mit welchen Personen und Organisationen die PNOS im In- und Ausland vernetzt war. Im Rahmen der Untersuchung wurden hauptsächlich Primärquellen verwendet, die Einblicke in die internen Strukturen der PNOS gewährleisteten. Sie umfassen ihre Parteizeitschrift, Parteiprogramme sowie Beiträge auf ihrer Internetseite. Zwecks einer umfassenderen ereignis-geschichtlichen Rekonstruktion wurden ergänzend Informationen von Stiftungen, Szenenkenner:innen und Zeitungsartikel in die Analyse integriert. Die Untersuchung ihrer „diskursiven Gewalt“ erfolgte unter Rückgriff auf das von Stuart Hall geprägte

Konzept von „Othering“ als Analyseinstrument. Hierbei wurde auch geprüft, ob die PNOS koloniale Stereotypen reproduzierte.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die PNOS eine Kontinuität in den dynamischen Entwicklungspfadern der schweizerischen extremen Rechten seit Mitte der 1990er Jahre repräsentierte. Sie war Symptom und treibende Kraft einer sich zunehmend festigenden rechtsextremen Subkultur. Die Partei war massgeblich beim Aufbau rechtsextremer Infrastrukturen beteiligt und übernahm eine zentrale Rolle im Rahmen der politischen Mobilisierung der extremen Rechten in der Schweiz. Des Weiteren konnte anhand der Analyse ihrer Vernetzungsstruktur aufgezeigt werden, dass die PNOS zahlreiche Verbindungen zu rechtsextremen Organisationen im In- und Ausland pflegte. Relativierend ist jedoch hinzuzufügen, dass die Internationalisierungstendenz im Rahmen ihrer Vernetzung sich mehrheitlich auf den deutschsprachigen Raum beschränkte. Auch während den 2010er Jahren gliederte sie die PNOS in die dynamischen Entwicklungsmuster der extremen Rechten ein. So versuchte sie beispielsweise, die Covid-19-Pandemie und die daraus resultierende gesellschaftliche Unzufriedenheit zu instrumentalisieren. Folglich repräsentierte die PNOS eine Kontinuität in der Entwicklung der extremen Rechten in der Schweiz seit Mitte der 1990er Jahre.

Die politische Ideologie der PNOS entsprach in vielerlei Hinsicht dem ideologischen Grundgerüst der extremen Rechten. Dies beeinflusste, gegenüber welchen Gruppen und Personen die Partei antagonistisch eingestellt war. Die zentralen Feindbilder umfassten Menschen der jüdischen sowie der muslimischen Glaubensgemeinschaft, Menschen mit Migrationshintergrund, Schwarze, Fahrende, Homosexuelle sowie die SVP. Im Rahmen eines dialektischen Identitätsbildungsprozess praktizierte die Partei bei zahlreichen Gelegenheiten „Othering“ und diffamierte ihre Feind:innen. In diesem Zusammenhang reproduzierte die Partei zahlreiche koloniale Stereotypen, historisch etablierte Negativmerkmalszuschreibungen und Verschwörungstheorien.



Harz, Holzkohle und Pottasche im Raum Schweiz

Gewerbliche und hauswirtschaftliche Waldprodukte im Übergang zur „Industriegesellschaft“

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr und Dr. Martin Stuber

Aus produktorientierter Perspektive wird der Wald vorwiegend als Holzlieferant aufgefasst, was das Nutzungspotential allerdings nur unzulänglich abbildet. In der Vergangenheit existierten zahlreiche weitere Waldprodukte, die je nach Region eine gleichwertige Bedeutung wie Bau- und Brennholzeinnahmen, etwa Harz, Holzkohle und Pottasche. Diese drei Waldnutzungsformen erfuhren im Übergang zur „Industriegesellschaft“ nicht einen linearen Rückgang, sondern waren uneinheitlich und mit regionalen Unterschieden von Phasen des Auf- und Abschwungs geprägt und überdauerten in unterschiedlicher Intensität bis ins 20. Jahrhundert. Gegenwärtig scheint besonders das Harz wieder an Bedeutung zu gewinnen und findet in einigen Kleinbetrieben bei der Herstellung von Naturkosmetik Verwendung. Neben der Rekonstruktion der Bedeutung und Entwicklung der genannten Waldnutzungsformen fokussiert sich die Masterarbeit besonders auf den Diskurs zu Harz, Holzkohle und Pottasche in drei ausgewählten Zeitschriften. Zwei davon fanden ihren Ursprung in der ökonomischen Aufklärung als Hauptpublikationsorgane der Oekonomischen Gesellschaft Bern respektive der Gesellschaft landwirtschaftlicher Freunde in Bündten. Eine dritte Schrift kann der frühen Phase der agrarisch-industriellen Wissensgesellschaft zugeordnet werden und erschien vorwiegend unter dem Titel *Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen*. Die untersuchten Artikel fallen in einen Zeitraum von 1760–1912 und zeichnen sich durch ihren anweisenden Charakter aus.

In den beiden Zeitschriften der ökonomischen Sozietäten von Bern bzw. Chur konnte übergreifend eine hohe Wertung der drei nicht-hölzernen Produkte festgestellt werden, was sich an Zuschreibungen wie „vorzüglich“, „unentbehrlich“, „dem Land notwendig“ oder „von vielfältigem Nutzen“ zeigte. Die Auseinandersetzung wurde in den beiden Zeitschriften allerdings mit abweichenden Schwerpunkten geführt. Im Berner Periodikum lief die Diskussion zur Holzkohle vorwiegend im Kontext der knappen Energieversorgung der Stadt Bern sowie des rhetorisch beklagten Holz Mangels

ab, wobei der Fokus auf alternativen Brennstoffen lag. Das Harz und die Pottasche beschrieb der Verfasser der Artikel häufig als den Holztrag stark tangierende Waldnutzungsformen und betonten die Notwendigkeit einer strengen Regulierung, die eine Auslagerung an die peripheren Grenzen vorsah.

In der Zeitschrift der Churer Sozietät drang der Diskurs über eine knappe Energieversorgung kaum an die Oberfläche; eine im Berner Periodikum zu findende Substitutionsbestrebung der Holzkohle konnte nicht beobachtet werden. Umso ergiebiger reflektierten die Bündner Patrioten die drei Forstressourcen aus hauswirtschaftlicher Perspektive und zeigten unter Einbezug enzyklopädischer Literatur das Nutzungspotential dieser Produkte für Haus und Hof vermehrt auf. Zudem setzten sich einige Verfasser mit dem Problem auseinander, dass einzelne Holzbestände in entlegenen Wäldern energetisch nicht sinnvoll verrückbar seien, und betonten besonders die Gewinnung der Pottasche als vorteilhafte Waldnutzungsform, um stärker auf das stoffliche Zentrum Wald zugreifen zu können.

Auch von den Verfassern der *Schweizerischen Zeitschrift für Forstwesen* wurde die Harznutzung höchst kritisch diskutiert. Entgegen den Berner Patrioten monierten die Forstexperten in erster Linie aber nicht den Verlust an Bau- und Brennholz, sondern äusserten Bedenken über ein unkalkulierbares Risiko eines Käferbefalls, das von den zur Harzgewinnung genutzten Stämmen ausgehen würde und bereits in mehreren Regionen zur Verwüstung ganzer Waldstriche geführt habe. Trotz der für schädlich gehaltenen Praktik werteten die Verfasser das Harz nicht ab, betonten jedoch dessen Nützlichkeit im Vergleich zu den ökonomischen Patrioten in dezenterer Ausdrucksweise. Hinsichtlich der Harznutzung konnte zudem eine Ausdifferenzierung bei der Untersuchung des Produktwertes festgestellt werden, die von einer stärkeren Reflexion der Waldprodukte unter monetären Kriterien zeugt. Mit Angaben aus der deutschen Forstliteratur berechnete der Forstexperte Franz

Fankhauser jr. den Harzertrag und schlussfolgerte aus seinem Ergebnis, dass die Harznutzung kein rentabler Wirtschaftszweig mehr sei. Auch die Köhlerei reflektierten einige Forstexperten unter dem Aspekt der Rentabilität und fokussierten dabei auf den Wald als Produktionsraum.

Im ausgehenden 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts schien sich einigen Forstexperten ein neuer Blickwinkel auf die Harznutzung und die Köhlerei zu eröffnen. In der Retrospektive dokumentierten zwei Verfasser (Merz 1895, Schönen-

berger 1912) erstmalig das Kohlebrennen sowie die Harznutzung in einem würdigenden Lokalbericht und setzten sich mit vergleichsweise ungewohnten Aspekten wie der Bedeutung für die ansässige Bevölkerung auseinander.

Mehrheitlich unberücksichtigt bleibt in den Beiträgen der Forstzeitschrift die Pottasche, obwohl Mitte des 19. Jahrhunderts die herkömmliche Produktionsweise noch nicht der Vergangenheit angehörte.



Marco Rauber

Zerrissen zwischen Sozialismus und Freisinn

Die letzten zehn Jahre des Schweizerischen Grütlivereins (1915–1925)

Masterarbeit bei Dr. Juri Auderset

Im Kontrast zur beträchtlichen Bedeutung, die der Grütliverein als eine der grössten schweizerischen Arbeiterorganisationen für die Geschichte der Schweiz hatte, wurde dessen Vereinsgeschichte in der bisherigen Forschung nur spärlich untersucht. Zwar beschäftigten sich Felix Müller und Erich Gruner in den 1980er Jahren intensiver mit der Thematik, allerdings fokussierten beide auf das 19. Jahrhundert bzw. auf die Jahre bis zum Ersten Weltkrieg (1914) und boten darüber hinaus nur vereinzelt einen Ausblick. Die letzten zehn Jahre des Grütlivereins von 1915–1925, nachdem sich dieser wieder von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) abspaltete, mit der er 1901 fusioniert hatte, wurden dementsprechend in der Forschung noch kaum beachtet. Diese Forschungslücke soll mit der vorliegenden Arbeit gefüllt werden. Dabei wurde untersucht, wie sich der sozialdemokratische Grütliverein als politische Partei in diesem Zeitraum der Radikalisierung und der krassen Gegensätze positionierte. Ebenso wurde erforscht, wie sich dessen politische Überzeugungen und Forderungen wandelten und inwiefern er sich von den anderen Parteien abzugrenzen versuchte. Hierbei stand die Beziehung zur sozialdemokratischen „Schwesterpartei“ (SP) aufgrund der gemeinsamen Zeit und der anschliessenden Konkurrenzsituation im Mittelpunkt.

Als Fundament des Quellenbestands dienen

die ausführlichen Jahresberichte sowie die zahlreichen Protokolle der Sitzungen des Zentralkomitees, der Delegiertenversammlungen und der Parteivorstandssitzungen. Zentral für die Arbeit waren ausserdem sowohl die Vereins- bzw. Parteizeitung *Grütli*, die fast bis zum Schluss als Tageszeitung erschien, als auch einige Broschüren, Pamphlete und andere Schriften, bei denen entweder der Zentralverband oder wichtige Parteipolitiker als Urheber erkennbar waren.

Aufgrund des rudimentären Forschungsstands und der unübersichtlichen und turbulenten Zeitperiode wurde in dieser Arbeit vor allem mit der historisch-hermeneutischen Methode gearbeitet. Diese wurde jedoch angesichts der Fragestellung und des Quellenbestands durch diskursanalytische, funktional-systematische und historisch-vergleichende Ansätze ergänzt.

In der Arbeit hat sich gezeigt, dass der Grütliverein nach seiner Abspaltung von der SP in hohem Masse eine verständigungsorientierte „Zwitterpartei“ blieb. Anders als die vermeintlich radikalisierte SP, die sich der Revolutions- und Demonstrationspolitik verschrieb, bekannte er sich weiterhin zum demokratischen Reformismus. Dies war unter anderem auch der Grund dafür, weshalb er den politischen Kampf anfangs in erster Linie gegen links führte und dabei eine Polemik benutzte, welche die Bürgerlichen ebenfalls rege gebrauchten.

Denn nur mithilfe einer als ausreichend extremistisch wahrgenommenen Konkurrenzpartei öffnete sich in diesem stark polarisierten politischen System eine entsprechende Lücke, in der sich der Grütliverein als linksgerichtete „Mittelpartei“ positionieren konnte.

Dies führte jedoch von Beginn an zu einer unhaltbaren Zwiespältigkeit in der eigenen Positionierung, da sich zumindest der Zentralverband immer stärker auf die vermeintlich eindeutige Positionierung als sozialdemokratische Arbeiterpartei berief, die sich nicht mehr mit den „reaktionären“ Kräften des Bürgertums zusammentun durfte. Der im Jahr 1920 neu etablierte Bürgerblock und dessen politische Reaktion wurden nun auch vonseiten der Grütlianer als grösste Gefahr für das Land und die Arbeiterschaft wahrgenommen. Da unter dem starren Bürgerblock zudem auch die reformistische Politik vollends zum Erliegen gekommen war, verstärkten sich schliesslich auch bei den Grütlianern die Rufe nach radikaleren Methoden und revolutionären Zielen. Ebenso wurde nun die vormals verhasste Demonstrationspolitik vermehrt übernommen, was sich am deutlichsten

in der demonstrativen Ablehnung des Militärbudgets zeigte.

In der Folge kam es zu einer erneuten Annäherung an die SP, insbesondere weil sich nun auch bei den Grütlianern vermehrt die Erkenntnis durchsetzte, dass diese gar nicht (mehr) so extrem war, wie sie es parteipolitisch gerne gehabt hätten. Die anschliessenden massenhaften Übertritte zur SP bedeuteten aber gleichwohl keine Entspannung in der gegenseitigen Beziehung, da die SP sich nach wie vor als alleinige Arbeiterpartei ansah. Dies und das gleichzeitig extrem polarisierte politische System führten schlussendlich zu einer fast kompletten parteipolitischen Isolierung der Grütlianer, was die parteiinternen Positionenkämpfe zwischen dem rechten und dem grösseren linken Flügel auf die Spitze trieb.

Da der Grütliverein politisch gelähmt wurde, wurden die Scherkräfte im Inneren als umso grösser wahrgenommen und führten letztendlich zum Niedergang. Der Grossteil des linken Flügels schloss sich 1925 offiziell wieder der SP an, während Teile des rechten Flügels zu den Demokraten bzw. der FDP übertraten.



Jan Rohrmann

„Trutz der Not durch Schweizerbrot“

Ernährungssicherung im Schweizer Bundesstaat. Versorgungslogik, Wirtschaftstheorie, Konzepte und Risikostrategie im 20. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr und Dr. Juri Auderset

Wie organisierte die Schweiz ihre Ernährungssicherung? Überlegungen, wie der kontinuierliche Zufluss von Nahrungsmitteln sichergestellt werden kann, begleiteten die menschliche Geschichte seit Urzeiten. Auch der Schweizer Bundesstaat legte sich Strategien zurecht, um Versorgungsengpässe zu vermeiden. Die Arbeit untersucht diese Massnahmen aus verschiedenen Perspektiven.

Wirtschaftstheorien nahmen einen grossen Stellenwert in der Gesamtausrichtung der Ernährungssicherung ein. Sie erklärten und rechtfertigten die Quellen, die Versorgungsleistung generierten. Der liberale Bundesstaat setzte auf Freihandel und brachte dem Versorgungssystem Weltmarkt grosses Vertrauen entgegen. In der Folge stiegen

die Getreideimporte und Korn wurde kaum mehr selbst angebaut. Diese einseitige Ausrichtung der Landwirtschaft wurde problematisch, als sich Importrückgänge ankündeten und Unterversorgungen zu bewältigen waren. Die Reaktion bestand in einer staatlich aufgezogenen Ernährungssicherung, die dann übernahm, wenn Marktstörungen auftraten. Die entsprechenden Bestimmungen verankerten das duale System von möglichst weitgehender Wirtschaftsfreiheit in der Friedenswirtschaft und staatlicher Vorsorge für Kriegszeiten, das die Schweizer Ernährungssicherung seither prägte.

In der Nachkriegszeit wurde dieses System ausgebaut. Die Ernährungssicherung gedieh so

weit, dass eine vorbereitete Planung jederzeit hätte aus der Schublade gezogen werden können. Die Berechnungen für diese Planungen wurden mit neuartigen Computern durchgeführt, welche die optimale Ausgestaltung der Selbstversorgung mittels linearer Programmierung aus vielen Gleichungssystemen ermittelten. Theoretisch hätte die Schweiz im Kalten Krieg innerhalb von vier Jahren auf eine komplette Autarkie umstellen können.

Voraussetzung für eine Notfallversorgung war jedoch, dass genügend Land vorhanden war, auf das sich eine autarke Ernährung in der Kriegswirtschaft hätte stützen können. Wachstumsprozesse im Rahmen der „grossen Beschleunigung“ strapazierten diese sicherheitspolitischen Reserven zunehmend. Ökologische Alternativen hatten politisch einen schweren Stand. Just als die Möglichkeit einer Nahrungsmittelversorgung durch Flächenversiegelung und Bevölkerungswachstum immer fraglicher wurde und von neoliberaler Seite die Kostenfrage der Pflichtlagerhaltung thema-

tisiert wurde, fiel mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein unmittelbares Kriegsrisiko weg.

Die Ernährungssicherung wurde um die Jahrtausendwende in rascher Abfolge eingekürzt. Die überschrittene ökologische Tragfähigkeit machte eine Nahrungsmittel selbstversorgung illusorisch und die Vorratshaltung wurde auf wenige Monate reduziert. Seither sind Lebensmittelknappheiten aus dem Bedrohungsszenario der Schweiz verschwunden. Die kleinen Lagerbestände haben bloss noch eine Überbrückungsfunktion, falls die internationalen Stoffströme ins Stocken kommen sollten.

Die Arbeit stellt die These auf, dass das 20. Jahrhundert den Aufstieg und Niedergang der Ernährungssicherung als Konzept mit sich brachte. Die eingeschlagene Pfadabhängigkeit und die fragwürdigen Implikationen auf die Nachhaltigkeit könnten die zukünftige Relevanz der Thematik beeinflussen.



Dario Roth

‘Wir’ gegen die ‘Anderen’

Die Politisierung von Immigration durch die Schweizerische Volkspartei von der Überfremdungsinitiative 1988 bis zur Asylinitiative 1996

Masterarbeit bei PD Dr. Francesca Falk

Zwischen 1985 und 2000 fand eine parteiinterne Transformation der Schweizerischen Volkspartei (SVP) statt. Unter der Leitung von Christoph Blocher gewann der „Zürcher Flügel“ immer stärker an Dominanz und begann, die „Berner Sektion“ zu verdrängen. Diese zwei Bezeichnungen fungieren als Sammelbegriffe, da mitunter auch Berner Exponent:innen der Zürcher Position zugeordnet werden konnten und umgekehrt.

Damit ging auch ein politischer Schwerpunktwechsel mit einher: Der ursprünglich bürgerliche und landwirtschaftliche Schwerpunkt verlor an Stellenwert und wurde mit einer Fokussierung auf Immigrationsthemen ersetzt. Mit der Lancierung der ersten eigenen Volksinitiative „gegen die illegale Einwanderung“ übernahm die Anti-Immigrationspolitik endgültig die Vormacht.

Bei dieser Neuorientierung setzt diese Master-

arbeit an und untersucht anhand der 1987 frisch gegründeten Parteizeitschrift *SVPja*, wie Politiker:innen der SVP zu der zunehmenden Politisierung von Immigration Stellung nahmen. Der für diese Arbeit verwendete Quellenbestand erlaubt somit einen neuen Blick auf die Geschichte der SVP, denn bisher hat sich die Forschung noch kaum mit dieser Parteizeitschrift befasst.

Zur Analyse verwendet die Arbeit eine historisch-hermeneutische Methodik. Die Artikel werden mit Rückgriff auf Sekundärliteratur analysiert und verglichen. Untersucht werden sämtliche Ausgaben der *SVPja* von 1987–1988 und 1992–1996. Der erste Untersuchungszeitraum behandelt die Standpunkte der SVP zur Immigration während der Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion. Verglichen werden die Forderungen mit den eigenen Bemühungen, eine eigene Volksinitiative

zur Asylthematik zu lancieren. Der Startschuss fiel hierfür mit dem Sammeln von Unterschriften 1992 und endete mit der Volksabstimmung 1996. Dabei fokussiert sich die Untersuchung auf vier Kernthemen: Arbeitsmigrant:innen, Ausländer:innen, Asylant:innen und Flüchtlinge sowie Bedrohungsängste.

1987–1988 erhoffte sich die Partei, durch die Immigration den Wirtschaftsstandort der Schweiz zu stärken. Eine Hoffnung, welche insbesondere von der „Berner Sektion“ vertreten wurde. Dies änderte sich jedoch in den 1990er Jahren, als der „Zürcher Flügel“ immer stärker in den Vordergrund rückte und die Schweizer Wirtschaft als zu attraktiv und die Arbeitsmigrant:innen als eine Konkurrenz für Schweizer Arbeiter:innen darstellte.

Kontrastierend zu den 1980er Jahren forderte die SVP nun eine isolationistische Aussenpolitik, trotz einzelner Gegenstimmen innerhalb der Partei. Verstärkt begann die SVP, eine rechtspopulistische Rhetorik zu übernehmen. Mit der eigenen

Asylinitiative „gegen die illegale Einwanderung“ von 1996 knüpfte die SVP an den vorherigen Überfremdungsinitiativen an. Dieser Wechsel steht in einem Kontrast zur Parteipolitik der 1980er Jahre.

Allgemein begann die SVP im untersuchten Zeitraum immer stärker, Ausländer:innen mit Bedrohungsszenarien zu verknüpfen. Insbesondere wurden sie für die Drogenproblematik und die Kriminalität verantwortlich gemacht. Ab den 1990er Jahren begann die Partei zunehmend eine rechtspopulistische Rhetorik zu verwenden und stellte eine restriktive Asylpolitik als einzige Lösung dar.

Zusammenfassend bestätigt die Analyse der *SVPja*, dass die SVP von 1987 bis 1996 ihren politischen Schwerpunkt immer stärker auf Themen der Immigration richtete und hierbei einen rechtspopulistischen Standpunkt vertraten. Doch zeigen die Artikel auch einen andauernden, innerparteilichen Konflikt zwischen dem „Berner“ und dem „Zürcher Flügel“, welcher schliesslich zugunsten des letzteren ausfiel.



Christoph Rubli

Eine Familiengeschichte in Wachs und Lack

Die Geschichte der Familie von Graffenried aus der Perspektive ihrer Siegel mit Einbezug der Heraldik und Genealogie

Masterarbeit bei Prof. Dr. Regula Schmid Keeling

Siegel erfüllten seit jeher verschiedene Funktionen, die vom Verschliessen eines Dokuments bis hin zum rechtsgültigen Beglaubigungsmittel reichten. Darüber hinaus repräsentierten und reflektierten sie den Siegelinhaber. Gleichzeitig boten sie auch Raum zur Selbstinszenierung und wurden so zu Statussymbolen. Die Siegel der Berner Bürger- und Patrizierfamilien standen bisher nur am Rande und selten im Zentrum der bernischen Geschichtsforschung.

Ausgehend von den Siegeln der Familie von Graffenried betrachtet die vorliegende Arbeit diese Objektquellen im sozio-kulturellem und rechtshistorischen Kontext mit Einbezug der Genealogie und Heraldik. Sie eröffnet damit neue Perspektiven auf die Darstellungen der Siegelbildflächen, ihre Symbolik, zusammenhängende Gewohn-

heiten, den Umgang mit den diversen Arten von Stempeln, der Siegel- und der Sammelpraxis inklusive der symbolischen Entwicklung. Der zentrale Quellenkorpus dieses Forschungsbeitrags ist ein systematisch angelegter und zur Erweiterung ausgelegter Siegelkatalog, der Siegel aus dem Zeitraum zwischen 1381 und ca. 1990 umfasst.

Im vorliegenden Forschungsbeitrag wird in einem ersten Teil die Geschichte der Graffenrieds geschildert, die seit dem 14. Jahrhundert in Bern belegt sind. Dabei wird auch der etwas verzögerte Aufstieg ins Patriziat, der spätere Kampf um das „Obenbleiben“ und schliesslich die Verbürgerlichung (im 19./20. Jh.) sowie die Entwicklung des Wappens nachgezeichnet. Im zweiten Teil liegt der Fokus auf der Sammlungstätigkeit. Es ergab sich, dass es in Bern ab etwa 1800 für die Erziehung der

Söhne ehemaliger Patrizierfamilien immer wichtiger wurde, Siegelabdrucksammlungen der Bürger Berns anzulegen. Diese erzieherische Praxis mündete bei Victor von Graffenried (1877–1948) in den Plan, eine systematische Sammlung von Graffenried-Siegelabdrücken zu eigenen Forschungszwecken anzulegen. Diese fragmentarisch gebliebene Sammlung wurde zum Grundstock des der Arbeit beiliegenden Katalogs. In diesem Siegelverzeichnis finden nebst Beschreibung der Bildseite und einer Kurzbiografie der Inhaber ebenfalls alle urkundlichen und sonstigen Belege zum jeweiligen Siegel ihren Platz.

Der dritte Teil setzt bei den fragmentarischen Beobachtungen des Victor von Graffenried zum Siegelbild an und im Besonderen der heraldischen Elemente, welche die obligaten Wappen umgeben. Hier ist beginnend mit den verschiedenen Helmtypen eindeutig eine gesellschaftliche Konvention zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert ersichtlich, welche den Notabeln einen anderen Helmtyp zugestand als dem Patriziat. Die anschliessende Betrachtung der Verwendung von Rangkronen (nebst Helmkrone) ab der Mitte des 17. Jahrhunderts parallel zur Aristokratisierung und Abschluss der bürgerlichen Familien Berns ergab, dass die Berner, beeinflusst durch das französische und deutsche Rangkronensystem, gewisse Eigenheiten entwickelten. Sie hatten möglicherweise ein eigenes, ungeschriebenes Auszeichnungssystem. Dies wird besonders durch die Verwendung der ansonsten als Grafenkrone bekannten Neunperlenkrone sichtbar, die bei den Siegelbildern des 18. Jahrhunderts äusserst präsent ist. Im letzten Teil der Masterarbeit stehen schliesslich die Siegelpraxis und der Umgang mit den Stempeln im Fokus. Gemäss dem durch die bernische Kanzlei von 1559 bis 1699

geführten *Insiegelbuch* konnte zum einen ermittelt werden, wie die Magistraten aus der Familie von Graffenried siegeltechnisch um 1600 ausgerüstet waren. Sie konnten bis zu zwei Stempel und einen Siegelring haben. Andererseits wird gleichermaßen die Praxis der staatlichen Hinterlegungspflicht der Siegelstempel, meist von verstorbenen Amtsinhabern in jener Zeit, bis zu einer Bedeutungsänderung der Siegel Mitte des 17. Jahrhunderts sichtbar. Herrschafts- (18. Jh.) und Amtssiegel (19. Jh.) gab es indes bei den Graffenrieds nur wenige. Ihr Verwendungszweck scheint vermehrt im Symbolischen gelegen zu haben. Danach wird anhand der dichten Urkundenüberlieferung eines beispielhaften Familienmitglieds diskutiert, welcher Stempeltyp im 18. Jahrhundert bevorzugt wurde. Für alltägliche Geschäfte, zum Verschliessen von Briefen und unterwegs, scheinen hierbei in dieser Zeit die kleinen Siegelstempel beliebter gewesen zu sein. Bei der weiblichen Siegelpraxis der Graffenrieds scheinen schliesslich die Frauen im 18. Jahrhundert eine etwas aktivere Rolle gespielt zu haben als zuvor, da ihre Siegel plötzlich auf den Eheverträgen ihrer Kinder und auf ihrem Eigentum betreffenden Dokumenten erscheinen, im Gegensatz zu den vorherigen Jahrhunderten, wo nur ein männlicher Beistand untersiegelte. Abschliessend ist festzuhalten, dass sicherlich durch das Heranziehen weiterer Siegel anderer bernischer Familien die vorhandenen Ergebnisse aus den letzten beiden Teilen der vorliegenden Arbeit vertieft oder gegebenenfalls Annahmen korrigiert werden könnten. Weitere systematisch angelegte Siegelkataloge wären daher ein Desiderat, um diesen Aspekt der bernischen Geschichte besser auszuleuchten.



Andri Schläpfer

Memoria mendax

Methodische Überlegungen zur Untersuchung falscher Erinnerung am Beispiel der Berner Chronica Ludwig Schwinkharts

Masterarbeit bei Prof. Dr. Regula Schmid Keeling

Dass Erinnerungen zuweilen trügerisch sein können, darf als Binsenweisheit gelten. Dessen ungeachtet, stützt sich das, was im alltäglichen Umgang als „wahres“ Ereignis (im Sinne eines tatsächlichen Geschehenseins) aufgefasst wird, schwergewichtig auf die individuelle Wahrnehmung und Erinnerung. Zu jeglicher kommunikativen Verarbeitung einer Zeugenaussage gehört ein „Screening“ der bezeugenden Person und deren emotionaler Disposition, welches automatisch abläuft. So wird von „gefärbten“ Aussagen, von „tendenziöser“ Berichterstattung oder „unzuverlässiger“ Zeugenschaft gesprochen, wenn eine besonders ausgeprägte Haltung der anderen Person zum von ihr bezeugten Ereignis vermutet wird, die der möglichst objektiven Beschreibung des Geschehenen entgegenstehen könnte. Für den Umgang mit Aussagen von nicht mehr lebenden Zeugen, deren textliche Hinterlassenschaften allein zu befragen sind, hat sich seit dem 19. Jahrhundert die historisch-kritische Methode etabliert, die einen wachen Sinn für politische Verstrickungen, Intentionen und emotionale Neigungen, die Aussagen von Personen färben könnten, aufweist. Bei genauerer Betrachtung fällt indes auf, dass der erwähnten Binsenweisheit des trügerischen Potentials von Erinnerungen zu wenig Rechnung getragen wird – ja sie für den Umgang mit (Selbst-)Zeugnissen historischer Akteurinnen oder Akteure, die stets individuelle Erinnerungen sind, gänzlich aus dem Blick gerät. Die Linse der Quellenkritik historischer Zeugenaussagen nimmt beinahe ausschliesslich die *intentionale* Ebene der (be-)zeugenden Subjekte in den Blick – so werden Fragen nach der soziokulturellen Verortung des Adressaten oder der Adressatin, nach der erwünschten Wirkung eines Textes (etwa im Fall einer herrschaftlichen Chronik) oder seiner Eingliederung in narrative Traditionen und textliche Ausdrucksformen der Zeit gestellt.

Angesichts des heutigen Wissensstands über die Mechanismen der Entstehung von Erinnerungen innerhalb der Kognitionspsychologie er-

scheint dies jedoch nicht ausreichend. Seit den frühen 1970er Jahren fördern Experimente mit menschlichen Gedächtnisinhalten Erstaunliches zutage: So beschrieben etwa Teilnehmende eine Ballonfahrt, an die sie sich mit aller Klarheit zu erinnern meinten (und die nachweislich nie stattfand), erinnerten sich alliierte Veteranen bar jeden Zweifels an jedes furchtbare Detail ihrer Landung in der Normandie im Jahr 1944 – und schilderten doch, ohne es zu wissen, die Handlung eines bekannten Kriegsfilms. Fernab davon, wie ein Videorekorder zu funktionieren, stellt sich menschliche Erinnerung als ein Produkt retroaktiver Interferenz mit dem Gedächtnis dar, das sich stets erst im Augenblick ihres Abrufs zu formen scheint. In der Psychologie gewonnene Erkenntnisse über die stetige (Ver-)Formbarkeit des menschlichen Gedächtnisses, die unter dem Konzept der „false memories“ zusammengefasst werden, müssen gerade für ein historisches Erkenntnisinteresse an einer vergleichsweise schriftarmen Zeit wie dem Mittelalter von grosser Relevanz sein. Die vorliegende Untersuchung setzt sich zum Ziel, einen möglichen Ansatz zu psychologiegeleiteter Quellenkritik an einer einzelnen Quelle durchzuexerzieren. Hierfür nimmt sie die wenig bekannte Berner Chronik des Ludwig Schwinkhart (1495–1522) in den Blick. Schwinkharts Chronik kann als ein Selbstzeugnis eines sozialen Aufsteigers interpretiert werden, die, obgleich der Autor in ihr nur selten Erwähnung findet, mit einem spezifisch bernisch-eidgenössischen Blick über einen knapp fünfzehnjährigen Zeitraum eidgenössischer Machtpolitik berichtet.

Mit Rückgriff auf die kognitionswissenschaftliche Forschung kann festgehalten werden, dass den in der älteren Literatur zuweilen geäusserten Vermutungen über Schwinkharts persönliche Anwesenheit in den Italienkriegen (und besonders in den Schlachten von Pavia 1512 und Marignano 1515) mit grosser Skepsis begegnet werden muss. So liegt der Beitrag der Untersuchung in einer zweifachen Nuancierung: Einerseits vermag

allein die Tatsache, dass ein Ereignis von einem Chronisten detailreich geschildert wird, noch kein Argument für dessen Anwesenheit zu sein. Auch falsche Erinnerungen können mit einem hohen Detailgrad wiedergegeben werden. Andererseits kommt die Untersuchung zum Ergebnis, dass eine trennscharfe Unterscheidung zwischen effektiver

falscher Erinnerung und literarischem Zeugnischafstospos nur in Ausnahmefällen möglich ist. So bleibt das Potential einer methodischen Operationalisierung, zusätzliche historische Erkenntnisse zu generieren, gering – der „Schleier der Erinnerung“ entzieht sich seiner Lüftung.



Maria Schmidlin

Das Doktorhaus und die Kirche

Theoretisch konzeptionelle Überlegungen zur Untersuchung katholisch-bürgerlicher Lebenswelten am Beispiel von Edmund Müller-Dolder (1870–1945), seiner Familie und dem ‚Haus zum Dolder‘ im luzernischen Beromünster

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Die Arbeit ist der Schweizer Bürgertums- wie Katholizismusforschung zuzuordnen bzw. führt diese beiden Forschungslinien am Beispiel der Arztfamilie Müller-Dolder aus dem luzernischen Beromünster zusammen.

Zunächst werden diese beiden Forschungstraditionen kritisch betrachtet und untersucht, inwiefern sie sich voneinander abgrenzen. Die massgeblichen Arbeiten zur Geschichte des Schweizer Bürgertums wurden von Albert Tanner und Philipp Sarasin publiziert. Nicht zufällig thematisierten sie, die an den Universitäten Zürich, Bern und Basel arbeiteten, das reformierte Stadtbürgertum in Zürich, Bern und Basel. Im Kontext der Bürgertumsforschung erschien der bürgerliche Katholizismus resp. das katholische Bürgertum lange Zeit als eine Art Black Box, wenn nicht als eine Abweichung vom Normalfall, den das protestantische Bürgertum darstellte. Die Zahl der Studien zu katholischem Bürgertum ist nach wie vor bescheiden. Implizit wie explizit, wurde suggeriert, dass Bürgerlichkeit etwas Protestantisches sei. Die wichtigste Arbeit zum katholischen Bürgertum war jene von Thomas Mergel zum Rheinland: er schreibt von einem „Milieugrenzgängertum“. Urs Altermatt, Hauptvertreter der Schweizer Katholizismusforschung, skizzierte den Katholizismus in der Schweiz seit dem Kulturkampf bis in die 1950er Jahre als ein eigenes, abgeschlossenes Milieu, das keine Verbindung zum (Wirtschafts-) Bürgertum aufweist.

Neben dem soeben beschriebenen Forschungsstand war ein überaus reicher und vielfältiger Quellenfundus Ausgangspunkt für die Arbeit. Dieser besteht aus den schriftlichen Zeugnissen der Familie Müller-Dolder aus Beromünster, das traditionell sehr katholisch geprägt ist. Die verwendeten Quellen lagern bis dato nicht abschliessend systematisch erschlossen im ‚Haus zum Dolder‘, dem ehemaligen Wohnhaus der Familie. Es handelt sich um Briefe, Notizbücher und kurze tagebuchartige Aufzeichnungen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Grösster Teil des Korpus ist die *Chronik von Beromünster*, die von 1914 bis 1945 fast täglich festgehaltenen Beobachtungen zu Dorf- und Weltgeschehen des Landarztes Dr. Edmund Müller-Dolder. Ebenfalls Teil des Quellenkorpus sind Fotografien der Familie. Bei der Analyse dieser Quellen wurde klar, dass weder ausschliesslich auf dem Forschungsstand der Katholizismusforschung noch jenem der Bürgertumsforschung aufgebaut werden kann. Ziel der Arbeit war es deshalb, Einblicke in das ‚Doktorhaus‘ zu erhalten und es im Kontext der skizzierten Forschungslandschaft zu verorten. Die dafür genutzten Ansätze stammen aus der Mikrogeschichte und der Neuen Kulturgeschichte und rekurren sie auf das Habituskonzept Bourdieus und die Subjekttheorie von Andreas Reckwitz.

Zunächst wurde der historische Rahmen dargelegt und die Herkunft der Familien Müller und Dolder untersucht. Hier zeigt sich, wie politische

Machtkämpfe für den Aufstieg einzelner Familien relevant waren. Mit dem Regierungswechsel von den Liberalen zu den Katholisch-Konservativen im Kanton Luzern 1871 gelangte ein Vertreter der Familie Müller in das Verwalteramt des Chorherrenstifts Beromünster, was die Familie aufsteigen liess. Die Familie Dolder gehörte als Kooperationsgeschlecht bereits einer gesellschaftlich höheren Schicht an. Bei beiden Familien lässt sich eine enge Beziehung zur katholischen Kirche und dem katholischen Glauben nachweisen, was sich in der Ausgestaltung der Heirat von Edmund und Hedwig Müller-Dolder in der Gnadenkapelle Einsiedeln offenbart.

Im zweiten Teil der Arbeit steht das aus der Verbindung hervorgehende Familienleben, die Erziehung und Ausbildung der Kinder und der Alltag im Doktorhaus im Zentrum. In puncto Praktiken, Rituale und normative Wahrnehmungen fällt hier durchgängig auf wie hochgradig bürgerlich, zugleich aber eben auch katholisch, die Müller-Dolders funktionierten. Würde man den Aspekt der Konfessionszugehörigkeit schlicht weglassen, könnten einige der aufgezeigten

Gesichtspunkte – angefangen vom Bildungsstreben und der Erziehung der Kinder über die Freizeitgestaltung bis zur Diskrepanz zwischen beruflichem Erfolg und familiärer Hinterbühne – als prototypisch bürgerlich bezeichnet werden. Insofern finden sich hier zahlreiche Belege für eine konfessionsübergreifend situierte Bürgerlichkeit, deren „Werteimmel“ ungeteilt scheint.

Der dritte Teil der Arbeit geht näher auf das ‚Haus zum Dolder‘ als Ort der Repräsentation und des kulturellen Austauschs mit der Öffentlichkeit ein. Edmund und Hedwig Müller-Dolder nehmen als Paar wie auch als Einzelpersonen an einer ortsübergreifenden, schweizweit ausgerichteten wissenschaftlichen Kommunikation unter den zeittypischen Bedingungen teil. Es zeigt sich erneut, wie bildungsbürgerlich das Streben und Wirken des Paares in dem ländlich-katholischen Ort beschaffen war. Die Arbeit plädiert, in Kontrast zu Teilen der Forschung, dafür Angehörige der „katholisch-bürgerlichen Eliten“ weder als „Milieugrenzgänger“ noch als Vertreter einer „inferioren“ Kultur zu betrachten und Kulturwertideen zu hinterfragen.



Roman Schönenberger

Jesuiten auf hoher See

Die Reise von Pater Joseph Kropf von Cádiz nach Veracruz

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christan Windler

Die Schiffsreise war ein prägender Abschnitt auf dem Weg von Jesuiten in die Mission. Trotzdem hat die Forschung sie bisher weitestgehend als selbstverständliches Detail übergangen. Die vorliegende Arbeit greift dieses Forschungsdesiderat auf und eröffnet Einblicke in die jesuitischen Atlantikreisen des 18. Jahrhunderts. Sie fragt dabei sowohl nach der praktischen Reiseerfahrung als auch nach dem jesuitischen Schreiben über Schiffsreisen. Beide Aspekte sind untrennbar miteinander verbunden, weil es sich bei jesuitischen Berichten zu Schiffsreisen um Missionsberichte und damit um bewusst geformte Narrative handelte, welche die Ordensangehörigen und ein breiteres Publikum erbauen sollten.

Der erste Teil der Arbeit betrachtet als Fall-

beispiel die Reise des oberdeutschen Paters Joseph Kropf im Jahr 1730/31. Er zeigt ausgehend von verschiedenen Reisebeschreibungen, die teils in der jesuitischen Missionszeitschrift *Der Neue Welt-Bott* publiziert wurden, teils als Handschriften vorliegen, dass im Gegensatz zu den Reisen nach Ostasien die Reise über den Atlantik für die meist privilegiert untergebrachten und versorgten Jesuiten zwar nur selten lebensbedrohlich, aber trotzdem sehr beschwerlich war. Die Qualität von Versorgung und Unterkünften schwankte stark, und Herausforderungen und Gefahren waren allgegenwärtig. Während der Reise orientierten sich die Jesuiten an den organisatorischen Grundprinzipien ihres Ordens. Dabei richteten sie sich auf drei praktische Ziele aus: Sie bemühten sich, durch das

Gebet zu einer inneren Haltung zu finden, die es ihnen erlauben sollte, die Reise im rechten Geist zu erdulden, die eigene Gesundheit und Sicherheit zu schützen und den Nächsten, also den anderen Menschen an Bord, zu helfen. Um den geeigneten Rahmen dafür zu schaffen, etablierten die Jesuiten einen Tagesablauf, der demjenigen in ihren Kollegien während des Tertiats ähnelte. Dieser Tagesablauf ermöglichte es den oftmals noch jungen Missionaren an Bord, erste Erfahrungen in pastoralen und karitativen Tätigkeiten zu sammeln. Sie pflegten Kranke und Sterbende und kümmerten sich um die Seelen der Menschen, indem sie den religiösen Alltag an Bord organisierten, ihre Mitreisenden auf verschiedene Weise zu erbauen suchten und als Vermittler zwischen Gott und den Menschen agierten. Als Fazit des ersten Teils kann damit festgehalten werden, dass der für die Asienreisen geprägte Begriff des „floating college“ (L. M. Brockey) mit gewissen Anpassungen, die vor allem der kürzeren Dauer der Reise geschuldet sind, auch zur Untersuchung der Atlantikreisen sinnvoll angewandt werden kann.

Eine der zentralen Herausforderungen im Umgang mit jesuitischen Schiffsreiseberichten ist, dass sie eine idealisierte Version der Reise präsentierten, die der Erbauung der Leserschaft diene. Sie stellten das Schiff als einen Ort dar, der durch die pastoralen Bemühungen der Missionare befriedet und zur Frömmigkeit geführt wurde. Deshalb fragt der zweite Teil der Arbeit nach dem jesuitischen Schreiben über Schiffsreisen im *Neuen Welt-Bott*. In dieser Publikation spielten Reiseberichte insofern eine besondere Rolle, als die Herausgeber sie gezielt zur performativen Inszenierung von Wissen nutzten. Sie nahmen sich bei der Nachbearbeitung beachtliche Freiheiten, um sie in eine Komposition einzufügen, die gleichzeitig erbauen, belehren

und unterhalten sollte. Diese redaktionellen Eingriffe wurden von der Forschung bisher zum Teil unterschätzt, da der Fokus fast ausschliesslich auf textimmanenten Informationen, also den Vorworten und Kommentaren der Herausgeber, lag.

Deshalb wählt die vorliegende Arbeit einen literarisch-analytischen Zugang zu den Reisebeschreibungen in der Zeitschrift. Sie untersucht die Berichte, die zwischen 1718 und 1744 veröffentlicht wurden, ausgehend von der Rolle und Form, die sie tatsächlich *hatten* und nicht der, die sie gemäss den Herausgebern *haben sollten*. Dabei hat sich gezeigt, dass die Berichte ähnlich wie jene aus dem 17. Jahrhundert eine Reihe von narrativen und literarischen Mustern aufwiesen. Sie inszenierten die Reise als Prüfung, betonten den Erfolg der Missionsarbeit schon während der Reise und flochten nahtlos Wunderberichte in ihre Erzählungen ein. Im Unterschied zu jesuitischen Reiseberichten des 17. Jahrhunderts erschien die Reise in den Berichten im *Neuen Welt-Bott* aber meist nicht als Leidensgeschichte, sondern als eine Geschichte erfolgreich bewältigter Herausforderungen. Die Berichte waren damit deutlich vom Ziel der Zeitschrift geprägt, das Erfahrungswissen der Missionare in Europa zu verbreiten, die Missionare der Gesellschaft Jesu und ihre Taten zu ehren und neue Anwärter für die Mission zu inspirieren. Allerdings lässt sich auch feststellen, dass diese Muster einen stark abstrahierten Idealtypus repräsentierten und in den einzelnen Berichten in sehr unterschiedlicher Ausprägung zu finden sind. Die Reiseberichte im *Neuen Welt-Bott* waren trotz grundlegender Gemeinsamkeiten ausgesprochen vielfältig. Bei vorsichtiger Betrachtung können sie einen Einblick in die Reiseerfahrung der Jesuiten geben, denn es handelte sich zwar um erbauliche Narrative, aber nicht um erfundene Geschichten.



***monstrificum* oder die Menstruation**
Antike Vorstellungen des weiblichen Zyklus

Masterarbeit bei Prof. Dr. Seraina Ruprecht

Das Thema Menstruation wurde lange tabuisiert und wird es zum Teil heute noch. Dass der weibliche Zyklus lange Zeit wenig oder gar nicht thematisiert, geschweige denn erforscht wurde, hat nachhaltig zu dessen Stigmatisierung beigetragen. Dieses Stigma lässt sich bis in die Antike zurückverfolgen. In der Antike bestanden so manch wunderliche Vorstellungen über die Menstruation und dem Menstruationsblut wurden magisch anmutende Kräfte zugesprochen. Diese Vorstellungen und die damit zusammenhängenden respektive daraus resultierenden Praktiken wurden in der vorliegenden Masterarbeit untersucht. Dabei wurden sowohl medizinische Texte wie etwa das Werk von Soranus über die Gynäkologie als auch naturwissenschaftliche und landwirtschaftliche Schriften berücksichtigt. Insbesondere Plinius der Ältere liefert uns in seiner *Naturalis Historia* eine umfangreiche Zusammenstellung der dem Menstruationsblut attestierten positiven und negativen Wirkungen. Aber auch Columella kommt in seiner Schrift *De re rustica* auf verschiedene Wirkungen, die menstruierende Frauen auf Pflanzen haben sollen, zu sprechen. Diese Schriften wurden hermeneutisch und diskursanalytisch untersucht, um eine qualitative Darstellung der in der Antike vorherrschenden Wahrnehmung des weiblichen Zyklus zu ermöglichen. Dabei wurde festgestellt, dass sich die darin beschriebenen Kenntnisse und Praktiken auf verschiedene Traditionen stützen, einerseits auf eine von Griechenland kommende medizinisch-wissenschaftliche Tradition und andererseits auf aus verschiedenen Regionen des römischen Reiches stammende folkloristische Traditionen. Während medizinische Schriften die Mens-

truation in erster Linie als Reinigungsprozess des weiblichen Körpers beschreiben und ihren Nutzen für die menschliche Reproduktion untersuchen, fokussieren sich die Schriften, die sich auf tradiertes Wissen berufen, auf die schädlichen Wirkungen des Menstruationsblutes für Menschen, Tiere, Pflanzen und sogar leblose Materialien. Dabei werden nicht nur dem Menstruationsblut selbst, sondern auch der (menstruierenden) Frau magische – heilende, aber auch zerstörerische – Kräfte zugeschrieben, wodurch im weiteren Sinne der gesamte weibliche Körper als Quelle der Macht angesehen wurde. Die Vorstellungen und Praktiken im Zusammenhang mit der Menstruation prägten entsprechend auch das gesellschaftliche Bild der Frau. Die antiken Sichtweisen auf den weiblichen Körper und Zyklus haben dazu beigetragen, ein Bild der Frau zu etablieren, das sie als das – im Vergleich zum Mann – fehlerhafte und schwache Geschlecht darstellt. Die Menstruation dient dabei als primäres Unterscheidungsmerkmal zum männlichen Geschlecht und wird etwa von Aristoteles, dessen Theorie von Plinius übernommen wird, als Zeichen der weiblichen Minderwertigkeit angesehen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass diese Vorstellungen, die stark vom gesellschaftlich-kulturellen Kontext geprägt sind, Einblick in die Wahrnehmung und den Umgang mit der Menstruation und der menstruierenden Frau in der Antike geben. Allerdings ist anzumerken, dass es sich hierbei nicht um eine abschliessende Darstellung der antiken Vorstellungen über den weiblichen Zyklus handelt, da die Quellenlage kein gesamtgesellschaftliches Bild erlaubt.



Gesandtschaften der evangelischen Orte des Corpus helveticum – 1685–1688

Zwischen Aushandlung, Religion, Akteuren, Rang, Status und Mächtepolitik

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Ausgehende Gesandtschaften an fremde Machtzentren sind ein wenig behandeltes Thema der Aussenbeziehungen des Corpus helveticum. Es ist allgemein bekannt, dass die Orte keine ständigen Gesandtschaften an fremden Machtzentren unterhielten und nur selten *ad hoc* Gesandtschaft entsandten. Die Masterarbeit stellt fünf Gesandtschaften der evangelischen Orte Zürich und Bern während des Zeitraums zwischen 1685 bis 1688 ins Zentrum der Untersuchung. Vier davon betrafen die in Savoyen wegen ihres Glaubens verfolgten Waldenser. Zwei von ihnen gingen nach Turin, eine zu den protestantischen Reichsfürsten und in die Niederlande und eine nach Württemberg. Die fünfte Gesandtschaft wurde von Zürich und Bern wegen des Rechtsstreits zwischen Genf und dem Bischof von Annecy nach Paris entsandt.

Anknüpfend an die kulturgeschichtlichen Ansätze der Diplomatiegeschichte stehen die Akteure und ihre Praktiken im Mittelpunkt der Arbeit. Die Quellengrundlage bilden die Berichte der Gesandten während und am Ende der Mission. Die Gesandten berichteten regelmässig an ihre Obrigkeit, um über ihr Vorgehen zu informieren und Rechenschaft über das Verrichten ihrer Tätigkeit abzulegen. Daneben fliessen die Ratsprotokolle, Abschiede, Missiven und die Korrespondenzen der fremden Gesandten in die Arbeit mit ein.

Den evangelischen Orten fehlte ein erfahrenes *corps diplomatique*. Während des Untersuchungszeitraums war jeder Gesandter jeweils für eine Mission bestimmt, was den Obrigkeiten in Zürich und Bern einen gewissen Handlungsspielraum einbrachte. Um die Gesandten zu analysieren, stützt sich die Masterarbeit auf das Model des Gesandten vom *type ancien* von Thiessen. Die Gesandten stammten aus den politischen Eliten von Zürich und Bern. Während der Mission äusserten die Gesandten Schwierigkeiten mit der Kultur an den fremden Machtzentren. Einerseits fehlte es den Gesandten an Wissen über die Vorgänge und Akteure am Hof. Das Wissen und die Kontakte wurden den Gesandten durch zahlreiche „Karrieremigranten“ aus dem Corpus helveticum oder

durch die Zürcher Stadtgeistlichkeit vermittelt. Andererseits besaßen die Gesandten nicht die *honorés regii* und erhielten dadurch eine zeremoniell schlechtere Behandlung. Ein Kuriosum innerhalb der „Fürstengesellschaft“ waren die mehrköpfigen Gesandtschaften der Orte, da sowohl ein Gesandter aus Zürich und Bern auf der Mission vertreten waren, die denselben Rang bekleideten. Die Gesandten mussten sich daher über ihr Vorgehen absprechen, was zu Differenzen führte, da sie aufgrund ihrer unterschiedlichen Herkunft verschiedene Interessen vertraten.

Unter dem Blickwinkel der neueren Schweizergeschichte zeigt die Arbeit, dass jeder Ort als eigenständiges politisches Gebilde betrachtet werden muss, mit jeweils eigenen Akteuren und Interessen. Die Gesandtschaften entsandten die evangelischen Orte im „Gemeinen evangelischen Namen“, dennoch musste jede Gesandtschaft zwischen den Orten ausgehandelt werden. Die Initiative ging dabei von Zürich und Bern aus, die sich zuerst untereinander absprachen, bevor sie sich mit den weiteren evangelischen Orten auf den Sonderkonferenzen berieten. Dabei diskutierten die Akteure, wer für die Mission infrage kam und wie die Instruktion aussehen sollte. Letztlich lag die Entscheidungsgewalt bei den Räten von Zürich und Bern, welche im Nachgang der Konferenzen die Gesandten wählten und instruierten. Die Zuständigkeit der einzelnen Orte spiegelte sich auch in der Berichterstattung wider, legten die Gesandten doch während und am Schluss ihrer Mission zuerst vor ihrer Obrigkeit Rechenschaft ab und rapportierten erst anschliessend persönlich vor der evangelischen Sonderkonferenz. Mit seinem Bericht legte der Gesandte auch Rechnung über seine Ausgaben für die Mission ab. Die Kosten wurden dem Gesandten anschliessend nach der Skala von 1673/74 durch die Orte zurückerstattet. Eine Ausnahme bildete die Gesandtschaft nach Paris, bei der lediglich Zürich und Bern für die Finanzierung aufkamen, da die restlichen Orte sich nicht an der Gesandtschaft beteiligen wollten.

Das gemeinsame Anliegen der untersuchten

Gesandtschaften bestand in der Unterstützung und Intervention zugunsten von Glaubensgenossen in Not. Bevor die Orte eine Gesandtschaft entsandten, versuchten sie mittels Korrespondenz und gegebenenfalls über den Gesandten der fremden Macht in Solothurn oder Luzern ihr Anliegen durchzusetzen. Erst wenn beide Kanäle nicht die gewünschte Wirkung erzielten, entschlossen sich die Orte zur Entsendung einer kostspieligen Gesandtschaft. Damit stärkten die evangelischen Orte ihre Reputation innerhalb der protestantischen Glaubensgemeinschaft in Europa. In dieser

Gemeinschaft herrschte ein starker Solidaritätsgedanke. Gesandtschaften waren neben Buss-, Fast- und Bettagen oder der finanziellen Unterstützung die letzte Option der Unterstützung. Eine militärische Intervention oder eine Allianz mit den weit entfernten protestantischen Mächten kamen dagegen für die evangelischen Orte aufgrund der engen Beziehung und der gemeinsamen Grenze mit Frankreich sowie wegen der komplexen bündnispolitischen Beziehungen zu den katholischen Orten nicht infrage.



Leonardo Luca Siviglia

Globale Mobilität zwischen sozialen Normen, persönlichen Handlungsspielräumen und historischen Meistererzählungen

Eine (un)gewöhnliche Missionarsreise von Paris nach Tonkin (1746–1752)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Windler

Globale katholische Mission wurde sowohl von den Zeitgenossen als auch in der älteren Forschung oft als organisierte Unternehmung und Erfolgsgeschichte dargestellt. Die Position der Missionare wurde dabei diskursiv klar festgehalten: Es bestanden Abneigungen und Abgrenzungen gegenüber konkurrierenden Missionsunternehmungen und vor allem gegenüber andersreligiösen Subjekten. Weiter wurden Konkurrenzen protonationalen Charakters konstruiert. Dagegen versuchte die Kurie entgegen der polyzentrischen Struktur des frühneuzeitlichen globalen Katholizismus Einheit unter ihrer eigenen Hoheit diskursiv zu inszenieren.

Diese Meistererzählungen sind Thema der vorliegenden Arbeit, die in Anlehnung an die Forschungsrichtungen der *microstoria* und der *global microhistory* die Missionarsreise von Jean-Ponce Louis und Etienne Méyère von Paris nach Tonkin in den Blick nimmt. Louis und Méyère waren Mitglieder der Pariser Missionsgesellschaft *Missions Étrangères de Paris* (MEP). Ihre Reise nach Südostasien wird vor dem Hintergrund des Österreichischen Erbfolgekrieges sowie der dadurch verschärften kolonialen Spannungen in Asien zwischen der französischen und der englischen Ostindien-Gesellschaft und der diese unterstützenden

Höfe untersucht. Indem sie die Organisation der Reise, die Beziehungen, welche die beiden Missionare unterwegs nutzten, sowie die Verhältnisse, unter denen diese reisten, betrachtet, leuchtet die vorliegende Masterarbeit das Spannungsfeld zwischen sozialer Norm und persönlichen Handlungsspielräumen aus. Damit leistet sie auch einen Beitrag zur Erforschung der Bedingungen und Möglichkeiten globalen Reisens im 18. Jahrhundert.

Aufgrund der politischen Situation mussten Jean-Ponce Louis und Etienne Méyère bereits in Cádiz den Verlauf ihrer Reise verändern. Da ihnen die Reise auf einem Schiff der schwedischen Ostindienkompanie um das Kap der Guten Hoffnung verwehrt blieb, reisten sie – ebenfalls auf schwedischen Schiffen – über Italien und Ägypten nach Aleppo, von dort mit einer Karawane auf dem Landweg und auf Flussschiffen nach Basra und schliesslich mit einem Schiff der VOC nach Indien. Dort trennten sich die Wege von Louis und Méyère. Während Louis auf einem Schiff der *East India Company* direkt via Malakka nach Macao reiste, führte Méyères Weg zunächst nach Siam. Auch er reiste dann jedoch nach Macao, um – wie Louis zuvor – von dort aus nach Tonkin zu gelangen.

Unterwegs organisierten die beiden Missionare ihre Reise *ad hoc* über Kontaktpersonen mit unterschiedlichem religiösen und protonationalen Hintergrund. Auf religiöser Ebene sind neben Katholiken Juden, Protestanten, Ostchristen und Angehörige verschiedener asiatischer Religionen zu nennen, auf protonationaler Ebene neben Franzosen zum Beispiel Schweden, Engländer, Niederländer und Italiener. Mit Blick auf die verschiedenen Institutionen innerhalb des Katholizismus sind Angehörige kirchlicher Orden (insbesondere unbeschuhte Karmeliten, Kapuziner und Jesuiten) sowie Weltgeistliche der MEP und aus dem Umfeld der römischen Kurie zu nennen.

Bei der Auswertung mit Blick auf die übergeordnete Frage konnte Folgendes festgestellt werden. Die genannten Meistererzählungen sind allesamt zumindest zu relativieren. Mit Blick auf die Beschreibung der Mission als wohlorganisierter Unternehmung und Erfolgsgeschichte kann konstatiert werden, dass äussere Einflüsse eine Reise wesentlich beeinflussten und die Missionare das Vorankommen bereits in Europa situativ organisieren mussten. Ebenso greifen Meistererzählungen, welche die Bedeutung protonationaler oder religiöser Zugehörigkeiten sowie die absolute

Konkurrenz zwischen verschiedenen Missionsunternehmungen voraussetzen, entschieden zu kurz. Zwar kann die Existenz solcher Spannungen nicht negiert werden, allerdings ordneten die Missionare diese der praktischen Notwendigkeit, auf ihrer Reise voranzukommen, unter. So schliessen sie z. B. bei Kapuzinern, liessen sich von einem Juden Empfehlungsschreiben ausstellen oder reisten auf einem Schiff der protestantischen englischen *East India Company*. Zur Kurie pflegten die beiden Missionare trotz sichtbarer Spannungspotentiale in diesem Fall ein ungestörtes Verhältnis.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass globale Mobilität im 18. Jahrhundert von Ereignissen und Bedingungen geprägt war, welche die Akteure zur Flexibilität zwangen. Im vorliegenden Fall waren diese zu solcher Flexibilität bereit. Mit Blick auf die Beziehungen mit Personen unterschiedlicher Konfession und Religion legten Louis und Méyère trotz vielfach greifbarer Spannungen eine beachtliche Ambiguitätstoleranz an den Tag. Daneben konnte festgestellt werden, dass die Welt im 18. Jahrhundert bereits so integriert war, dass die beiden Missionare die Möglichkeit hatten, z. B. mit Blick auf die Route verschiedene Alternativen zu nutzen.



Tim Sollberger

Jugendunruhen im Zürich der 1980er Jahre in den Fotografien von Olivia Heussler

Masterarbeit bei PD Dr. Francesca Falk

Zu den Jugendunruhen in Zürich in den frühen 1980er Jahren wurden bereits verschiedene Arbeiten geschrieben. Der grösste Teil der Arbeiten befasste sich mit schriftlichen Quellen. Die Masterarbeit wollte durch den Fokus auf bildliche Quellen einen alternativen Zugang zu diesem Thema finden. Dazu wurden Fotografien von Olivia Heussler als Quellengrundlage verwendet. Heussler, die als freie Fotografin der Jugendbewegung nahe stand, erschuf ein privates Archiv mit unzähligen Bildern der Jugendunruhen in Zürich. Aus diesem privaten Archiv wurden 42 Bilder für den Forschungsprozess ausgewählt. Diese 42 Bilder wurden in 14 Bildserien (Bilder desselben Tages)

zusammengeschlossen. Diese 14 Bildserien verteilten sich über den Untersuchungszeitraum der Jugendunruhen zwischen Mai 1980 und Januar 1982. Die 14 Bildserien wurden anhand der wissenschaftlichen Literatur in fünf Phasen aufgeteilt. Die Bilder wurden nach einer gewissen Systematik miteinander verglichen, um gemeinsame „Ausagen“ zu entdecken. Anhand der Auswertung der Bilder wurden die gesellschaftlichen Gräben, die den Jugendunruhen zugrunde lagen, herausgearbeitet. Dabei fiel vor allem ein anderes Verständnis der Demokratie seitens der Jugendbewegung auf. Ausserdem konnte man die Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum und ein Benennen der

Problematik der Wohnungspolitik in der Stadt Zürich erkennen. In einem weiteren Schritt wurde auf die Darstellung der Bewegung selbst eingegangen. Diese wurde vor allem als Menschenmasse dargestellt. Einzelne Akteur:innen erhielten auf den untersuchten Bildern nur wenig Aufmerksamkeit. Die Jugendbewegung wurde als eine Einheit dargestellt. Jedoch konnten während der Gesamtheit des Untersuchungszeitraums mehrere Veränderungen in der Darstellung der Jugendbewegung gezeigt werden. Die meisten dieser Veränderungen korrelierten damit, ob das geforderte autonome Jugendzentrum zum Zeitpunkt der Aufnahmen geöffnet war oder nicht. Das autonome Jugendzentrum wurde im Untersuchungszeitraum zweimal geöffnet und dreimal geschlossen, was grosse

Unterschiede in der Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung mit sich zog. Es konnte gezeigt werden, dass die Bewegung in den Phasen, als das autonome Jugendzentrum geschlossen war, vor allem auf Grossdemonstrationen setzte, während in den Phasen, in welchen das autonome Jugendzentrum geöffnet war, vor allem kleinere, kreative Aktionen durchgeführt wurden. Diese Aktionen wurden von einem kleineren Teil der Bewegung getragen als die Grossdemonstrationen. Es wurde entsprechend die These aufgestellt, dass ein Teil der Jugendbewegung sich nur den Aktionen anschloss, solange die (Wieder-)Eröffnung des autonomen Jugendzentrums die zentrale Forderung der Bewegung war.



Nino Spycher

„Wer verriet uns nie? – Daniele Jenni!“

Eine politische Biografie

Masterarbeit bei Dr. Juri Auderset

Am 11. Oktober 2007 hielt das „Komitee Schwarzes Schaf“ in Bern eine Medienkonferenz ab. Dabei äusserte sich das Komitee zu den Ausschreitungen, die im Rahmen einer Kundgebung gegen einen von der SVP organisierten Umzug durch Bern stattgefunden hatten. Die Gegenkundgebung war von den „schwarzen Schafen“ organisiert und durch die Polizei nicht bewilligt worden. Internationale Medien wie der Spiegel oder die New York Times berichteten über die Vorfälle auf dem Bundesplatz. Die Ausschreitungen am 6. Oktober wurden auch in der Schweizer Öffentlichkeit viel diskutiert. Der Berner Aktivist, Anwalt und Politiker Daniele Jenni war als Mitorganisator der Gegenkundgebung an der Medienkonferenz präsent. Für seine Aussagen, die SVP hätte die Ausschreitungen provoziert und der Gegenprotest sei nicht zu verurteilen, sondern als „legitime[r] ziviler Widerstand“ zu verstehen, erntete Jenni Kritik. Als grüner Stadtrat sah er sich mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Einzelne Grüne versuchten, bei der Mutterpartei einen Parteiausschluss Jennis zu erreichen, allerdings ohne Erfolg. Wenige Wochen später erlag der 58-Jährige Jenni den Folgen

seiner Krebserkrankung. Aus dem Umfeld der Berner Reitschule wurde ein Trauermarsch organisiert, an welchem mehrere hundert Personen teilnahmen. An diesem wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Wer verriet uns nie? – Daniele Jenni!“ getragen. Jenni war als Aktivist in der ausserparlamentarischen linken Szene der Stadt Bern populär.

Die Geschichte des linksalternativen Milieus und der neuen sozialen Bewegungen, die aus den vielfachen Aufbrüchen der „1968er Jahre“ hervorgingen, ist in den letzten Jahren vermehrt ins Blickfeld historischer und sozialwissenschaftlicher Forschung gerückt. Insbesondere im Forschungskontext der Bundesrepublik Deutschland haben u.a. Sven Reichardt und Detlef Siegfried eine dezidiert zeithistorische Forschung zu alternativen Lebensformen und Protestpraktiken entwickelt. Diese setzt sich sowohl von den zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Analysen wie auch von den stark erinnerungshistorisch geprägten Selbstverortungen der Akteur:innen der jeweiligen Bewegungen ab. In der zeithistorischen Forschung zum alternativen Milieu in der Schweiz sind ähnliche Einflüsse der neuen Politikgeschich-

te, einer Kulturgeschichte des Politischen oder der historischen Bewegungsforschung erst schemenhaft zu erkennen.

Diese Masterarbeit setzt an diesem Punkt an und untersucht das politische Engagement des Berner Anwalts, Aktivisten und Politikers Daniele Jenni (1949–2007). Die Arbeit analysiert, wie Jenni als prägende Figur des Berner alternativen Milieus seit den späten 1960er Jahren in politische Bewegungen und Kontroversen involviert war. Dabei werden Themen betrachtet, denen Jenni besondere Aufmerksamkeit schenkte. Zudem geht die Arbeit auf konstruierte und gelebte Subjektivitätskonzepte von Authentizität in linken Milieus ein. Die Arbeit kontextualisiert Jennis Engagement nicht nur im Rahmen der 68er-Bewegung, sondern auch in Bezug auf die jurassische Unabhängigkeitsbewegung, die Anti-Atom-Bewegung, die Bewegung der WEF-Gegner:innen und die Bewegung der „Unzufriedenen“ der 1980er Jahre. Insbesondere werden Jennis Verbindungen zu diesen Gruppierungen beleuchtet, um seinen politischen Aktivismus im zeithistorischen Kontext zu verstehen.

Die Untersuchung basiert hauptsächlich auf dem Nachlass von Daniele Jenni im Staatsarchiv

Bern. Der Nachlass umfasst rund 35 Archiveinheiten und bietet Einblicke in Manuskripte, Prozessesakten, Staatsschutz-Fichen und Korrespondenz, die eine detaillierte Rekonstruktion von Jennis politischem Aktivismus ermöglichen. Zusätzlich wurden Artikel über Jenni und sein Engagement in lokalen und regionalen Zeitungen als Quellen herangezogen, um die öffentliche Resonanz seines politischen Handelns zu beleuchten. Den biografischen Ansatz versteht die Arbeit nach Thomas Etzemüller als „Sonde“, um „breitere gesellschaftspolitische Entwicklungen besser zu verstehen“ und die „sozialen und politischen Bewegungen“ zu betrachten, in denen Jenni aktiv war.

Anhand dieser Quellen- und Methodengrundlagen ist eine Arbeit entstanden, welche Daniele Jennis Aktivismus gründlich aufarbeitet und diesen im breiteren Kontext aktivistischer Bewegungen Berns und der Schweiz situiert. Dabei zeigt sich die Komplexität seiner Person und seines Lebens: während sich einige Eigenschaften Jennis als konstant erweisen – beispielsweise sein Gerechtigkeitsinn und die damit einhergehende Unnachgiebigkeit in seinem politischen Kampf – zeigt die Biografie in anderen Belangen die Veränderungen in Jennis Weltbild und Verhalten auf.



Nicolas Steiner

Olympia 1936

Die schweizerische Haltung gegenüber dem NS-Regime im Spiegel eines sportlichen Grossevents

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Die vorliegende Masterarbeit befasst sich mit den Olympischen Spielen 1936 in Berlin, welche die nationalsozialistische Führung für Propagandazwecke missbrauchte. Anhand dieses als Spiegel genutzten Sportevents untersucht sie die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem NS-Regime. Olympische Spiele oder andere grosse Sportanlässe stehen in jüngerer Zeit wiederholt mit dem Vorwurf des „Sportwashing“ in der Kritik. Die Untersuchung geht folglich auf den Umstand ein, dass dies kein neues Phänomen ist und befasst sich mit einem bisher wenig beachteten Thema rund um die Beziehungen zwischen der Schweiz und

Deutschland in der Zeit zwischen der Machtübernahme Hitlers und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. Ziel der Arbeit ist es, anhand der Olympischen Spiele die Positionierung der Schweiz zu Deutschland im Jahr 1936 auszumachen und damit zur Sensibilisierung der politischen Bedeutung von grossen Sportanlässen beizutragen. Mit ihrem Untersuchungsdesign unterscheidet die Arbeit dabei bewusst zwischen der offiziellen Haltung der Bundesregierung und der Haltung einer medialen Öffentlichkeit, wobei sie sich jeweils auf unterschiedliche Quellentypen stützt. Während offizielle Dokumente aus der Bundesverwaltung

die offizielle Perspektive aufzeigen, legt der Autor mit Blick auf die mediale Öffentlichkeit eine Analyse von vier Deutschschweizer Zeitungen vor, nämlich der Neuen Zürcher Zeitung, des Bund, des Vaterland sowie der Berner Tagwacht. Damit versucht die Arbeit auch unterschiedliche politische Milieus in den Blick zu nehmen. Sowohl die offizielle Schweiz wie auch ein Grossteil der bürgerlichen Presse verfolgten einen ausgesprochenen Neutralitätskurs. Dagegen war die Haltung des sozialdemokratisch wählenden Teils der Bevölkerung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland wesentlich kritischer, wie die Analyse der Berner Tagwacht zeigt. Sicherlich spielte dabei auch das Machtungleichgewicht zwischen Deutschland und der Schweiz eine wichtige

Rolle. Die Regierung wie die dieser nahestehenden bürgerlichen Zeitungen hielten sich bewusst mit deutlicher Kritik am NS-Regime zurück. Eine Ausnahme bildete dabei für das konservative Vaterland einzig der Punkt der Religion, in welchem auch sie Kritik am NS-Regime äusserte. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Regierung wie auch die regierungsnahen bürgerlichen Parteizeitungen sich wohl stärker zurückhielten als dies ihrer Wähler- beziehungsweise Leserschaft mit Blick auf das politische Regime entsprach. Der Sport und dessen Inszenierung eignete sich zudem nur begrenzt als ein Feld für Kritik am NS-Regime, da hier Unterschiede weniger gewichtig waren als in anderen Feldern.



Marco Stirnemann

Falschmünzerei im Berner Oberland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1803–1848)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Am 9. Juli 1810 fällte das Oberste Appellationsgericht des Kantons Bern sein Urteil gegen 18 Männer aus der Umgebung von Meiringen. Ihr Vergehen: Falschmünzerei. Gemessen an der Anzahl beteiligter Personen handelt sich dabei um den grössten Fall von Falschmünzerei, der zwischen 1803 und 1848 im Berner Oberland entdeckt werden konnte. In den anderen Fällen desselben Zeitraumes waren stets deutlich weniger Personen involviert gewesen. Allerdings zeigt sich auch hier, dass an der Herstellung und Ausgabe falscher Geldstücke fast immer mehrere Personen beteiligt waren. Einzeltäterinnen und Einzeltäter gab es nur wenige. Stattdessen waren es meist Gruppen von zwei bis drei Personen gewesen, welche gemeinsam falsche Münzen verfertigten und in Umlauf setzten. Eine Beobachtung, welche auch den Ausgangspunkt für die hier vorliegende Forschungsarbeit darstellte. In dieser wurde der Frage nachgegangen, weshalb es sich bei Falschmünzerei oft um ein Gruppendelikt handelte und wie man sich die gemeinsame Vorgehensweise der Falschmünzer:innen genau vorstellen kann.

Um dies zu beantworten, wurden verschie-

dene Gerichtsakten zu insgesamt 30 Fällen von Falschmünzerei untersucht. Darunter Verhörprotokolle, Urteilsverkündungen sowie diverse Korrespondenzschriften. Konkret wurden dabei jene 30 Fälle betrachtet, welche zwischen 1803 und 1848 von einem der sieben Amtsgerichte des Berner Oberlandes beurteilt wurden und bei welchen die Falschmünzer:innen zuvor wenigstens einen Teil der falschen Münzen ebenfalls im Oberland hergestellt hatten. Im Zuge dieser Fälle wurden insgesamt 114 Personen wegen Falschmünzerei verurteilt. Ihre protokollierten Aussagen geben dabei Aufschluss über ein Delikt, zu dessen Erscheinungsformen im 19. Jahrhundert bislang nur wenige Forschungsarbeiten erschienen sind.

Anhand der besagten Quellen konnte schliesslich herausgefunden werden, dass Falschmünzer:innen oftmals wegen fehlender Ressourcen zu einem gemeinsamen Vorgehen gezwungen waren. Entweder fehlte es ihnen am notwendigen handwerklichen Fachwissen, um Münzen herzustellen oder sie verfügten nicht über das erforderliche Material und Werkzeug dazu. Wer wusste, wie man falsche Geldstücke anfertigen würde, tat sich des-

halb mit jemandem zusammen, der über Zugang zum benötigten Material verfügte und umgekehrt. Abgesehen von einem solchen Mangel an Ressourcen, lässt sich die Zusammenarbeit von Falschmünzer:innen aber auch durch die gemeinsame Wohn- oder Arbeitssituation erklären. So gab es Menschen, welche mit dem Giessen oder Prägen von Geldstücken das Interesse ihres näheren Umfeldes weckten und welche ihr Vorhaben daraufhin mit den Mitgliedern ihres Haushaltes oder ihrer Werkstätte in die Tat umsetzten.

Gemessen an der Qualität der falschen Geldstücke waren die im Berner Oberland aktiv gewesenen Falschmünzer:innen in der Regel nicht sehr erfolgreich. Die meisten von ihnen wurden bereits kurz nach der ersten Ausgabe ihrer Münzen angezeigt und verhaftet. In jenen Fällen, in welchen die Beteiligten für mehrere Monate oder gar Jahre einer Anzeige entgehen konnten, zeigt sich aber, dass Falschmünzerei nie eine längere Zeit am Stück betrieben wurde. Die Menschen gingen nur während weniger Stunden, Tagen oder Wochen der Herstellung falscher Geldstücke nach, bevor sie das Vorhaben für unbestimmte Zeit wieder ruhen liessen. Auch zeigt sich, dass sich die Falschmünzer:innen im Laufe der Zeit immer wieder mit anderen Personen zusammentaten, um dem Giessen

oder Prägen von Münzen nachzugehen. Es waren längerfristig also nie die gleichen Personen gewesen, welche miteinander Falschmünzerei betrieben hatten. Aus diesem Grund mag es auch etwas befremdlich erscheinen, wenn gewisse Gruppen von Falschmünzer:innen in den Quellen als *Banden*, *Gesellschaften* oder *Societäten* bezeichnet werden. Schliesslich handelte es sich bei denselben nicht etwa um eingeschworene Gemeinschaften mit einem ausgeprägten Gruppenzusammenhalt, sondern eher um lose und zeitlich begrenzte Zusammenschlüsse. Allerdings wird damit auch gleich ein Sachverhalt aufgezeigt, der bislang vor allem im Zusammenhang mit historischen Räuberbanden festgestellt werden konnte. Nämlich, dass die Verwendung von Begrifflichkeiten wie *Banden* oder *Gesellschaften* primär der Vereinfachung von komplexen Beziehungsmustern diene und nicht zwingend auf kriminelle Vereinigungen mit klaren Organisationsstrukturen hinweisen musste. Auch die als *Bande* oder *Societät* bezeichneten 18 Männer aus Meiringen gaben sich nicht alle gleichzeitig und gemeinschaftlich mit dem Giessen falscher Münzen ab. Stattdessen handelte es sich bei ihnen um Falschmünzer, die in wechselnden Zusammensetzungen von jeweils zwei bis sechs Personen der Verfertigung von Geldstücken nachgingen.



Helena Stucki

Vom Frauenhilfsdienst zum Militärischen Frauendienst

Die fortschreitende Integration von Frauen in der Schweizer Armee – eine geschlechtergeschichtliche Betrachtung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Bundesrätin Viola Amherd, die Vorsteherin des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, legte im Jahr 2021 ein ehrgeiziges Ziel für das Schweizer Militär fest: Bis zum Jahr 2030 soll der Frauenanteil in der Armee bei 10% liegen (aktuell liegt er bei knapp einem Prozent). Eine speziell ab 2022 eingerichtete Fachstelle mit dem Namen „Frauen in der Armee und Diversity“ wird sich darauf konzentrieren, dieses Ziel zu verwirklichen. Damit ist die Diskussion über die Rolle von Frauen in der Schweizer Armee wieder lanciert.

Im Verlauf der Zeit hat sich die Rolle der Frauen in vielen Bereichen, einschliesslich der Landesverteidigung und dem Militär, weiterentwickelt. Historisch war die Schweizer Armee hauptsächlich von Männern geprägt. Frauen hatten aufgrund traditioneller Geschlechterrollen und gesellschaftlicher Normen begrenzten Zugang. In den letzten Jahrzehnten hat sich dies geändert und Frauen sind heute in allen Bereichen der Armee zugelassen.

Ein bedeutender Schritt in diese Richtung war die Überführung des Frauenhilfsdienstes (FHD) in den Militärischen Frauendienst (MFD) im Jahr

1986. Die vorliegende Masterarbeit hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung der Stellung von Frauen in der Schweizer Armee von der Nachkriegszeit bis zur Einführung des Militärdienstes für Frauen (MFD) im Jahr 1986 zu untersuchen. Die geschlechtergeschichtliche Perspektive stand dabei im Fokus und es wurde ein Zeitraum beleuchtet, der in der bisherigen Forschung wenig Beachtung fand. Im Verlauf der Analyse des Übergangs von FHD zum MFD wurden sowohl die Entwicklungen auf institutioneller Ebene als auch die dominierenden Diskussionsthemen und deren zugrunde liegende Argumente herausgearbeitet. Durch die geschlechtergeschichtliche Perspektive konnten nicht nur Fakten erarbeitet, sondern auch eine Einordnung vorgenommen werden, die die Rolle der Frau in der Gesellschaft dieser Zeit berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Einführung des MFD im Jahr 1986 nur begrenzte Veränderungen in der Stellung der Frauen in der Armee stattgefunden haben. Insbesondere die Loslösung vom Hilfsdienst und die Umbenennung von FHD zu MFD stiessen auf Widerstände und wurden lange hinausgezögert. Die Teilrevision der Militärordnung (MO) in den 1980er Jahren und die Schaffung eines eigenen Artikels für die Stellung der Frau in der Armee waren jedoch entscheidende Schritte für die Zukunft.

Die Diskussionen, die über die Jahre hinweg geführt wurden, zeigten verschiedene zentrale Punkte auf. Die Loslösung vom Hilfsdienst und die Namensänderung waren besonders umstritten, wobei die Frage nach gleichen Graden, militäri-

schen Anreden und dem Rang der neuen Chefin MFD ebenfalls für Debatten sorgte. Die Analyse dieser Diskussionen offenbarte, dass der Wunsch nach Veränderung und die Initiative dazu oft von Seiten der Frauen im FHD/MFD kamen, während die Umsetzung von Armee und Verwaltung verzögert wurde.

In den Debatten wurden verschiedene Argumente verwendet, darunter das der Gleichberechtigung, das aber nicht ohne die Betonung der Unterschiede zwischen Mann und Frau blieb. Andere häufig genannte Argumente waren der Beitrag zur Lösung des Bestandsproblems und die Befürchtung einer Militarisierung der Frau. Diese Sorge wurde sowohl von konservativen als auch von linken Kreisen geäußert, wobei unterschiedliche Hintergründe erkennbar waren.

Die Einführung des MFD 1986 markierte einen wichtigen Schritt zur Gleichberechtigung der Frauen in der Armee, obwohl die konkret erreichten Elemente zunächst bescheiden erschienen. Frauen waren erstmals nicht mehr im Hilfsdienst angesiedelt, sondern Teil der Armee und konnten bis in hohe Stufen gleiche Grade erreichen. Der Übergang zum MFD und die Teilrevision der MO legten die Grundlage für weitere Entwicklungen in Richtung Gleichberechtigung.

Die Forschung zu Frauen in der Schweizer Armee wies bislang eine erhebliche Lücke ab 1945 auf, die durch diese Arbeit zumindest teilweise geschlossen werden konnte. Es bleibt jedoch Raum für weitere Untersuchungen, insbesondere im Hinblick auf den Alltag der MFD-Angehörigen und die Wahrnehmung des Übergangs von Seiten der Frauen selbst.



Humboldt unter den Herrschenden

Alexander von Humboldts Verhältnis zu König Friedrich Wilhelm IV. und Präsident Thomas Jefferson

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Alexander von Humboldt (1769–1859) pflegte während seines gesamten Lebens nicht nur Kontakte zu anderen Forschenden, Liberalen, Intellektuellen und Kunstschaffenden, sondern unterhielt auch enge Beziehungen zu Herrscherfiguren. Oftmals waren deren politische und soziale Einstellungen und Ziele genau zu jenen Alexander von Humboldts entgegengesetzt, der bereits in seinen Jugendjahren eine durch aufklärerische Leitbilder geprägte Erziehung und Bildung genoss, wodurch sich ein gefestigtes spätaufklärerisches Leitbild in ihm manifestierte, das sich durch die Französische Revolution und Reisen nochmals festigte. Dennoch scheute er nicht die Herrschernähe, sondern suchte sie aktiv auf, um unter anderem seine wissenschaftlichen Ziele verfolgen zu können.

In Humboldts Netzwerken zu Herrschenden bestechen zwei Bekanntschaften, die sich in ihrer Modalität und in der Kommunikation und Nähe klar voneinander unterscheiden. Das Ende seiner Expedition durch Amerika (24. Mai bis 30. Juni 1804) beschloss Humboldt mit einem Besuch der Vereinigten Staaten. Es kam zum Treffen mit Präsident Thomas Jefferson, der trotz seines Standes als Sklavenhalter ein Verfechter aufklärerischer und liberaler Ideen war. Humboldt traf auf einen Herrscher, der sich auf dieselben Prinzipien stützte, die er selbst zu vertreten glaubte.

Die zweite Bekanntschaft unterschied sich fundamental von Humboldts Verhältnis zu Thomas Jefferson. Sie war jene zum Kronprinzen und späteren König Friedrich Wilhelm IV. von Preussen, dessen Denken altständisch, konservativ und romantischer Prägung war. Humboldt wurde als Kammerherr an den Monarchen und Preussischen Hof gebunden, wobei Friedrich Wilhelm IV. grosses Interesse an der Gesellschaft Humboldts zeigte. Dieses Interesse manifestierte sich in Diskussionen über Literatur, Kunst, Architektur oder die politische Zukunft Preussens. Daher sah sich Humboldt häufig in einer Rolle, die weniger mit kammerherrlichen Pflichten und mehr mit der eines Diskussions- und Gesprächspartners zu tun

hatte.

Der Fokus der Arbeit liegt also auf den Beziehungen Alexander von Humboldts zu Präsident Thomas Jefferson und König Friedrich Wilhelm IV. Hierbei interessiert die Nähe, welche Humboldt zu den beiden Herrschern hatte und der Nutzen, der sich in deren Beziehung zueinander für die involvierten Akteure manifestierte.

Mit beiden Herrschern führte Humboldt Briefkontakt und interagierte in symbolisch aufgeladenen und politischen sowie streng hierarchischen und performativen Räumen. Um sich diesen Themen zu nähern, wird Humboldts Bezug zum sich ausdifferenzierenden System der Naturwissenschaften, den wissenschaftlichen Institutionen sowie das partikulare Spannungsverhältnis eben genannter zum System der Politik in Preussen beleuchtet. Auch wird der Stand des preussischen Adels im 19. Jahrhundert, dem Humboldt angehörte, und der Hof als kommunikativer, prestigeverleihender und performativer Raum untersucht.

Das für die Arbeit verwendete Quellenkorpus besteht aus ediertem Briefmaterial zwischen den drei Akteuren sowie Humboldts engerem Bekanntenkreis in Berlin. Das Korpus enthält zudem vereinzelt Briefe aus der neu erschienenen Berner Ausgabe der *Sämtlichen Schriften von Alexander von Humboldt*. Methodisch-konzeptionell werden das Verhältnis, die Vernetzung und Handlungslogik von Humboldt im Kontakt mit Friedrich Wilhelm IV. und Thomas Jefferson durch Pierre Bourdieus (1930–2002) Habitus-Theorie und die verschiedenen Kapitalsorten (ökonomisches Kapital, soziales Kapital, kulturelles Kapital und kumulatives symbolisches Kapital) veranschaulicht und erklärt.

Die Ergebnisse der Arbeit zeichnen ein ambivalentes und vielschichtiges Bild von Humboldts Verhältnis zu den Herrschern Thomas Jefferson und Friedrich Wilhelm IV. Während Humboldt mit dem gleichgesinnten, aufklärerisch geprägten Präsidenten und Wissenschaftler Thomas Jefferson einen eher utilitaristischen, d.h. zweckorientierten,

Kontakt pflegte, der sporadisch stattfand, entwickelte er zu Friedrich Wilhelm IV. eine tiefere und gefühlsbetonte Beziehung, die nicht allein durch Humboldts verpflichtende Anstellung zu erklären ist. Humboldt nutzte die ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen, um die Förderung der Wissenschaften voranzutreiben. Dabei zeigte er die Fähigkeit, Kompromisse einzugehen oder in po-

litischen Settings zu arbeiten, die nicht mit seinen eigenen Überzeugungen übereinstimmten. Zudem bewahrte er seinen adeligen Status und nutzte seinen Titel, um seinen Anliegen eine grössere Bedeutung zu verleihen. Humboldt demonstrierte durchaus einen gewissen Pragmatismus, um seine Ziele zu erreichen.



Kevin Vautrot

Eine Eisenbahn für Erlach: „Jetzt oder Nie!“

Eine historische Policy-Analyse des Scheiterns der Eisenbahnbauprojekte im Raum Erlach zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich mit dem Scheitern einer Reihe von Eisenbahnprojekten im Raum Erlach zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Ein Grossteil des verfügbaren Quellmaterials bestand aus Dokumenten, die im Zusammenhang mit politischen Prozessen zwischen der Gemeinde, dem Kanton und dem Bund entstanden sind. Eine Vielzahl von Akten aus dem Gemeindearchiv von Erlach, dem Staatsarchiv des Kantons Bern und dem Bundesarchiv bildete entsprechend das Quellenkorpus.

Weil mit den vorliegenden Quellen die Untersuchung von politischen Prozessen im Vordergrund stand, bot es sich an interdisziplinäre Ansätze aus den Politikwissenschaften heranzuziehen, nämlich die beiden Modelle des Policy Cycle und des Multiple Streams Ansatzes. Damit stand ein theoretisch-methodisches Framework zur Verfügung, welches der Autor für die Analyse an die konkreten Gegebenheiten einer historischen Arbeit anpasste.

Inhaltlich setzt die Arbeit ihren Beginn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als sich die Rahmenbedingungen für die Gemeinden mit Blick auf die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie in Folge der Juragewässerkorrektion und den im Seeland damit verbundenen verbesserten Bedingungen grundlegend veränderten. In Erlach und Umgebung entstand ein zunehmendes Bewusstsein für die Bedeutung einer besseren Verkehrsanbindung. Im übrigen Amtsbezirk waren bereits mehrere

Eisenbahnbauprojekte in Planung oder befanden sich bereits in Umsetzung. Das führte schliesslich auf lokaler Ebene zur Bildung von Interessensorganisationen, die sich dafür einzusetzen begannen, eine Eisenbahnverbindung nach Erlach auf die politische Agenda zu bringen.

In der Analyse zeigte sich in der Folge, an welchen Stellen des Policy Cycles eines jeweiligen Projektes aus welchen Gründen Probleme auftauchten. So gab es zum Beispiel politischen Widerstand in der Region. Einen Bau einer Linie Ins-Erlach-Le Landeron stand gegen die Interessen der Gemeinde La Neuveville, weil sie dadurch einen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust gegenüber Le Landeron befürchtete. Wirtschaftliche und teilweise auch überregionale Aspekte spielten aber auch immer wieder eine Rolle. Das galt beispielsweise für Diskussionen über Verknüpfungen mit Bahnlinien von Bern nach Neuchâtel, von Freiburg nach Neuchâtel oder von Biel über Täuffelen nach Ins sowie für Projekte, die auch das Plateau de Diesse in die Planung miteinbeziehen wollten. Topographische und (linien-) technische Fragen führten ebenfalls immer wieder zu Diskussionen. In einem Fall – ganz zu Beginn – kam es sogar zu einem Rechtsverfahren, weil sich die Initianten des Komitees aus Erlach mit dem zuständigen Ingenieur zerstritten. Die technologische Entwicklung führte ebenso zu Anpassungen. Dazu gehörte eine Umstellung von einem Normalspurbahnprojekt auf ein Schmalspurbahnprojekt, was wieder-

um Projektanpassungen erforderlich machte und weitere zeitliche Verzögerungen zur Folge hatte. Es erstaunt daher wenig, dass die Bahnprojekte nur langsam vorankamen und die Verantwortlichen immer wieder eine Verlängerung der erteilten Konzession beantragen mussten.

Kurz vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges schien es dann, dass das Bahnprojekt nun doch endlich realisiert werden könne, wenn auch nur zwischen Ins und Erlach, während eine Weiterführung nach Le Landeron und/oder La Neuville vorerst zurückgestellt wurde. Im Frühsommer 1914 sprach sich die Gemeindeversammlung von Erlach

bereits für die Umsetzung des Projekts aus und genehmigte die entsprechenden Gelder. Die anderen Gemeinden hätten im Verlauf des Herbstes 1914 folgen sollen, doch dazu kam es angesichts der Mobilmachung und der damit veränderten Problemlage der Gemeinden nicht mehr. Das Komitee aus Erlach verlängerte zwar die Konzession noch bis in die Mitte der 1920er Jahre, das Projekt hatte aber durch den Krieg den entscheidenden Rückschlag erlitten. Schliesslich führte dieser zusammen mit der Entwicklung von Buslinien an dessen Ende dazu, dass nie eine Bahn nach Erlach gebaut wurde.



Felix Vögeli

Zwischen Kehrtwende und Kontinuität. Die Sanktionspolitik der Schweiz in den 1990er Jahren

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sacha Zala

Am 7. August 1990 beschloss die Schweizer Regierung erstmals die offene und vollständige Beteiligung der Schweiz an Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen. Mittels einer weltweiten Handels- und Finanztransaktionssperre sollte Iraks Führung dazu gebracht werden, ihre Truppen aus dem am 2. August 1990 besetzten Nachbarland Kuwait abzuziehen. Innerhalb der Schweiz stiess der Entscheid des Bundesrates auf breite Zustimmung. Die Iraksanktionen lösten aber eine Debatte über die Schweiz aus, denn in der Vergangenheit hatten Bundesrat und Politik die Beteiligung der Schweiz an Wirtschaftssanktionen aufgrund von Prinzipien wie der Neutralität und der Universalität ausgeschlossen. Der Widerspruch zwischen den mitgetragenen Iraksanktionen einerseits und der weiterhin unbeteiligten Haltung gegenüber dem Südafrikaembargo andererseits sorgte für Erklärungsbedarf. Die Reaktionen aus dem Nationalrat zeigten, dass nicht der Entscheid kontrovers war, sondern die daraus gezogenen Schlussfolgerungen. Was hatte der Entscheid für die Schweiz, für die Handhabung von zukünftigen Sanktionsfällen und am allermeisten für die schweizerische Neutralität zu bedeuten? Ein Begriff, mit wenig rechtlichem Inhalt, aber umso mehr politischen Vorstellungen zu dessen Bedeutungsgehalt.

Die Sanktionen gegen den Irak waren nur die ersten einer generellen Zunahme von internationalen Sanktionsbeschlüssen der Vereinten Nationen und anderen multilateralen Organisationen. Nach dem Ende des Kalten Krieges kam dieses aussenpolitische Instrument weit häufiger zum Einsatz. In der vorliegenden Arbeit wird anhand der Akten der Regierung und des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten untersucht, wie die Schweizer Sanktionspolitik in den 1990er Jahren gestaltet wurde, um dieser Herausforderung zu begegnen. Besonders ins Blickfeld genommen wird dabei, wie diese gegenüber dem In- und Ausland begründet und kommuniziert wurde. Welche politischen Diskurse wurden dabei aufgenommen und wie begegneten Regierung und Bundesverwaltung politischen Diskursen, die einer aktiveren Sanktionspolitik behindern konnten? Neben den Quellen aus dem Bundesarchiv beruht die Recherche auf den publizierten Quellen der *Digital Library* der Vereinten Nationen, den Schweizer Amtsdrukschriften und zeitgenössischen Medienbeiträgen. Aus diesen Dokumenten besonders hervorzuheben sind das Protokoll der Nationalratsdebatte vom 24.9.1990, der Schlussbericht der Studiengruppe zu Fragen der Neutralität und der Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in

den 1990er Jahren, welcher im November 1993 erschien.

Es wird gezeigt, dass die Beteiligung an Wirtschaftssanktionen in der Bundesverwaltung im Kontext der Vorbereitungen auf die europäische Integration schon 1989 konzeptuell angedacht worden war und im August 1990 innert sehr kurzer Frist umgesetzt wurde. Die Beteiligung an nicht-militärischen Sanktionen der UNO entwickelte sich in den 1990er Jahren zur ständigen Praxis der Schweiz. Die Gründe für den sanktionspolitischen Wandel lagen im Wandel des aussenpolitischen Umfelds am Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Zukunftserwartung. Im funktionierenden System der kollektiven Sicherheit war die Beteiligung an den Sanktionen der Vereinten Nationen ein Beitrag an den internationalen Frieden und die kollektive Sicherheit der Weltgemeinschaft. Gleichzeitig sollte sich die Schweiz in ein friedliches und demokratisches Europa einbringen. Begründet wurde die Beteiligung an den Sanktionen jeweils mit einer Variante des Solidaritätsdiskurses, eine Solidarität, die sich an die internationale Staatengemeinschaft richtete. Nicht Teil der Argumentation waren diejenigen, für welche die Sanktionen mittel- bis langfristig

Erleichterung verschaffen sollten.

Mit Abstand am meisten setzten sich die Akteure der Bundesverwaltung aber mit dem Neutralitätsdiskurs auseinander. In besonderem Masse galt das für die Direktion für Völkerrecht. In der Vergangenheit durch die Geistige Landesverteidigung aufgebläht und zum Identitätsmerkmal der Schweiz erhoben, bildete der Neutralitätsdiskurs gegenüber einer aktiveren Sanktionspolitik ein innenpolitisches Hindernis. So fanden sich die Bundesbehörden in der Situation wieder, mit verschiedenen Bewältigungsstrategien, bezeichnet als „Informationsauftrag“, dem diskursiven Hindernis zu begegnen. Zu diesen gehörte das Sprechen über die Kontinuität der Neutralität und die zunächst noch neutralitätsrechtlichen Handhabung von militärischen Zwangsmassnahmen der UNO. Vor allem aber wurde immer wieder die Interessenslage der Schweiz erläutert, die für eine Beteiligung an kollektiven Sanktionen sprach, sei es als Beitrag zum Funktionieren des Systems kollektiver Sicherheit, sei es zur Vermeidung eines Rufschadens oder um eine Positionierung für den Rechtsbrecher zu vermeiden. Die Direktion für Völkerrecht entwickelte dafür die Formel: „Neutralitätspolitik ist Interessenpolitik“.



Stefan Weber

Verkehrserleichterung oder Verschandelung der Münsterplattform?

Die Erstellung des Mattelifts 1888–1897. Ein Personenlift im Spannungsverhältnis zwischen Fortschritt und Widerstand.

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Täglich ist der Mattelift an der Münsterplattform in Betrieb und bietet durch seinen Standort eine bequeme sowie direkte Verkehrsverbindung zwischen der Matte und den oberhalb gelegenen Stadtteilen. Die Fahrt – rund 30 Meter Höhendifferenz überwindend – dauert nur wenige Sekunden und erspart ein mühsames Treppensteigen. Der in Bern liebevoll als „Senkeltram“ benannte Lift mit seiner mehr als 125-jährigen Betriebsgeschichte hat sich längst zu einem geschätzten Verkehrsmittel der Stadt entwickelt. Im Gegensatz zur heutigen Selbstverständlichkeit des Liftfahrens musste sich die Gesellschaft am Ende des 19. Jahrhunderts erst

an die Neuartigkeit von Personenliften gewöhnen. Der Mattelift kann als Avantgarde-Projekt verstanden werden, da die Anlage den ersten vollständig elektrisch betriebenen öffentlichen Personenlift der Schweiz verkörperte. Zum Zweck einer direkten Verkehrsverbindung des Mattequartiers bildete sich 1894 ein Initiativkomitee, das an der Badgasse einen elektrischen Aufzug erstellen wollte. Bis der Lift im Jahr 1897 endlich in Betrieb genommen werden konnte, sahen sich die Initianten mit unterschiedlichen Schwierigkeiten konfrontiert. So musste das Komitee unter anderem dem Vorwurf der „Verschandelung“ der Münsterplattform

begegnen und Überzeugungsarbeit für sein Projekt leisten.

Bisher fehlte eine historische Aufarbeitung des Mattelifts. Die Motivation dieser Arbeit besteht darin, die Besonderheiten des Mattelifts in seiner Entstehungsgeschichte aufzuzeigen. Die Arbeit analysiert dabei primär die Argumente für und gegen die Errichtung des Mattelifts in der städtischen Entwicklung Berns am Ende des 19. Jahrhunderts. Ebenfalls untersucht die Studie die Missstände im Mattequartier, welches damals aufgrund der sozialen und hygienischen Zustände als regelrechtes „Elendsviertel“ galt und von den städtischen Behörden lange vernachlässigt wurde. Somit steht die Errichtung des Personenlifts ebenso in engem Zusammenhang mit der sozialen Entwicklung des Mattequartiers.

Der Arbeit zugrunde liegt eine historisch-hermeneutische Herangehensweise. Sie unterzieht die Quellen einer deskriptiven Analyse, diskutiert sie in chronologischer Reihenfolge und ordnet sie nach sozial-, kultur- und unternehmenshistorischen Ansätzen in den zeitlichen Kontext ein. Dabei bilden die Aktenbestände der Mattelift AG aus dem Stadtarchiv Bern und verschiedene Berner Lokalzeitungen aus den 1890er Jahren die Hauptquellen der Untersuchung. Insbesondere die Protokolle des Initiativkomitees, die Verwaltungsratsprotokolle und die Jahresberichte verdeutlichen die Motive, Erfahrungen sowie die Erwartungshaltung der Initianten. Zum anderen geben die Lokalzeitungen aus dem untersuchten Zeitraum Aufschluss über die öffentliche Wahrnehmung und die zeitgenössischen Diskurse. Das *Intelligenzblatt der Stadt Bern*, das *Berner Tagblatt* sowie die *Berner Tagwacht* berichteten ausführlich über das Projekt

Mattelift.

Die Untersuchung zeigt, dass der Mattelift im Kontext der europäischen Liftgeschichte fassbar ist. Wie andernorts in Europa brauchte es eine gewisse Erfahrung in der Gesellschaft, um den Lift als neues Verkehrsmittel zu akzeptieren und die anfängliche Skepsis der Bevölkerung gegenüber einer neuen Technologie zu überwinden. Die Initianten bemühten sich darum, den Aufzug als sichere und effiziente Verkehrsverbindung zu bewerben. Die 1885 erbaute Marzilibahn im Nachbarquartier diente dem Komitee als Vorbild. So wie die Drahtseilbahn im Nachbarquartier die Entwicklung des Quartiers gefördert hat, erhofften sich die Beteiligten, dass der Lift in der Matte ebenfalls die sozialen Zustände verbessern würde. Allerdings begleiteten zahlreiche Probleme die Erstellung des angestrebten Aufzugs. Die Finanzierung gestaltete sich schwieriger als zu Beginn angenommen, die Gemeinde der Stadt Bern und die Bundesbehörden waren wegen der Neuartigkeit des Lifts peinlich genau mit den rechtlichen Auflagen. Daneben warfen konservativ gesinnte Kreise dem Komitee vor, dass der Lift die Münsterplattform verschandle. Die von Polemik geprägte Auseinandersetzung zwischen der Gegnerschaft und dem Initiativkomitee verdeutlicht die sozialen Gegensätze zwischen der Matte und der oberen Stadt. Trotz dieser Widrigkeiten gelang es den Initianten schliesslich, den Mattelift im Jahr 1897 nach mehreren Jahren Planung und einer abenteuerlichen Montage in Betrieb zu nehmen.

In der Berner Zeitschrift für Geschichte (BEZG) ist für die Ausgabe 2025/Heft 1 ein Beitrag zur Geschichte des Mattelifts vorgesehen.



Transkarpatiens Töchter

Erinnerungen von Frauen an die sozioökonomischen Lebensrealitäten in der tschechoslowakischen Podkarpatská Rus, 1930–1939

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Gegenstand der Untersuchung sind weibliche Kindheitserinnerungen an die ausgehenden 1930er Jahre in der tschechoslowakischen Podkarpatská Rus, wobei die Innenperspektiven auf die sozioökonomischen Realitäten und Lebensentwürfe von Frauen unterschiedlicher ethnischer, sozialer und sprachlicher Herkunft untersucht werden.

Im Rahmen des Friedensvertrags von Trianon wurde im Jahr 1920 Transkarpatien (*Zakarpattja*) der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1938) zugeschlagen. Das Machtzentrum in Prag wollte die damals als ökonomisches Hinterland verstandene Region, die unter tschechoslowakischer Oberhand den Namen „Podkarpatská Rus“ tragen sollte, nicht nur politisch in das Land integrieren. Das rural geprägte Gebiet am Fusse der Karpaten sollte auch ökonomisch mit dem wirtschaftlich stärkeren, tschechischen Teil des Landes gleichziehen. Unter dem Vorwand, die Region entwickeln und demokratisieren zu müssen, leitete Prag ein umfassendes Modernisierungsprogramm ein, darunter Reformen in der Landwirtschaft, im Bildungssektor und in der lokalen Verwaltung. Im Zuge dessen wurden tschechische Polizisten, Beamten, Lehr- und Fachkräfte in die Region gesandt. Manche Tschech:innen migrierten aus eigener Initiative in die Podkarpatská Rus, um dort eine Existenzgrundlage aufzubauen.

Die bisherige Forschung hat sich auf die Makrogeschichte der Region konzentriert. Mikrohistorische Ansätze zur Podkarpatská Rus fehlen in der gegenwärtigen Forschungslandschaft jedoch weitgehend. Zudem ist die Geschichtsschreibung von männlich generierten Quellen geprägt. Neben mikrohistorischen Einblicken in den Alltag der Menschen in der Podkarpatská Rus im Allgemeinen fehlen insbesondere weibliche Stimmen. Die Masterarbeit greift somit gleich mehrere Forschungslücken auf und plädiert für neue methodische Zugänge zur Erschließung der Geschichte der Podkarpatská Rus.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Innenperspektiven von Frauen, die ihre Kindheit

und Jugend in der Podkarpatská Rus in den späten 1930er Jahren verbracht haben. Als Quellenmaterial dienen einerseits Interviews mit Zeitzeuginnen in tschechischer Sprache mit ukrainisch/ruthenischen bzw. russinischen, deutschen, jiddischen, russischen und ungarischen Lehnwörtern, andererseits retrospektiv verfasste, publizierte und unpublizierte Selbstzeugnisse in tschechischer, deutscher und englischer Sprache. Der Quellenkorpus berücksichtigt somit Zeugnisse von zwölf Frauen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, sozioökonomischer und sprachlicher Herkunft und bildet damit ansatzweise die Vielfalt der damaligen Bevölkerung in der Region ab. Berücksichtigt werden Frauen tschechischer, ukrainischer, ungarischer, russischer/ruthenischer, jüdischer, griechisch-katholischer, katholischer und protestantischer Herkunft. Weitere weibliche Stimmen fehlen in der Quellensammlung aufgrund fehlender Quellenzeugnisse in Archiven und Datenbanken oder aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse der Autorin.

Thematisch werden die retrospektiv produzierten Quellen durch das Untersuchungsprisma der sozioökonomischen Verhältnisse betrachtet. Die Erinnerungen der Zeitzeuginnen an ihre Kindheit und Jugend werden mit statistischem Quellenmaterial aus der Zeit kontextualisiert.

Die Quellen werden anhand der Theorien der Oral History und dem Konzept der Lebenswelten methodisch erschlossen. So können einerseits subjektive, retrospektive Wahrnehmungen über das Leben in der Podkarpatská Rus abgeleitet werden, andererseits werden die unterschiedlichen Einschätzungen miteinander verglichen, wodurch – mit den Quellen aus dem Untersuchungszeitraum als Referenzpunkt – Rückschlüsse auf die damaligen Lebensrealitäten, Bildungschancen und Berufe, Wohnverhältnisse und soziale Mobilität gezogen werden können.

Die vorliegende Masterarbeit leistet somit Grundlagenforschung zu den sozioökonomischen Realitäten der weiblichen Bevölkerung der Re-

gion in den späten 1930er Jahren in Kindheitserinnerungen. Im Mittelpunkt stehen die sozioökonomischen Verhältnisse in den Familien und die Lebenswelten der Zeitzeuginnen in ihrer Kindheit. Aber auch die ethnisch-sprachliche Vielfalt der Bevölkerung wird thematisiert, denn sie prägte die Region. Weibliche Berufsfelder werden anhand der Tätigkeiten der Mütter der Zeitzeuginnen aufgegriffen. Bildungschancen und berufliche Perspektiven werden ebenfalls angeschnitten. Ein Kapitel ist der sozialen Segregation in der Kleinstadt

Rachiv gewidmet. Familienstrategien, Auf- und Abstiegsgeschichten und die soziale Mobilität in der Region finden besondere Beachtung.

Damit wurde nicht nur der Grundstein für eine Mikrogeschichte der Podkarpatská Rus auf der Basis weiblicher Quellen gelegt. Es wurden auch die Erinnerungen von Frauen aus unterschiedlichen Umfeldern unter Berücksichtigung ihrer multiplen Identifikationen und sozioökonomischen Hintergründe herausgearbeitet.



u^b

b
**UNIVERSITÄT
BERN**

ISSN 1660-1904

B
e
r
n
H
e
r
n
n
L
i
e
r
s
c
h
r
i
f
t